



Editorial	<i>Peter Schallenberg (Mönchengladbach)</i> Öko-soziale Transformation Zu diesem Heft	2
Schwerpunktthema	<i>Marian Feist, Dirk Messner (Bonn)</i> Klimapolitik, Digitalisierung und soziale Kohäsion Die große Transformation unter neuen Vorzeichen	3
	<i>Johannes Wallacher (München)</i> Anstöße der Postwachstumsbewegung für eine sozial-ökologische Transformation Mit besonderem Fokus auf Ernährungssicherheit	9
	<i>Claudia Kemfert (Berlin)</i> Die Energiewende in Deutschland Vorbild oder Sackgasse?	17
	<i>Doris Fuchs, Sophie Dolinga (Münster)</i> Das richtige Maß finden Wege der Transformation zum nachhaltigen Konsum	24
	<i>Helge Peukert (Siegen)</i> Welche Finanzmarktpolitik brauchen wir für die öko-soziale Wende? Kernpunkte einer nationalen und internationalen Reorganisation	33
Kurze Notiz	Zu den Semaines Sociales de France	8
Buchbesprechungen	<i>Matvey Slavin (Berlin/Kopenhagen)</i> „Countdown Started! Time To Move!“ Acryl auf Plane mit Ösen, 2018	28
	Sustainability and the American Naturalist Tradition	41
	Leben im Anthropozän	44
	Ökokatholizismus	46
	Wandel als Chance oder Katastrophe	47
	Stadtentwicklung, soziale Ungleichheit und Raumgerechtigkeit	48
	Flucht und Religion	50
	Migration ein Bild geben	51
Jüdische Stimmen zur Zukunft Deutschlands und Europas	53	
Der Überblick	Summaries	55
	Résumés	56
	Bisherige Schwerpunktthemen und Vorschau	U3
Impressum		U2



Peter Schallenberg

Seit vielen Jahren bereits wird in der christlichen Sozialethik wie auch in der katholischen Soziallehre zu den klassischen Grundprinzipien von Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl noch ein fünftes Prinzip hinzugezählt: die Nachhaltigkeit. Gefordert wird damit in Produktion und Konsum ein verantworteter Umgang mit den Ressourcen unserer Welt, christlich gesprochen: der Schöpfung, die allen Menschen und allen Generationen gehört.

Daher gilt es, Wohlstand für möglichst alle Menschen auf dieser Welt so zu vermehren, dass zugleich eine rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen durch die Konsumgewohnheiten der reichen Länder zuungunsten der Umwelt und der nachfolgenden Generationen vermieden wird. Erst müssen die Primärbedürfnisse der Menschen, die auf das bloße Überleben bezogen sind, befriedigt werden, dann erst sind sie in der Lage, an mehr zu denken. Oder einfacher und rustikaler mit Bert Brecht: Erst kommt das Fressen, dann die Moral ... Eine Transformation der Weltwirtschaft heißt in dieser Sicht zunächst, vornehmlich die besonders vergänglichen Güter zu schützen und den Erhalt der primären Ressourcen des weltweiten Überlebens sicherzustellen.

Aber eben das Verharren auf der Stufe der bloßen primären Bedürfnisbefriedigung entfremdet den Menschen von seiner eigentlichen Berufung. Sie führt zur Haltung des ökologisch wie sozial höchst fragwürdigen Konsumismus; dem Konsum kommt dabei die Funktion einer Ersatzreligion zu. Wo dementsprechend das rein konsumorientierte Überleben an die Stelle des gu-

Öko-soziale Transformation

ten und sinnvollen Lebens tritt, zerfällt ein ethischer Leitgedanke der christlich-europäischen Geistesgeschichte: In Verantwortung vor Gott wird anerkannt, dass der Mensch mit seiner unantastbaren Würde vom Wesen her über das rein Materielle hinausragt, das gute und erfüllte Leben wichtiger ist als das reine Überleben und das Sein wichtiger ist als das Haben. In dieser zweiten Sicht entspricht die öko-soziale Transformation dann einem integralen und wirklich humanen Verständnis des Menschen, der stets mehr ist als bloßer Kunde und Konsument im System eines scheinbar funktionierenden Kapitalismus.

Mit dem Problem des Konsumismus eng verknüpft ist die Frage der Ökologie. Es gibt eine erstaunliche Schnittmenge der grundlegenden Überzeugungen von ökologischer Bewegung und katholischer Soziallehre: Die Natur und ihre Ressourcen sind nicht einfach als ein beliebiges Material zur Nutzung technisch auszubeuten und zu verwerten. Daher muss jede Technik befragt werden, ob sie wirklich dem umfassenden Wohl des Menschen dient und nicht nur einer Mehrheit von Menschen oder den hier und jetzt lebenden Menschen. Die Welt soll schonend bewirtschaftet werden. Die Rede von der Natur als Schöpfung Gottes unterstreicht diese Auffassung, und nicht zuletzt eine franziskanisch inspirierte Spiritualität bezeugt diesen Zusammenhang von Mensch und Schöpfung. Umwelt ist ein hohes Gut, das erst bewusst fehlt, wenn es unwiederbringlich verschwendet ist. Es gilt daher, die

Umwelt als „unser gemeinsames Haus“ (Papst Franziskus, Enzyklika *Laudato si'* 1) zu schützen; christlich geschieht dies gemäß der Maxime „Bewahrung der Schöpfung“.

Wie diese übersetzt werden kann in eine öko-soziale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, ist Thema der folgenden Beiträge. Vom nachhaltigen, suffizienzorientierten Konsum über die Weiterentwicklung der Energiewende und der Klimapolitik bis hin zu einer öko-sozialen Neuausrichtung des Finanzsystems untersuchen die Autorinnen und Autoren ganz unterschiedliche Felder hinsichtlich ihres jeweiligen Transformationspotenzials.

Zudem dürfen wir ein Jubiläum feiern: Es handelt sich hier um die nunmehr 50. Ausgabe von *Amosinternational*; das erste Heft ist im Herbst 2006 erschienen. Was damals ein durchaus waghalsiges Projekt zu sein schien, hat sich inzwischen als ausgewiesenes Fachorgan der christlichen Sozialethik im Feld der theologischen und sozial-ethischen Zeitschriften etabliert. Allen Initiatoren, allen Autorinnen und Autoren, nicht zuletzt DDr. Richard Geisen sei daher an dieser Stelle ausdrücklich und von Herzen gedankt – ad multos annos, auf viele weitere fruchtbare und diskussionsbereite Jahre im Sinn des Namensgebers, des Propheten Amos und seiner Verheißung von Gerechtigkeit und Frieden: „An jenem Tag richte ich die zerfallene Hütte Davids wieder auf und bessere ihre Risse aus, ich richte ihre Trümmer auf und stelle alles wieder her wie in den Tagen der Vorzeit!“ (Amos 9, 11).



Klimapolitik, Digitalisierung und soziale Kohäsion

Die große Transformation unter neuen Vorzeichen

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und das Pariser Übereinkommen waren zwei essentielle Schritte für die große Transformation zur Nachhaltigkeit. Deren gesellschaftliche Rahmenbedingungen sind damit allerdings nicht konstant. Vielmehr wandeln sich die kontextuellen Dynamiken, in denen die große Transformation eingebettet ist. Dieser Aufsatz greift drei Bereiche heraus, die für die Transformation zentral sind und die den Wandel der damit verbundenen Herausforderungen verdeutlichen: Klimapolitik, Digitalisierung und soziale Kohäsion. Alle drei Aspekte betreffen Entwicklungen, die zur Zeit der SDGs und des Pariser Übereinkommens zwar bereits ihren Anfang genommen hatten, deren Bedeutung im Laufe der letzten Jahre jedoch besonders deutlich geworden ist.



Marian Feist



Dirk Messner

Die Welt braucht einen Wandel. Die gegenwärtige Art des Wirtschaftens, die sich mit der Industrialisierung herausgebildet und seither gefestigt hat, hat bis Anfang des 21. Jahrhunderts zu Wohlstand und der breiten Verfügbarkeit von Gütern für etwa die Hälfte der Weltbevölkerung geführt, aber auch zu sozio-ökonomischer, politischer und kultureller Ungleichheit sowie zu Umweltbelastungen in einem Ausmaß, das schon heute die Kapazitäten des Erdsystems an seine physischen Grenzen bringt.

Diese Wirtschaftsweise ist nicht dauerhaft tragfähig. Sie erfolgreich umzugestalten erfordert tiefgreifende Veränderungen in allen Gesellschaftsbereichen: eine große Transformation hin zu nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung (WBGU 2011). Die enge internationale Verzahnung von Wirtschaftsprozessen und die globale Di-

mension sozialer und ökologischer Probleme bedeuten, dass diese Transformation nur durch internationale Zusammenarbeit in Gang gesetzt werden kann. Im Jahre 2015 gelangen dazu zwei Durchbrüche (WBGU 2016):

- So hat sich die Staatengemeinschaft im Rahmen der Vereinten Nationen eine Agenda in Form von 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung gegeben (Sustainable Development Goals, SDGs). Dazu gehört zum Beispiel, dass es bis 2030 weltweit keine Armut und keinen Hunger mehr geben soll, dass das Klima, Ökosysteme und Ozeane geschützt werden und dass alle Menschen Zugang zu Bildung und umweltfreundlicher Energie bekommen.
- Darüber hinaus wurde in Paris ein globales Übereinkommen zum Klimaschutz unterzeichnet, das die Erderwärmung auf 2 °C oder besser

noch 1,5 °C begrenzen soll. Dass die Staaten dabei selbst entscheiden, wie viel sie für den Klimaschutz zu tun gedenken, anstatt das von oben herab verbindlich festzulegen, hat das Übereinkommen politisch möglich gemacht. Die langfristige Effektivität ist so allerdings noch ungewiss. Nichtsdestoweniger war das Pariser Übereinkommen die wichtigste Vereinbarung zum Klimaschutz seit dem Kioto-Protokoll von 1997.

Die nachhaltigen Entwicklungsziele und das Pariser Übereinkommen waren zwei essentielle Schritte, weil in ihnen Kernelemente der Transformation zur Nachhaltigkeit festgeschrieben wurden. Deren gesellschaftliche Rahmenbedingungen sind damit allerdings nicht konstant. Vielmehr wandeln sich die kontextuellen Dyna-

miken, in denen die große Transformation eingebettet ist. In politischen Arenen verschieben sich Ideen, Interessen und Machtverhältnisse. Technische Entwicklungen eröffnen bislang nicht erwogene Lösungswege, verschärfen aber möglicherweise auch bestehende Problemlagen. So können gegenläufige Kräfte entstehen, die den Transformationsprozess verlangsamten und gar aufhalten. Dieser Aufsatz greift drei Bereiche heraus, die für die Transformation zur Nachhaltigkeit zentral sind und den Wandel der damit verbundenen Herausforderungen verdeutlichen: Klimapolitik, Digitalisierung und soziale Kohäsion. Alle drei Aspekte betreffen Entwicklungen, die 2015 – im Jahr der SDGs



Die Rahmenbedingungen zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele und des Pariser Übereinkommens haben sich seit 2015 in vielerlei Hinsicht verändert

und des Pariser Übereinkommens – zwar bereits längst ihren Anfang genommen hatten, deren Bedeutung für die große Transformation im Laufe der letzten Jahre jedoch besonders deutlich geworden ist. Der Aufsatz diskutiert die neuen Kontexte der Transformation, zeigt Problemlagen und Chancen auf und skizziert den damit verbundenen Handlungsbedarf.

Klimapolitik: Das Überleben von Gesellschaften

Dynamik und Prioritäten in der internationalen Klimapolitik haben sich seit dem Pariser Übereinkommen von 2015 gewandelt. Zwei Entwicklungen sind dabei entscheidend:

Erstens hat das politische Moment für den Klimaschutz in einigen Ländern nachgelassen. Deutschland und Europa haben nicht mehr die Vorreiterrolle inne, die sie früher für sich beanspruchten. Die Vereinigten Staaten haben sich unter Präsident Trump von den internationalen Bemühungen zum Klimaschutz abgewandt. Das betrifft nicht nur die großen Klimagipfel, sondern auch nachgeschaltete Institutionen und Mechanismen. Kritische Finanzierungskanäle für den Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in ärmeren Ländern stehen so auf dem Spiel (Feist 2018). Zudem setzen die Mechanismen des Pariser Übereinkommens stark auf die Selbstverpflichtung der einzelnen Länder. Schwindet deren Engagement, droht das Abkommen seine Ziele zu verfehlen, denn es gibt keine harten Sanktionsmechanismen. Vor dem Hintergrund dieser Unsicherheit, aber auch ganz im Sinne des Pariser Übereinkommens, soll der nationalstaatlich orches-

trierte Klimaschutz durch nicht- und substaatliche Akteure wie Bundesstaaten, Städte und Unternehmen komplettiert werden (Chan et al. 2018).

Zweitens hat sich nicht nur der Kontext, sondern insbesondere auch der Fokus internationaler Klimapolitik verändert. Standen vormals vornehmlich Umverteilungskonflikte im Zentrum – d. h. die Frage, welche Akteure die Kosten für Vermeidung und Anpassung tra-



In der Klimapolitik geht es mittlerweile um nichts weniger als das Überleben ganzer Gemeinschaften, Kulturen und Gesellschaften

gen sollen – geht es mittlerweile in der Klimapolitik um nichts weniger als das Überleben von Gemeinschaften, Kulturen und Gesellschaften (Hale et al. 2018). Durch den Anstieg der Meeresspiegel sind ganze Inselstaaten bedroht – und damit die Lebensgrundlage und Kultur ihrer Einwohner. In anderen Erdteilen werden schon heute und mit zunehmender Erwärmung in immer höherem Maße ganze Regionen von Hitzewellen,

Dürren, Wasserknappheit und Extremwetterereignissen heimgesucht. Die notwendigen Maßnahmen zur Milderung solcher katastrophalen Klimafolgen schaffen weitere Herausforderungen. Sie wirken sich zum Beispiel auf Menschen aus, für die fossile Energieträger die sozioökonomische Existenzgrundlage bedeuten. Die große Transformation erfordert unter anderem den Ausstieg aus der Nutzung von Kohle zur Energiegewinnung. Der Kohleausstieg betrifft wiederum die Lebensentwürfe und sozialen Identitäten ganzer Regionen, wie beispielsweise im Braunkohlerevier in der Lausitz. Gerechtigkeitsprobleme des Klimaschutzes müssen also im Hinblick auf die Betroffenen der globalen Erwärmung gelöst werden, die meistens kaum zum Problem des Klimawandels beigetragen haben; sie tauchen aber in anderer Form auch in den Industriestaaten auf, die angesichts ihrer historischen Emissionen eine besondere Verantwortung für den Klimawandel tragen.

Auf der 24. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 24) in Kattowitz, Polen, im Dezember 2018 war eine gerechte Klimapolitik (Just Transition) zentraler Schwerpunkt der Verhandlungen. Der Austragungsort in einer Bergbauregion war von der polnischen Regierung als Symbol dafür gewählt worden. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) plädierte in einem Politikpapier, das sich an die Verhandler der COP 24 richtete, für eine zeit-gerechte Klimapolitik, um zu verdeutlichen, dass nur schnelles Handeln überhaupt noch eine Lösung des Klimaproblems ermöglicht (WBGU 2018b). Bis etwa 2050 müssen die Treibhausgasemissionen weltweit auf null reduziert werden, um noch unter einer Erwärmung von 2 °C zu bleiben. In diesem Zeitrahmen müssen Gerechtigkeitsfragen für drei Betroffenen-gruppen gelöst werden:

- erstens für vor allem arme und vulnerable Menschen, die besonders unter den Folgen globaler Erwärmung leiden;



- zweitens für Menschen in den Regionen, in denen die Dekarbonisierung der Wirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts gelingen muss, um das Pariser Übereinkommen umsetzen zu können;
- drittens für alle folgenden Generationen (also Menschen, die heute noch keine Stimme haben), deren Entwicklungschancen durch Klimakrisen signifikant bedroht sind.

Digitalisierung: Tiefgreifenden Wandel in nachhaltige Bahnen lenken

Die Menschheit steht vor dem Eintritt in eine neue anthropologische Epoche. Die Digitalisierung transformiert gesellschaftliches Zusammenleben grundlegend. Zwar durchdringt digitale Technik schon seit Jahrzehnten zunehmend relevante Bereiche. Dennoch stellt die Digitalisierung in ihrer heutigen Tiefe und Geschwindigkeit einen neuen Kontext für die Transformation zur Nachhaltigkeit dar. Insbesondere jüngere Fortschritte bei der Entwicklung künstlicher Intelligenz, die Erfassung enormer Datenmengen und die zunehmende Vernetzung technischer Systeme verändern die Bedeutung digitaler Technik für den Transformationsprozess. Auch wenn die technischen Grundlagen seit langem entwickelt werden, überschreitet die Menschheit gerade erst die Schwelle in das digitale Zeitalter. Aus gesellschaftlicher Sicht ergeben sich daraus zahlreiche Fragen und Herausforderungen (WBGU, 2018a). Dazu gehören:

- Elektrotechnik verbraucht Energie und Ressourcen.
- Automatisierung substituiert und verdrängt physische und kognitive menschliche Arbeit.
- Soziale Netze verändern demokratische Debattenkultur und das Verhältnis der Gesellschaft zu Privatheit.
- Die Fragilität kritischer Einrichtungen und Systeme erhöht sich.
- Datensammlung und Überwachung werden in autokratischen Systemen für soziale Kontrolle eingesetzt.
- Künstliche Intelligenz und Maschinenlernen werden das Selbstbild der Menschen verändern.

- Diskussionen über Human Enhancement (Verbesserung des Menschen mit technischen Mitteln) deuten an, dass Menschen zunehmend in der Lage sind, sich selbst fundamental zu transformieren: Hybridität zwischen Menschen und Maschinen oder auch kognitive Aufrüstungen des menschlichen Gehirns durch technische Eingriffe sind keine Science-Fiction mehr.

Auf der anderen Seite bietet sich durch die Digitalisierung eine einmalige Chance. Sie bringt tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen mit



Die klimagerechte Transformation der Energie- und Mobilitätssysteme ist ohne digitale Koordination kaum vorstellbar

sich. Wenn es gelingt, die Digitalisierung im Sinne der großen Transformation zu gestalten, könnten diese Veränderungen grundlegende nachhaltige Richtungswechsel in vielen Bereichen einleiten oder erleichtern – gleichsam auf der Welle der Digitalisierungsdynamiken mitreitend. Die institutionellen und regulativen Voraussetzungen dafür sind allerdings noch längst nicht geschaffen. In den SDGs kommt digitale Technik kaum vor. Dabei lassen sich viele der Nachhaltigkeitsziele – etwa zum Klimaschutz, zur Bewahrung der Ökosysteme oder zur Umsetzung von zirkulärer Ökonomie – mit digitaler Technik effizienter oder überhaupt erst realisieren. Beispielsweise

ist die klimagerechte Transformation der Energie- und Mobilitätssysteme ohne digitale Koordination kaum vorstellbar. Elektronische Kommunikation und Virtualisierung können die Wirtschaft ein Stück weit entmaterialisieren. Monitoring und Vernetzung ermöglichen es, die ökologischen Folgen wirtschaftlichen Handelns weltweit besser zu erfassen.

Die nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung sieht sich allerdings dadurch herausgefordert, dass die Digitalisierung wirtschaftliche Prozesse und soziales Zusammenleben schneller wandelt, als sich institutionelle, regulative und normative Gefüge anpassen können. Die Treiber und Auswirkungen der Digitalisierung sind global. Vor diesem Hintergrund ist internationale Zusammenarbeit erforderlich, damit die Potenziale digitaler Technik effektiv im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele genutzt werden und Risiken minimiert werden können:

- Die Digitalisierung muss dazu in bestehende Strukturen für Global Governance eingebettet sein;
- zugleich stellt sich die Herausforderung, neue Institutionen zu schaffen für den Umgang mit großen Datenmengen und deren maschineller Auswertung, mit künstlicher Intelligenz oder auch mit Human Enhancement.

Der dazu erforderliche Prozess steht zwar noch am Anfang, aber die Analogie zum Klimawandel zeigt, dass er nicht unmöglich ist. Auch wenn der Weg zum Pariser Übereinkommen langwierig und zäh war, war es Voraussetzung für international koordinierte Klimapolitik, dass sich der Klimawandel überhaupt als Gegenstand internationaler Politik etabliert hat. Heute gehören nicht mehr nur Physiker und Klimatologen, sondern auch Sozialwissenschaftler, Diplomaten, Unternehmen und NGOs zu den zentralen Akteuren in der internationalen Klimapolitik. Ebenso wurde der Klimawandel zunächst vornehmlich als um-



weltpolitisches Problem gesehen. Heute ist er jedoch ein Querschnittsthema, dessen wirtschaftliche und soziale Dimensionen auf allen Ebenen anerkannt werden. Die Digitalisierung ebenso als Kern- und Querschnittsthema in multilateralen Foren zu verankern, wäre ein wichtiger erster Schritt, um diesen Megatrend lokal, national und global gestaltbar zu machen.

Die Digitalisierung bringt derart tiefgreifenden gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel mit sich, wie es zuletzt im Zuge der Industrialisierung geschah. Während wiederum wirtschaftliche Dynamiken die stärksten Treiber der Digitalisierung sind, manifestieren sich – wie auch während der Industrialisierung – die Auswirkungen über alle Gesellschaftsbereiche hinweg. Im Unterschied zur Industrialisierung besteht jetzt allerdings die Chance, schon während des Trans-

formationsprozesses über Fehlentwicklungen nachzudenken und gestaltend einzugreifen. Die Digitalisierung entwickelt Eigendynamiken, aber letztlich ist sie ein von Menschen vorangetriebener Prozess. Darum ist es auch möglich, sie in den Dienst der Ziele

für nachhaltige Entwicklung zu stellen. Ein entscheidendes Themenfeld für die dringende gesellschaftliche Gestaltung der Digitalisierung – neben ihren Chancen und Risiken für nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz – betrifft soziale Kohäsion.

Gegentransformationen: Die Bedeutung sozialer Kohäsion

Klimapolitik und die Digitalisierung verbindet die Problematik sozialer Kohäsion, d. h. des gesellschaftlichen Zusammenhaltes der betroffenen Akteure. Die gesellschaftliche Akzeptanz für das globale Governance-System, das zur erfolgreichen Gestaltung der großen Transformation unbedingt erforderlich ist, lässt nach; es entstehen sogar Bewegungen, die das globale Governance-System explizit ablehnen (Hale und Held 2018). Das Votum Großbri-

tanniens zum Ausstieg aus der Europäischen Union, die Haltung des amerikanischen Präsidenten Trump gegenüber dem multilateralen System: Auch in vielen westlichen Ländern steht die liberale Weltordnung nicht mehr für Wohlstand und Frieden (Ikenberry 2018). Transformationspolitik kann solche Entwicklungen nicht einfach transzendieren. Die fundamentale Neuausrichtung von Gesellschaften, die die große Transformation zur Nachhaltig-

LITERATUR

- Bernstein, Steven (2001): *The compromise of liberal environmentalism*, New York.
- Brynjolfsson, Erik und McAfee, Andrew (2014): *The Second Machine Age: Work, Progress, and Prosperity in a Time of Brilliant Technologies*, New York.
- Chan, Sander, Falkner, Robert, Goldberg, Matthew und van Asselt, Harro (2018): *Effective and geographically balanced? An output-based assessment of non-state climate actions*. *Climate Policy* 18 (1), 24–35.
- Feist, Marian (2018): *A crisis of confidence at the Green Climate Fund? Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment*: <http://www.lse.ac.uk/GranthamInstitute/news/crisis-confidence-at-green-climate-fund/> (abgerufen am 15. Oktober 2018).
- Green, Fergus (2018): *Transition policy for climate change mitigation. Who, what, why and how*. Centre for Climate Economics & Policy Working Paper 1805, Canberra.
- Hale, Thomas, Green, Jessica und Colgan, Jeff (2018): *The climate is changing. Here's how politics will also change*. The Washington Post Monkey Cage blog: <https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2018/10/08/the-climate-is-changing-heres-how-politics-will-also-change/> (abgerufen am 9. Oktober 2018).
- Hale, Thomas und Held, David (2018): *Why is the anti-global backlash happening now? World Economic Forum*: <https://www.weforum.org/agenda/2017/11/anti-globalization-brexite-backlash-nationalism-control/> (abgerufen am 6. Dezember 2018).
- Harari, Yuval (2018): *Why technology favors tyranny*. The Atlantic: <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2018/10/yuval-noah-harari-technology-tyranny/568330/> (abgerufen am 16. November 2018).
- Ikenberry, G. John (2018): *The end of liberal international order? International Affairs* 94 (1), 7–23.
- Messner, Dirk (2015): *A social contract for low carbon and sustainable development: Reflections on non-linear dynamics of social realignments and technological innovations in transformation processes*. *Technological Forecasting & Social Change* 98, 260–270.
- Tegmark, Max (2017): *Life 3.0. Being human in the age of artificial intelligence*, New York.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2011): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2016a): *Entwicklung und Gerechtigkeit durch Transformation. Die vier großen I*, Berlin.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2016b): *Digitalisierung. Worüber wir jetzt reden müssen*, Berlin.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2018a): *Digitalisierung. Worüber wir jetzt reden müssen*, Berlin.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2018b): *Zeit-gerechte Klimapolitik. Vier Initiativen für Fairness*, Berlin.

keit mit sich bringt, erfordert es aus normativer wie strategischer Perspektive, dass die Mitglieder dieser Gesellschaften diese Neuausrichtung als legitim betrachten (Messner 2015).

Was bedeutet das konkret mit Bezug auf den Klimaschutz und die Digitalisierung? Was den Klimawandel betrifft, dürfen die damit verbundenen Schäden und Verluste nicht gegen den notwendigen klimakompatiblen Umbau der Wirtschaft ausgespielt werden. Klimapolitik kann langfristig nur erfolgreich sein, wenn sie sowohl die Schäden und Verluste durch den Klimawandel als auch die Interessen der Betroffenen der notwendigen Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigt. Zur COP 24 hat der WBGU vor diesem Hintergrund zwei Initiativen vorgeschlagen (WBGU 2018b):

- Ein Klimapass würde helfen, dass diejenigen, deren Heimat durch den Klimawandel unbewohnbar geworden ist, nicht staatenlos werden. Davon unberührt bleibt die Notwendigkeit, die Erderwärmung weitestmöglich zu begrenzen.
- Der dazu erforderliche Kohleausstieg und andere Dekarbonisierungsmaßnahmen müssen sozial gerecht sein – ebenso wie die Gestaltungsprozesse dieser Maßnahmen selbst (Green 2018). Das bedeutet konkret, den zeitlichen und finanziellen Rahmen frühzeitig und klar festzulegen und die Betroffenen bei der Entwicklung von Übergangsmo-
dellen einzubeziehen (WBGU 2018b).

Was die Digitalisierung betrifft, entfalten sich Potenziale sowohl zwischen als auch innerhalb von Gesellschaften ungleich. Das liegt zunächst an den Voraussetzungen für die Teilhabe an digitaler Kommunikation und global vernetzten Wertschöpfungsketten. Diese Voraussetzungen sind auch im digitalen Zeitalter nicht digital: Zugang zu Elektrizität, Internet und Endgeräten sowie das nötige Know-How sind Bedingungen dafür, die Chancen der

Digitalisierung überhaupt nutzen zu können. Darüber hinaus wälzt die Digitalisierung bestehende sozioökonomische Strukturen um. Nach der Automatisierung physischer menschlicher Arbeit am Montageband ist nun selbstlernende künstliche Intelligenz immer mehr in der Lage, auch geistige menschliche Arbeit zu substituieren. Anders als zu Zeiten der Industrialisierung (the first machine age) sehen sich Arbeitskräfte im digitalen Zeitalter (the second machine age; Brynjolfsson und McAfee 2014) nicht mehr mit wirtschaftlicher Ausbeutung, sondern mit drohender wirtschaftlicher Irrelevanz konfrontiert (Harari, 2018).

Widerstände gegen den nachhaltigen Umbau des Wirtschaftssystems sind nicht prinzipiell neu. Machtvolle etablierte Denkmuster und Interessen haben umweltfreundliche Wirtschaft lange Zeit nur in dem Rahmen zugelassen, wie sie in bestehende ökonomische Paradigmen passt (Bernstein, 2001). Besonders relevant ist hier allerdings der Widerstand gegen die erforderliche internationale Governance des Transformationsprozesses vonseiten derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die im Zuge dieses Transformationsprozesses ins Hintertreffen geraten könnten und somit ihre ökonomische Lebensgrundlage und soziale Identität bedroht sehen (Tegmark 2017). Diese Gruppen in die Gestaltung des Transformationsprozesses einzubinden, ist gleichermaßen eine Frage sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Gestaltungsfähigkeit. Die Beseitigung von Armut in der Welt ist ausdrücklich Bestandteil der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Vor diesem Hintergrund darf der notwendige und dringende Klimaschutz nicht ökonomische Existenzen gefährden und die Wohlfahrtszuwächse der Digitalisierung dürfen nicht nur privilegierten Minderheiten zuteilwerden. Soziale Kohäsion bei der Gestaltung der großen Transformation zur Nachhaltigkeit in den Blick zu nehmen, ist aber auch strategisch entscheidend. Schließlich entschärfen sich so frühzei-

KURZBIOGRAPHIE

Dr. Marian Feist ist Politikwissenschaftler an der Universität der Vereinten Nationen in Bonn. Seine Forschung befasst sich mit globaler Umweltpolitik, internationaler Klimafinanzierung und nachhaltiger Digitalisierung. Weiteres zur Person sowie zu den Forschungsschwerpunkten und Publikationen unter <https://ehs.unu.edu/experts/researchexperts/14106.html>.

KURZBIOGRAPHIE

Prof. Dr. Dirk Messner ist Direktor des Instituts für Umwelt und menschliche Sicherheit an der Universität der Vereinten Nationen in Bonn und Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates Globale Umweltveränderungen. Er ist außerdem Co-Direktor des Käthe-Hamburger-Kollegs/Centre for Global Cooperation Research und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Weiteres zur Person sowie zu den Forschungsschwerpunkten und Publikationen unter <https://ehs.unu.edu/experts/researchexperts/dirk-messner.html>.

tig zukünftige Konfliktpotenziale, die durch Armut, den Verlust sozialer Identität oder Migration entstehen könnten. Auf diese Weise verringert sich letztlich auch die Gefahr von autoritären Gegentransformationen.



Fazit

Dieser Aufsatz hat drei zentrale Bereiche beleuchtet, die den politischen Kontext für die große Transformation zur Nachhaltigkeit entscheidend mitbestimmen: Klimapolitik, Digitalisierung und Gegentransformationen.

- Erstens sind in der Klimapolitik veränderte politische Dynamiken zu beobachten. Es geht nicht mehr nur darum, welcher Akteur welchen Anteil am Klimaschutz leisten sollte, sondern mittlerweile vermehrt auch darum, wie soziale Identitäten, Existenzgrundlagen und Heimatländer bereits vom Klimawandel und Klimaschutz betroffen sind.
- Zweitens läutet die Digitalisierung tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen ein, die, wenn sie im Sinne der SDGs gestaltet werden, die Wirtschaft grundlegend in nachhaltigere Bahnen lenken können.
- Klimapolitik und Digitalisierung werfen drittens ein Schlaglicht auf die Bedeutung sozialer Kohäsion für die erfolgreiche Umsetzung der großen Transformation zur Nachhaltigkeit.
- Einerseits ergibt sich diese Bedeutung aus Gerechtigkeitserwägungen.
- Andererseits rührt sie aber auch aus einer strategischen Notwendigkeit. Gerechte Transformationspolitik entschärft potenzielle Konflikte frühzeitig und erhöht die gesellschaftliche Akzeptanz des globalen Governancesystems, das zur Umsetzung der großen Transformation unentbehrlich ist.

Die Französischen Sozialwochen (Semaines Sociales de France)

haben ihre Arbeit im Jahr 2019 unter das Thema „Soziale Brüche und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ gestellt. Damit greifen sie eine Problematik auf, die im Zentrum der Proteste der „Gelbwesten“ steht. In den regionalen Untergliederungen soll dazu ein breiter Dialog geführt werden. Nachdem in den vergangenen Jahren die Teilnehmerzahlen an den Jahrestreffen zurückgegangen sind, war die Zusammenkunft 2018 – vor dem Hintergrund des Verlustes an gesellschaftlicher Relevanz des Sozialkatholizismus – einer mehr internen Standortbestimmung gewidmet.

Anstöße der Postwachstumsbewegung für eine sozial-ökologische Transformation

Mit besonderem Fokus auf Ernährungssicherheit



Die Staatengemeinschaft setzt mit ihrer Agenda 2030 auf „inklusive und nachhaltiges Wachstum“. Die Postwachstumsbewegung sieht die Wachstumsfixierung dagegen kritisch; sie verweist auf die planetarischen Belastungsgrenzen und die sozialen Folgen von verschärftem Konkurrenz- und Wettbewerbsdenken. Wachstum ist jedoch weder pauschal abzulehnen noch ein wirtschaftspolitischer Selbstzweck. Notwendig ist eine sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die Innovationen und eine effiziente Nutzung von Ressourcen befördert; wichtigstes Instrument sind verursachergerechte Preise des Umweltgebrauchs. Die damit verbundenen Verteilungseffekte sind durch geeignete Maßnahmen sozialverträglich abzufedern. Die Postwachstumsbewegung weist zudem zurecht darauf hin, dass die strukturellen Veränderungen durch einen tiefgreifenden Kultur-, Bewusstseins- und Wertewandel vorzubereiten und zu ergänzen sind; das wird am Beispiel der Ernährungssicherheit verdeutlicht.



Johannes Wallacher

Das Kilogramm Schweineschnitzel für 3,99 Euro, ein neues T-Shirt für 1,99 Euro, der Flug für den Kurztrip nach London, der kaum teurer ist als das S-Bahn-Ticket zum Flughafen – ist das ein Schnäppchen oder ein Problem? Nun, manchmal ist es beides und die Zweifel, die uns bei solchen Angeboten kommen, verweisen auf eine der zentralen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen für die Zukunft: Steigern immer mehr Konsum, Preiswettbewerb und Wachstum tatsächlich Wohlergehen und Lebensqualität? Oder schaffen sie nur vermeintlich und vorübergehend mehr Zufriedenheit – zumal wenn die wahren Kosten dafür offensichtlich auf andere abgewälzt werden?

Die Sachverständigenengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ hat sich im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz dieser Frage angenommen und in

ihrer Studie „Raus aus der Wachstumsgesellschaft?“ untersucht, welche Bedeutung Wirtschaftswachstum für eine nachhaltige Entwicklung hat. Die Studie knüpft an die Enzyklika *Laudato Si'* von Papst Franziskus an, für den die sozialen und ökologischen Probleme unserer Zeit untrennbar miteinander verknüpft sind und daher nur gemeinsam gelöst werden können. Diesen Im-

Unübersehbare Spannungsfelder zwischen SDGs

Die SDGs sind ethisch ambitionierter als ihre Vorläufer, die Millenniumsentwicklungsziele. Denn bis 2030 sollen die extreme Armut vollständig beseitigt und gleichzeitig auch zentrale ökologische Herausforderungen (v. a. SDG 13–15) bewältigt werden. Die SDGs richten sich zudem nicht nur an ärmere Länder, sondern an alle Staaten, da u. a. auch

puls hat die internationale Staatengemeinschaft wenige Monate später im September 2015 mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihren 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDG: Sustainable Development Goals) aufgegriffen und sich dazu verpflichtet, gemeinsam die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung aller Staaten zu schaffen.

die institutionellen und rechtsstaatlichen Voraussetzungen einer wirklich inklusiven Gesellschaft mitbedacht werden sollen (SDG 16). Damit erkennen die UN-Mitgliedsstaaten an, dass es nicht nur verbreitete Formen der Unterentwicklung, sondern auch der Fehlentwicklung gibt, die durch geeignete Reformen zu korrigieren sind.

Bei allen Vorzügen der Agenda 2030 gibt es zwischen den einzelnen Zielen jedoch auch unübersehbare Spannungsfelder, für die offen bleibt, wie man sie überwinden will. So setzt die Agenda ausdrücklich auf „dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wachstum“ (SDG 8) für jedes Land, ohne zu erläutern, ob und wie Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), der Produktion oder des Konsums etwa mit der Verringerung der Ungleichheit in und zwischen Ländern (SDG 10) oder den ökologischen Zielen (SDGs 13–15) verträglich ist. Zielkonflikte werden weder in den SDGs thematisiert noch in der Rezeption hinreichend berücksichtigt.

Offensichtlich geht man, wie in der Debatte um Nachhaltigkeit oft üblich, davon aus, dass „Umwelt – Wirtschaft – Soziales“ als drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung vereinbar sind. Dabei wird nicht nur vernachlässigt, dass die jeweiligen Protagonisten „ihrer“ Dimension je nach Interessenlage faktisch den Vorrang einräumen und Zielkonflikte damit nicht beseitigt werden. Auch der kulturellen Dimension nachhaltiger Entwicklung wird nicht ausreichend Rechnung getragen. Das war bereits bei der bekannten Definition des so genannten „Brundlandt-Berichts“ der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung von 1987 der Fall. Denn dort wird nachhaltige Entwicklung bekanntlich definiert als „Entwicklung, die die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation befriedigt, ohne die Möglichkeit zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“ (World Commission on Environment and Development 1987, Chapter 2, 1.).

Dabei gibt es jedoch tiefer gehende Unklarheiten über die Vorstellung von Bedürfnissen, die in der klassischen



Für das Streben nach einem besseren Leben ist die Erfüllung materieller Bedürfnisse eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung

Volkswirtschaftslehre vor allem von der Angebotsseite betrachtet werden. Damit es eine dem Angebot entsprechende und es tragende wachsende Nachfrage gibt, nehmen die meisten Wirtschaftswissenschaftler u. a. an, dass Menschen stets mehr und qualitativ bessere Güter bevorzugen. Außerhalb von Krisenzeiten könnten Unternehmer deshalb in „gut“ organisierten Marktwirtschaften davon ausgehen, dass sie eine quantitativ oder qualitativ höhere Güterproduktion auch tatsächlich absetzen könnten. Daher bestehe ein Anreiz, die Güter zu produzieren, die den „unersättlichen“ Konsum- und Besitzwünschen der potentiellen Abnehmer entsprechen. Wenn ihnen dies gelänge, würden sie ihre Produkte auch verkaufen und ihre Profite realisieren können. Ob diese Annahme unersättlicher Bedürfnisse korrekt ist, gehört in der Diskussion um Alternativen zur Wachstumsorientierung zu den wesentlichen Punkten. Jedenfalls ist der Grad der Konsumneigung nicht einfach eine feste anthropologische Größe. Offenbar gibt es einen Drang der Menschen zu einem besseren Leben. Aber dafür – das belegt die Glücksforschung – ist die Erfüllung materieller Bedürfnisse eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung (vgl. Wallacher 2011). Zudem gibt es eine wachsende Diskussion über „Obergrenzen“ des Konsums, die im Hinblick auf grundlegende Chancen auf ein gelingendes Leben für alle ethisch geboten sein könnten (vgl. z. B. Robeyns 2017).

schon Grundlegung bedarf (vgl. Löffler 2004). Ein geeigneter Ausgangspunkt dafür ist das Prinzip des Gemeinwohls, dem es gemäß der Tradition der katholischen Soziallehre um „das Wohl aller Menschen und des ganzen Menschen“ (Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden 2006, 165) geht. Papst Franziskus entwickelt diesen Grundsatz in seiner Enzyklika *Laudato Si'* in verschiedener Hinsicht weiter. Das Gemeinwohl ist in umfassender Weise nicht nur global, sondern auch generationenübergreifend zu denken. Es geht also nicht allein

- um materiellen Wohlstand, sondern
- um Gesundheit, Bildung und Kultur,
- um gelingende Beziehungen zu Mitmenschen und der ganzen Schöpfung.

Die Natur mit ihrer großen Vielfalt an Pflanzen und Tieren ist nicht allein schützenswert, um menschliche Bedürfnisse jetzt und in Zukunft zu befriedigen, sondern weil „sie einen Eigenwert besitzen“ (LS 33). Dieser Leitvorstellung eines ganzheitlich-inklusiven Gemeinwohls entspricht ein ähnlich umfassendes Verständnis von Entwicklung, das nicht auf wirtschaftliche Entwicklung, noch weniger auf Wirtschaftswachstum, reduziert werden kann. Es geht darum, wie Paul VI. schon 1967 in der Enzyklika *Populorum Progressio* feststellte, national und global den „Weg von weniger menschlichen zu menschlicheren Lebensbedingungen“ (PP 20) zu vollziehen und das Gemeinwohl in allen seinen Dimensionen fortschreitend zu verwirklichen.

Ausgehend davon beschreibt Entwicklung einen Prozess, der allen Menschen jetzt und zukünftig zumindest die Möglichkeiten zu einem menschenwürdigen Leben eröffnet. Ungeachtet aller sozio-kulturellen Unterschiede lassen sich dafür drei zentrale Voraussetzungen angeben, die auch in den verschiedenen Generationen der Menschenrechte ihren Ausdruck finden und als Forderungen der Gerechtigkeit formuliert werden können (vgl. zu die-

Inhaltliche Konkretisierung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung unabdingbar

Nachhaltige Entwicklung sollte man daher nicht einfach als Begriff, son-

dern als normatives Leitbild verstehen, das der Präzisierung und sozialet-

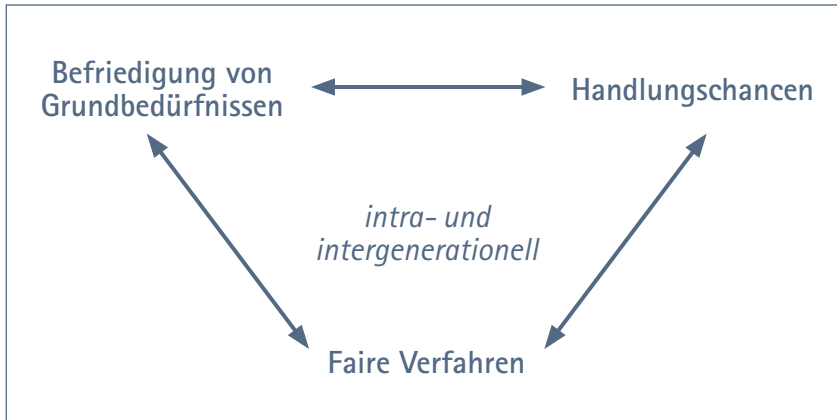


Abb. 1: Dreieck der Gerechtigkeit mit seinen drei Dimensionen (Edenhofer u. a. 2010, 65)

sem Dreieck der Gerechtigkeit Edenhofer u. a. 2010, 56–69):

1. Jeder Mensch muss seine Grundbedürfnisse befriedigen können;
2. damit die Menschen dies möglichst eigenständig tun können, braucht es gerecht verteilte Handlungs- und Beteiligungschancen sowie
3. die angemessene Beteiligung an fairen Verfahren und Prozessen der Willensbildung und Entscheidung.

Ein zentraler Aspekt des normativen Prinzips des Gemeinwohls ist der Grundsatz der „allgemeinen Bestimmung der Güter“, nach dem die ganze Schöpfung, die Erde und was sie an Gütern und Möglichkeiten bereithält, für alle bestimmt ist. Von daher steht nicht nur das Privateigentum, sondern auch jedes staatliche Verfügungsrecht von Ressourcen auf eigenem Territorium nach der Tradition der kirchlichen Soziallehre unter dem Vorbehalt der Sozialpflichtigkeit. Papst Franziskus erweitert diesen Grundsatz in *Laudato Si'* und wendet ihn nicht nur auf Rohstoffe, sondern erstmalig auch auf die Erdatmosphäre („Das Klima ist ein gemeinschaftliches Gut von allen für alle“, LS 23), die Weltmeere und andere Ökosysteme an. Da diese als Lebensräume, Nahrungsquellen und Senken für Treibhausgasemissionen von entscheidender Bedeutung sind, handelt es sich um globale Gemein(schafts)güter, die unter einer Art verschärfter Sozialpflichtigkeit stehen (Edenho-


fer u. a. 2011). Ihr Gebrauch und der daraus erwachsende Nutzen sind daher nach Grundsätzen der Gerechtigkeit zu verteilen. Damit unvereinbar ist es, wenn einzelne Individuen, Unternehmen oder Staaten sich auf der Basis ungerechter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen faktisch einen unverhältnismäßig hohen Anteil an Rohstoffen sichern oder überproportional Schadstoffe ausstoßen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen stehen „Umwelt – Wirtschaft – Soziales“ als drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung nicht einfach gleichberechtigt nebeneinander, sondern beziehen sich auf unterschiedliche Ebenen und Kategorien:

- Letztliches *Ziel von Entwicklung* ist die Freiheit zu einem menschenwürdigen Leben für alle.
- Die ökonomische Dimension verweist auf die dafür notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen und stellt damit ein *notwendiges Mittel und Medium von Entwicklung* dar.
- Die ökologische Dimension schließlich verweist auf die natürliche Basis und die – auch von Kultur, sozialer Organisation und Technologie mitbestimmten – *natürlichen Grenzen von Entwicklung*.

Einen Hinweis auf die natürlichen Grenzen von Entwicklung geben die umweltwissenschaftlichen Forschungen zu den planetarischen Belastungs-

grenzen (Rockström u. a. 2009): Schon jetzt sind beim Klimawandel, der Landnutzung, dem Verlust der Artenvielfalt oder den Stickstoff- und Phosphorkreisläufen weltweit Grenzwerte überschritten, die rasche und konsequente Veränderungen verlangen. Denn wenn weltweit alle Menschen ähnlich viel Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe ausstoßen würden wie weite Bevölkerungsteile in den wohlhabenden Ländern, die Eliten und eine rasch wachsende Mittelschicht in Entwicklungs- und Schwellenländern wären die Risiken, die aus dem Überschrei-

 Schon jetzt sind weltweite Grenzwerte überschritten, die rasche und konsequente Veränderungen verlangen

ten der Belastungsgrenzen erwachsen, nicht mehr beherrschbar. Damit wird deutlich, dass es Grenzen des Wachstums gibt:

- nicht notwendigerweise Grenzen des Wachstums einer wirtschaftlichen Wertgröße, wie der des Bruttoinlandsprodukts (BIP),
- aber doch des Wachstums der Umweltbelastungen und des Ressourcenverbrauchs.

Umgekehrt werden die Überwindung von extremer Armut und Hunger, bessere Bildung, Zugang zu sauberem Wasser, Sanitäreinrichtungen oder sauberer Energie in ärmeren Ländern nicht ohne wirtschaftliche Entwicklung und unter bestimmten Bedingungen auch ohne Wirtschaftswachstum zu erreichen sein. Daher ist es auch ein Gebot der Gerechtigkeit, dass gerade ärmere Länder nicht um ihre Wachstums- und Entwicklungspotentiale gebracht werden dürfen.



„Grünes Wachstum“ als Illusion?

Die wachstumskritische Bewegung greift – bei allen Unterschieden im Detail der verschiedenen Varianten (De-Growth-, Postwachstums-, A-Growth-Bewegung) – ein verbreitetes Unbehagen an einer Wirtschaftspolitik auf, die auf Wirtschaftswachstum fixiert ist, ohne die damit verbundenen ökologischen und sozialen Folgen ausreichend zu berücksichtigen. Den Weg, Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit durch technische Effizienz und „Grünes Wachstum“ miteinander versöhnen zu wollen, den nicht nur die Agenda 2030, sondern auch andere UN-Organisationen (u. a. OECD, UNEP) de facto verfolgen, bewerten die allermeisten Wachstumskritiker als illusorisch.



Es gibt bisher keine historischen Vorbilder für eine absolute, globale Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum

Sie halten es für unrealistisch, weltweit weiteres Wachstum des BIP ohne höheren Ressourcenverbrauch und mehr Umweltbelastung erreichen zu können. Dabei verweisen sie auf den unstrittigen empirischen Befund, dass es bisher keine historischen Vorbilder für eine absolute, globale Entkopplung von Ressourcenverbrauch (bzw. Emissionsausstoß) und Wirtschaftswachstum gibt. In den letzten Jahren ist die Menge an emittiertem CO₂ pro Einheit der Energiegewinnung und des Bruttoinlandsprodukts (Kohlenstoffintensität) weltweit sogar wieder deutlich angestiegen, denn seit den 2000er Jahren haben viele Schwellen- und Entwicklungsländer hohe Wachstumsraten erzielt, weil sie für ihre Energieversorgung vor allem auf die kostengünstige Kohle setzen.

Die erwähnte Studie der Sachverständigengruppe warnt jedoch, daraus voreilige Schlüsse zu ziehen.

- Denn erstens folgt aus der Tatsache, dass eine globale Entkopplung von Ressourcenverbrauch (bzw. Emissionsausstoß) und Wirtschaftswachstum bisher nicht möglich war (und nicht umfassend versucht wurde), noch nicht, dass dies bei geeigneten Rahmenbedingungen zukünftig nicht möglich wäre. Wenn die ökologischen und sozialen Kosten, die Produktion und Konsum verursachen, den Verursachern zugerechnet und nicht weiter auf Dritte – besonders auf nachfolgende Generationen – abgewälzt („externalisiert“) werden, würde dies erhebliche Anreize für eine effizientere Nutzung von Energie und Ressourcen und eine Senkung der Kohlenstoffintensität (Menge an emittiertem CO₂ pro Einheit des BIP) geben.
- Zweitens übersehen Wachstumskritiker, dass die Kohlenstoffintensität auch bei einer schrumpfenden oder stagnierenden Wirtschaft erheblich zu senken wäre, um die im Klimaabkommen von Paris vereinbarten Minderungsziele erreichen

zu können. Es spricht einiges dafür, dass die notwendige Verbesserung der Emissionseffizienz bei einer dynamischeren und innovativeren Wirtschaft leichter möglich wäre als bei einer schrumpfenden oder stagnierenden Wirtschaft (vgl. Jakob/Edenhofer 2014). Voraussetzung dafür sind allerdings wiederum Ordnungsstrukturen, die den Umweltgebrauch mit einem verursachergerechten Preis belegen.

Solche Rahmenbedingungen braucht es auch, um die Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten im Zuge globaler Standortverlagerungen zu beenden, und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu sichern. Die bislang unternommenen Schritte hin zu

- gerechterem, regelbasiertem Handel,
 - menschenwürdigeren Arbeitsbedingungen und vor allem
 - einer ökologischen Modernisierung weltweit
- sind angesichts der gegenwärtigen sozialen und ökologischen Herausforderungen jedoch ganz und gar unzureichend.

Plädoyer für eine sozial-ökologische Modernisierung

Die Sachverständigengruppe spricht sich daher für einen grundlegenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft durch eine sozial-ökologische Modernisierung aus, für die drei Bausteine genannt werden.

1) Entkoppelung durch Effizienzsteigerungen

Grundlegend für eine sozial-ökologische Modernisierung sind umfassende Strukturreformen, die mehr Anreize für technologische Innovationen geben und damit eine Entkoppelung durch Effizienzsteigerungen vorantreiben. Ein Schlüssel dafür sind angemessene, verursachergerechte Preissignale für Umweltnutzung und Schadstoffausstoß, die damit wesentlich wirksa-

mer und effizienter gemindert werden können als durch Verbote mit zahllosen Ausnahmeregelungen.

Den Schlüssel für eine global nachhaltige Wirtschaft sieht die Sachverständigengruppe in einer Dekarbonisierung von Wirtschaft und Energieversorgung, für die der Abschied von der fossilen Energiewirtschaft und die Förderung von Energie-Effizienz durch angemessene Ordnungsstrukturen zügig einzuleiten und voranzutreiben ist. Dazu sind ökonomisch schädliche Subventionen, in Deutschland u. a. in Form der (teils indirekten) Subventionierung von Kohle, Flugbenzin und des Privilegs für Diesel-Kraftstoffe, abzuschaffen. Unerlässlich ist ein sektorübergreifend einheitlicher CO₂-Preis für

alle Aktivitäten, die Treibhausgase freisetzen. Dies kann durch Klimazertifikate oder eine CO₂-Abgabe erreicht werden, muss aber sozial abgefedert und international abgestimmt werden.

2) Soziale Abfederung und internationale Abstimmung

Der tiefgreifende Transformationsprozess wird mit beachtlichen Verteilungseffekten verbunden sein, wenn bestimmte Sektoren der Wirtschaft infolge des beschleunigten Strukturwandels schrumpfen oder ärmere Haushalte besonders belastet werden, da diese dann einen größeren Teil ihres Einkommens für energie- und emissionsintensive Güter aufwenden müssten. Gleichzeitig ist eine Bepreisung von Umweltgebrauch wie von Schadstoffemissionen international abzustimmen, um sich gegenüber „Trittbrettfahrern“ abzusichern, die sich bewusst für geringeren Umweltschutz entscheiden, um dadurch Vorteile im internationalen Wettbewerb zu erzielen.

Aus diesen Gründen ist es entscheidend, dass die Einnahmen einer Bepreisung von Schadstoffemissionen bzw. Umweltgebrauch nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden, sondern Bürgern und Unternehmen in Form von

- Infrastruktur-Förderung,
- Innovations- und Investitionsprogrammen,
- sozialen Ausgleichsmaßnahmen vor allem für Geringverdiener und ärmere Bevölkerungsgruppen

rückergestellt werden. Ähnlich wie bei der Mehrwertsteuer könnte eine solche Klimaabgabe auch beim Im- oder Export von Waren berücksichtigt werden, ohne darauf warten zu müssen, dass gleich alle Staaten mitmachen. Neuere spieltheoretische Studien zeigen, dass es mittelfristig selbst für „egoistische Staaten“ positive Anreize gibt, sich an solchen CO₂-Preissystemen zu beteiligen, wenn einige starke Länder als Pioniere mutig vorangehen (Heitzig/Kornek 2018).

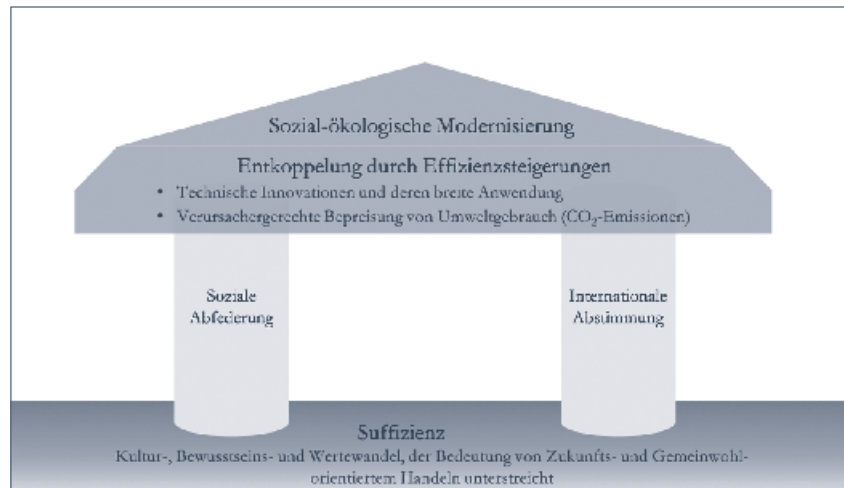


Abb. 2: Bausteine einer sozial-ökologischen Modernisierung

3) Tiefgreifender Kultur-, Bewusstseins- und Wertewandel

Gleichzeitig verweisen wichtige Vertreterinnen der Postwachstumsbewegung darauf, dass eine Politik der sozial-ökologischen Modernisierung schon jetzt durch einen tiefgreifenden Kultur-, Bewusstseins- und Wertewandel vorzubereiten, zu ergänzen und zu begleiten ist (Seidl/Zahrnt 2010). Denn in der Tat könnte das Potenzial an technischen Möglichkeiten aktuell über- und die Kosten einer konsequenten Umwelt- und Klimapolitik unterschätzt werden. Noch größer ist vermutlich die Gefahr, dass die politischen Strukturformen, die für die beschriebene Modernisierung notwendig sind, am Wi-

derstand mächtiger Interessengruppen und mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung scheitern oder weiter verzögert werden.

Auch und gerade bei der Dekarbonisierung von Wirtschaft und Energieversorgung gilt: Die notwendige Transformation wird dann (einfacher) zu erreichen sein, wenn sie von einem Bewusstseinswandel vorbereitet und mitgetragen wird, der eine Reflexion über das rechte Maß beinhaltet und mit dazu beiträgt, Produktionsweisen von Unternehmen und Lebensstile wie Konsummuster einer breiten Masse von Bürgern zu verändern. Dies wird meist mit dem Begriff der Suffizienz umschrieben.

Sozial-ökologische Transformation am Beispiel der Ernährungssicherheit

Diese Grundüberlegungen einer sozial-ökologischen Transformation sollen abschließend am Beispiel der Ernährungssicherheit, SDG 2, verdeutlicht werden. Immer noch leiden mehr als 820 Millionen Menschen an chronischem Hunger, mehr als zwei Milliarden an Mangelernährung – und dies, obwohl die globale Nahrungsmittelproduktion in den letzten 50 Jahren stärker gewachsen ist als die Weltbevölkerung. Dies hat verschiedene Ursachen, denn Hunger ist

die Folge verschiedener, sich wechselseitig verstärkender Fehlentwicklungen in politischer, rechtlicher und ökonomischer Hinsicht auf unterschiedlichen Ebenen (lokal, national, global). Dementsprechend besteht die Herausforderung darin, die strukturellen Ungerechtigkeiten, die Hunger und Mangelernährung verursachen, zu überwinden und geeignete institutionelle Reformen auf verschiedenen Ebenen durchzuführen (vgl. WA-DBK 2012).

Folgt man dem Grundsatz der gemeinsamen und differenzierten Verantwortung, so sind

- die nationalen Regierungen,
- ihre internationalen Zusammen-schlüsse und
- die Organisationen der Entwick-lungszusammenarbeit, aber auch
- die transnationalen Konzerne,
- die Nahrungsmittelproduzenten ei-nes jeden Landes und nicht zuletzt
- die einzelnen Bürgerinnen und Bür-ger

verpflichtet, ihren je unterschiedlichen Beitrag für die Ernährungssicherheit zu leisten, das vom Menschenrecht auf Nahrung her interpretiert werden sollte.

Gemäß der Subsidiarität sind dazu *zum einen* ordnungspolitische Refor-men in den betroffenen Ländern selbst notwendig, um eine nachhaltige Ent-wicklung ländlicher Räume zu beför-dern. Ziel ist eine Landwirtschaft mit unterschiedlichen, an die jeweiligen Bedingungen angepassten Betriebsgrö-

ßen und -formen, welche zum notwen-digen breitenwirksamen und umwelt-verträglichen Wachstum im ländlichen Raum beitragen. Aufgrund der damit verbundenen Beschäftigungs- und Ein-kommensmöglichkeiten kommt klein-bäuerlichen Betrieben dabei eine wich-tige Bedeutung zu. Sie sind derzeit oft nicht konkurrenzfähig und bedürfen daher besonderer Förderung.

Zum anderen bedarf es aber auch internationaler Rahmenbedingungen, welche eine breitenwirksame und um-weltverträgliche Entwicklung der länd-lichen Räume in den ärmeren Ländern fördern und nicht untergraben. Dazu gehören u. a.

- eine international abgestimmte Um-welt- und Klimapolitik,
- entwicklungsförderliche Reformen der Weltagarmärkte sowie
- angemessene und wirksame Maß-nahmen zur Einschränkung der Spekulation auf Nahrungsmittel-märkten.

wusstsein gegen einen reinen Konsumismus mit seinen Folgen schaffen. Menschen agieren nämlich niemals isoliert, sondern orientieren sich auch bei Ernährungsfragen meist an allge-meinen Trends und Lebensstilen. Leit-bilder beeinflussen nicht nur das Ver-halten Einzelner, sondern auch gesetz-liche Rahmenbedingungen. Sie können Strukturreformen, die für eine breiten-wirksame und umweltverträgliche Ent-wicklung notwendig sind, begünstigen oder erschweren.

Je stärker unsere Leitbilder von Massenkonsum und einer „Schnäp-pchenkultur“ geprägt werden, welche die wahren Kosten auf andere abzu-wälzen bereit ist, umso schwieriger dürften die nötigen politischen Ver-änderungen durchzusetzen sein. Wenn also eine kritische Masse von Men-schen nachhaltig konsumiert, so wird dies die öffentliche Meinung und ge-sellschaftliche Leitbilder verändern und auch dazu motivieren, politische Veränderungen anzustoßen. Wenn im-mer mehr Bürger sich entsprechend politisch engagieren, setzen sie die Regierenden unter Zugzwang, die not-wendigen ordnungspolitischen Refor-men voranzutreiben. So gesehen, wer-den Leitbilder zum unverzichtbaren Scharnier zwischen persönlichem Ver-halten auf der gesellschaftlichen Mikro- und ordnungspolitischen Struktu-ren auf der Makroebene. Dies verdeut-licht, wie sehr private, wirtschaftliche und politische Entscheidungen verwo-ben sind.

Verhaltensänderungen und neue Leitbilder für die Ernährung

Auch die für die Ernährungssicherheit notwendigen Strukturreformen sind auf die Unterstützung breiter Bevölke-rungsgruppen angewiesen, und zwar sowohl im Norden wie im Süden. Die-se müssen den Wandel aktiv mitgestal-ten und von der Politik einfordern. Ver-änderungen kommen dann in Gang, wenn eine kritische Masse von Men-schen ihre persönlichen Handlungs-möglichkeiten als Konsumenten, An-leger, Arbeitgeber und nicht zuletzt als politische Staatsbürger wahrnehmen (vgl. dazu Wallacher 2011, besonders 179–191).

Deshalb ist das SDG 12 („für nach-haltige Konsum- und Produktionsmus-ter sorgen“) eine wichtige Grundlage für die erfolgreiche Realisierung von SDG 2 („den Hunger beenden und Er-nährungssicherheit gewährleisten“). Gesetzgeber und Verbraucherorgani-sationen müssen das Ihre dazu bei-tragen, um die Informationslage der



Es ist dringend geboten, das Marktgeschehen durch strengere Kenn-zeichnungspflichten transparenter zu machen

Konsumenten zu verbessern. Es ist dringend geboten, das Marktgesche-hen durch strengere Kennzeichnungs-pflichten von Produkten transparenter zu machen. Hersteller müssen gesetz-lich dazu verpflichtet werden, Kon-sumenten wichtige Informationen zu liefern, indem sie etwa Verpackungen von Lebensmitteln mit einfachen An-gaben über die Herkunft ihrer Produk-te versehen.

Die unmittelbaren Folgen einzel-ner Entscheidungen, z. B. beim Konsum von Lebensmitteln, haben zunächst nur eine begrenzte Reichweite. Sie können aber sehr wohl zu Veränderungen bei-tragen, wenn sie z. B. ein breites Be-



Wenn die Umstellung auf deutlich weniger Fleisch-verzehr gelingen würde, hätte dies sowohl für die weltweite Ernährungs-sicherheit wie die Umwelt positive Auswirkungen

Verantwortungsvoller Konsum von Lebensmitteln hat nichts mit Verzicht, sondern mit bewusstem, den Produ-zenten gegenüber fairem und qualita-tiv hochwertigem Konsum zu tun, was

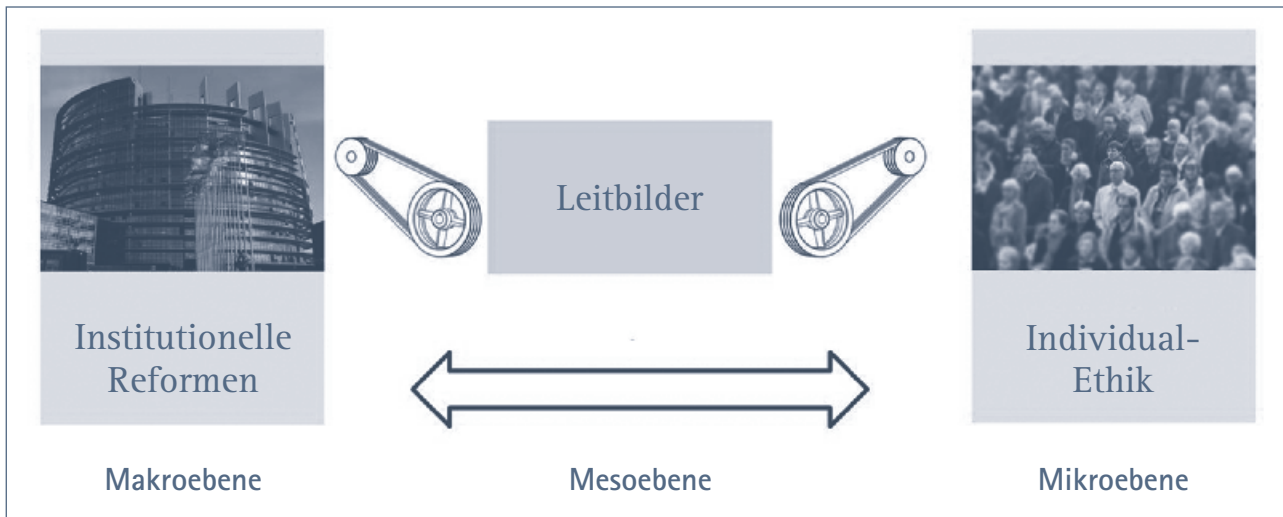


Abb. 3: Die Scharnierfunktion von Leitbildern auf der gesellschaftlichen Mesoebene

auch einen Beitrag zu mehr Lebensqualität liefern kann. Dies lässt sich am Fleischverzehr verdeutlichen. Die stetig wachsende Fleischproduktion ist ein wesentlicher Treibsatz für den Klimawandel und andere ökologische Schäden. Sie trägt insofern zur weltweiten Ernährungskrise bei, als dass die höhere Nachfrage nach Weideflächen und

Futtermitteln letztlich zu Lasten des Nahrungsmittelanbaus geht. Wenn viele Menschen ihre Ernährungsgewohnheiten auf deutlich weniger Fleischverzehr umstellen würden, hätte dies sowohl für die weltweite Ernährungssicherheit wie die Umwelt positive Auswirkungen. Das rechte Maß respektiert nicht nur die legitimen Rechte der welt-

weit Hungernden auf ausreichend Nahrung, es beugt auch Gesundheitsrisiken vor, welche in der zunehmend industrialisierten Fleischproduktion durch den hohen Einsatz von Antibiotika und den daraus folgenden Resistenzen verstärkt zu befürchten sind.

Ein solches Ernährungslleitbild wäre weltweit leicht übertragbar – und gu-

LITERATUR

- Edenhofer, Ottmar/Wallacher, Johannes/Reder, Michael/Lotze-Campen Hermann: Global aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen, München: Beck, 2010.
- Edenhofer, Ottmar/Flachsland, Christian/Lessmann, Kai: Wem gehört die Atmosphäre? Nach dem Klimagipfel in Cancún. In: Stimmen der Zeit 229 (2011) 2, S. 75–88.
- Heitzig, Jobst/Kornek Ulrike: Bottom-up linking of carbon markets under far-sighted cap coordination and reversibility. In: Nature Climate Change 8 (2018), S. 204–209.
- Jakob, Michael/Edenhofer, Ottmar: Green growth, degrowth, and the commons, in: Oxford Review of Economic Policy, Band 20 (2014), Nr. 3, 447–468.
- Löffler, Winfried: Was hat soziale Gerechtigkeit mit Nachhaltigkeit zu tun? Philosophische Sondierungen im Umkreis zweier Leitbilder. In: Littig, Beate (Hrsg.), Religion und Nachhaltigkeit, Münster 2004, S. 41–70.
- Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden: Kompendium der Soziallehre der Kirche, Freiburg, 2006.
- Rockström, Johan et al.: Planetary Boundaries: Exploring the safe operating space for humanity. In: Nature 461, 472–475 (24. September 2009).
- Robeyns, Ingrid: Wellbeing, Freedom and Social Justice: The Capability Approach Re-examined, Cambridge 2017.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft, Marburg 2010.
- Wallacher, Johannes: Mehrwert Glück. Plädoyer für menschengerechtes Wirtschaften, München 2011.
- Wallacher, Johannes: Laudato Si' – eine „aufklärerische“ Botschaft. In: Wissenschaft und Weisheit. In: Franziskanische Studien zu Theologie, Philosophie und Geschichte 78 (2015), S. 9–24.
- WA-DBK [Wissenschaftliche Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz]: Den Hunger bekämpfen. Unsere gemeinsame Verantwortung für das Menschenrecht auf Nahrung, Bonn 2012.
- WA-DBK [Wissenschaftliche Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz]: Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozial-ethische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien, Bonn 2018.
- World Commission on Environment and Development: Our Common Future, www.un-documents.net/our-common-future.pdf.



tes Fleisch zu genießen, bliebe dennoch möglich. Wer sich für mehr saisonal verfügbare Lebensmittel und regionale Anbieter entscheidet, mindert nicht nur Transportkosten, sondern erhält dadurch auch verlässlichere Informationen über die Produktionsbedingungen. Zu wissen, wo Fleisch oder andere Nahrungsmittel herkommen und was man isst, gehört zur Bildung und stärkt auch die Verantwortung für die eigene Kulturlandschaft. Dies gilt auch für den Konsum von Fisch. Bei heimischem Süßwasserfisch, d.h. Karpfen und Forelle, und bei Seefisch, der nachweislich aus nachhaltigen Aquakulturen oder Meeresfischerei stammt

(z. B. MSC- oder WWF-Siegel), ist anders als bei Massenware die Gefahr geringer, dass der Fischkonsum zu Lasten von Millionen von Kleinfischern in den Ländern des Südens geht.

Ein gutes Essen kann nur eines sein, das es anderen nicht unmöglich macht, gut zu essen. Dies erinnert uns einmal mehr daran, dass Lebensmittel mehr als eine bloße Ware sind, nämlich Mittel zum Leben. Sich den Wert von Nahrung bewusst zu machen, hat auch eine politische Bedeutung. Denn es kann dazu motivieren, sich für die Strukturreformen einzusetzen, die notwendig sind, um allen Menschen dauerhaft ihr Recht auf Nahrung zu verschaffen.

Fazit

- Auch wenn eine generelle Wachstumskritik nicht angemessen ist, kann die Postwachstumsbewegung wichtige Denkanstöße für die notwendige sozial-ökologische Transformation geben.
- Viele der Probleme, die mit der Wachstumsfixierung verbunden sind, sind auf Anreizmechanismen und Rahmenbedingungen zurückzuführen, die eine Abwälzung der sozialen und ökologischen Kosten von Produktion und Konsum auf Dritte erlauben. Daher braucht es vor allem Ordnungsstrukturen, welche die Umweltnutzung mit einem

verursachergerechten Preis belegen und einen fairen sozialen Ausgleich und menschenwürdige Arbeitsbedingungen ermöglichen.

- Die Postwachstumsbewegung verweist zurecht darauf, dass eine solche Politik der ökologischen Modernisierung jedoch durch partizipativere politische Prozesse und vor allem einen tiefgreifenden Kultur-, Bewusstseins- und Wertewandel vorzubereiten, zu ergänzen und begleiten ist. Dafür steht die Leitidee der Suffizienz, die ein gutes Leben nicht vom „immer mehr und billiger“, sondern von der Tugend des

KURZBIOGRAPHIE

Johannes Wallacher (*1966), Dr. phil., Dr. rer. pol., seit 2011 Präsident der Hochschule für Philosophie München und seit 2006 Professor für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik an dieser Hochschule; er ist zudem u.a. Vorsitzender der Sachverständigen-Gruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz und Mitglied von acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Grundfragen und Anwendungsfelder der Wirtschaftsethik, bes. Umwelt und Entwicklung, Weltwirtschaft und Globalisierung, Digitalisierung. Weiteres unter: www.hfph.de/hochschule/lehrende/prof-dr-johannes-wallacher.

rechten Maßes her versteht und gerade auch die „unbezahlbaren“ Dinge wertschätzt.

- Das Erleben der Natur, die Sorge um Familienangehörige und bedürftige Mitmenschen, der Einsatz für Kultur und das Engagement für Ideale wie Mitmenschlichkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt sind kaum in Geld aufzuwiegen – und doch sind sie Grundlage unserer Gesellschaft und ermöglichen überhaupt erst Wachstum und wirtschaftlichen Wohlstand.



Die Energiewende in Deutschland



Vorbild oder Sackgasse?

Für die Energiewende in Deutschland ist ein Komplettumbau des Energie- und Verkehrssystems erforderlich. Dazu gehören der komplette Ausstieg aus der Kohleverstromung, eine konsequente energetische Gebäudesanierung, neue Mobilitätskonzepte, zusätzliche Verbesserungen des Emissionshandels und die Nutzung weiterer politischer und wirtschaftlicher Steuerungsinstrumente. Der vorliegende Beitrag skizziert konkrete Wege für den weiteren Umstieg hin zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien. Zu den notwendigen Rahmenbedingungen der Transformation gehören ein entsprechend angepasstes Abgaben- und Steuersystem, dezentrale und flexible Versorgungsstrukturen und die breite Beteiligung der Bürger*innen als Energiekonsumenten und -produzenten (Prosumenten). Aufgezeigt wird zudem, inwiefern der Nutzen einer umfassenden Energiewende ihre Kosten übersteigt.

Die Energiewende ist eines der größten Projekte, die Deutschland sich je vorgenommen hat. Um die Klimaziele in Deutschland gemäß der Vereinbarung des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen, muss das Energiesystem komplett dekarbonisiert werden. Der von der Bundesregierung verabschiedete Klimaschutzplan 2050 sieht erstmals für die einzelnen Sektoren Ziele vor. Beispielsweise muss im Verkehr schon bis 2030 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 40 bis 42 Prozent gegenüber 1990 erreicht werden (Bundesregierung 2016). Neben dem Gebäudeenergie- und dem Verkehrsbereich muss aber vor allem der Stromsektor einen erheblichen Beitrag zur Emissionsminderung leisten. Das Ziel ist, den Anteil Erneuerbarer Energien (EE) an der Stromerzeugung von heute etwas über 30 bis zum Jahre 2050 auf mindestens 80 Prozent zu erhöhen. Bis zum Jahre 2022 werden außerdem die restlichen Atomkraftwerke, die vor allem im Süden Deutschlands im Einsatz sind, abgeschaltet. Schließlich geht es darum, die Energieeffizienz in allen Sektoren drastisch zu verbessern. Die Energiewende soll somit zu einer dauerhaft nachhaltigen Energieversorgung führen.

Es geht also um nichts weniger als den Komplettumbau des Energie- und Verkehrssystems. Das „alte“ Stromsystem, basierend in erster Linie auf Atom- und Kohle-Großkraftwerken, muss somit transformiert werden in ein neues, auf erneuerbaren Energien basierendes, dezentrales, intelligentes und dynamisches Energiesystem. Der Transportsektor muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein, das erfordert vor allem alternative und nachhaltige Antriebsstoffe und -technologien. Überflüssiger Verkehr ist ebenso wie Feinstaub, Lärm und Staus zu vermeiden, mehr Effizienz ist im Verkehr vor allem durch eine intermodale Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsmittel und durch eine stärkere Förderung der aktiven Mobilität – also des nicht-motorisierten Verkehrs – zu erreichen. Das neue Energie- und Mobilitätssystem wird mit dem alten nicht mehr viel gemeinsam haben (Kempf 2016 und Kempf et al. 2015).

Dass eine derartig tiefgreifende Transformation nicht ohne Kontroversen und Konflikte und auch kaum ohne temporäre technologische wie politische Ineffizienzen vonstattengehen kann, liegt auf der Hand. Ei-



Claudia Kempf

nen umfassenden Masterplan gibt es nicht und kann es auch nicht geben. Hinzu kommt, dass die Pfadabhängigkeiten groß und die Bestrebungen entsprechend stark sind, das bisherige System möglichst lange aufrecht zu erhalten. Somit kommt es nahezu zwangsläufig dazu, dass in der Übergangszeit zwei Energiesysteme parallel existieren, das auf fossilen Ener-



Einen umfassenden Masterplan für die Energiewende gibt es nicht und kann es nicht geben

gien basierende und das auf EE. Dies schafft hohe Transaktionskosten und führt zu suboptimalen Lösungen. Neben Gewinnern gibt es auch Verlierer in diesem Strukturwandel. So werden teils aus Unsicherheit über die eigene Rolle im künftigen Energiesystem und teils gezielt Ängste geschürt. Es gibt erhebliche Vorbehalte gegen die Energiewende: Sie sei schlecht gemanagt, verursache vermeidbare Kosten, führe wegen fehlender grundlastfähiger Erzeugungskapazitäten zu Blackouts, zwingt zu mehr Strom-Importen, erfülle die Klimaziele nicht, verschän-



dele die Landschaften oder gefährde Menschen und Tiere.

Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen der Energiewende und der damit zusammenhängenden Konflikte kreisen die zentralen Fragen darum, wie das Energiesystem der Zukunft aussieht und wie es organisiert werden kann und soll.

- Werden wir tatsächlich von Windmühlen und großen Stromtrassen umgeben sein?
- Oder werden wir die Energie zum großen Teil selbst produzieren und mittels digitaler Technik steuern und verwalten?

- Welche Speicher kommen zum Einsatz? Mit welchen (Elektro-)Mobilien werden wir unterwegs sein?
- Welchen Nutzen hat die Energiewende – und vor allem: was kostet sie?
- Welche Rahmenbedingungen, welche Steuerungsinstrumente werden heute und morgen benötigt?
- Kann sich ein wettbewerblicher Markt unter allen Akteuren entwickeln? Welchen Anteil haben die Bürger an der Energiewende, wie kann Akzeptanz und Partizipation geschaffen und auf Dauer erhalten werden?



Ein wesentlicher Schritt zur Erfüllung der Klimaziele und zur Transformation des Stromsystems ist der Ausstieg aus der Kohleverstromung

als Brückentechnologie für eine nachhaltige Energiewende. Gaskraftwerke verursachen nicht nur weniger Treibhausgase, überdies können sie oftmals flexibler eingesetzt werden als Kohlekraftwerke. Ein erster wesentlicher Schritt zur Erfüllung der Klimaziele und zur Transformation des Stromsystems wäre somit ein schrittweiser Ausstieg aus der Kohleverstromung.

Zudem verursacht der Verkehrssektor knapp 20 Prozent der Emissionen in Deutschland und sollte ebenso zur Treibhausgasemissionsminderung beitragen. Bisher ist dies nicht gelungen, im Verkehrssektor sind die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 fast gar nicht gesunken (UBA 2016). Zwar emittieren die Fahrzeuge durchschnittlich weniger Treibhausgase, doch ist insgesamt das Fahrzeugaufkommen gestiegen, sodass die Effizienzgewinne durch mehr Fahrleistung aufgehoben werden.

Die Energiewende erfordert effektiven Klimaschutz

Das selbst gesteckte Zwischenziel einer Treibhausgasemissionsminderung von mindestens 40% bis zum Jahre 2020 wird Deutschland nicht erfüllen. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe:

- Zum einen ist der Anteil von Kohlekraftwerken im Stromsystem noch immer hoch.
- Zum anderen wurde es bisher vernachlässigt, die Emissionen durch eine Verkehrswende zu vermindern.

Somit rechnen sich die für die Energiewende notwendigen Geschäftsmodelle nicht, inklusive der notwendigen innovativen und flexiblen Gas- und Pumpspeicherkraftwerke. Alte, ineffiziente Kohlekraftwerke sorgen nicht nur für einen enormen Stromangebotsüberschuss, sondern produzieren auch zu viele Treibhausgase. Zudem sind sie in der Kombination mit EE zu inflexibel. Kohlekraftwerke eignen sich nicht

Im Stromsektor gibt es derzeit Stromangebotsüberkapazitäten, da noch immer ein hoher Anteil von Kohle- und Atomkraftwerken im Einsatz sind und zugleich Strom aus EE ins Netz gelangt. Durch die Überkapazitäten sinkt der Strompreis an der Börse und billiger Strom wird exportiert. Das Überangebot und der niedrige Börsenpreis haben Folgen: Die Wirtschaftlichkeit von konventionellen Kraftwerken wird geschmälert. Aus diesem Grund und weil die CO₂-Preise auf einem historisch niedrigen Niveau verharren, sind Braunkohlekraftwerke derzeit die wirtschaftlichste Form der Stromherstellung. Daher ist der Einsatz von Kohlekraftwerken anteilig angestiegen und mit ihm die Treibhausgasemissionen.

Die Energiewende erfordert auch eine Gebäudeenergie- und Verkehrswende

Die Energiewende wird ohne eine Gebäudeenergie- und Verkehrswende kaum möglich sein. Etwa ein Drittel der Gesamtenergie wird in Gebäuden verbraucht. Durch energetische Gebäudesanierung kann der Energieverbrauch deutlich gesenkt werden. Zudem können Gebäude selbst zu Energieherstellern werden (vgl. Großklos, Schaede 2016). Mittels Solaranlagen auf dem Dach und Speichermedien im Keller können „Prosumer“ Teil der Energiewende werden, nicht nur weil sie Energie herstellen und selbst verbrauchen, sondern auch – wenn sie

miteinander verbunden werden – weil sie die Netze entlasten können.

Ebenso wichtig ist die Verkehrswende. Strom aus EE kann für die Mobilität der Zukunft genutzt werden und die für die Energiewende so wichtigen Sektoren miteinander verzahnen („Sektorkopplung“) (vgl. Canzler, Knie 2013). EE-Strom kann nicht nur Bahnen und Elektrofahrzeuge antreiben, sondern auch zur Herstellung von Wasserstoff oder synthetischem Gas („Power to Gas“) genutzt werden, welche wiederum als Kraftstoffe verwendet werden können. Letztere wären auch als langfristige

Speicher nutzbar und könnten so die Versorgungssicherheit eines auf EE basierenden Energiesystems deutlich erhöhen.

Nachhaltiger Verkehr bedeutet allerdings mehr als die Substitution der Energiegrundlage. Gleichzeitig ist es nötig, unnötigen Verkehr zu vermeiden und eine Optimierung des Verkehrs durch intermodale Verkehrsdienstleistungen zu fördern (SRU 2017), indem die unterschiedlichen Verkehrsformen

 In Ballungsräumen der Zukunft werden keine Autos gekauft, sondern Mobilitätsdienstleistungen

besser miteinander verknüpft werden. Es muss nicht zuletzt eine enge Verzahnung von Öffentlichem Personennahverkehr und Car-Sharing-Angeboten sowie mit dem Fahrrad geben. In Ballungsräumen der Zukunft werden

Die Energiewende erfordert einen breiten Mix an Instrumenten – Emissionshandel und CO₂-Preis allein reichen nicht aus

In der Debatte um eine möglichst effiziente und zugleich effektive Ausgestaltung der politischen Rahmenbedingungen zur Erfüllung der Klimaziele und der Energiewende werden regelmäßig Forderungen laut, das klimapolitische Instrumentenportfolio zu verschlanken (Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2016). Anstelle vieler Instrumente zur Senkung der Emissionen und Förderung der Energiewende solle vor allem auf den Europäischen Emissionshandel (EU ETS) als Leitinstrument gesetzt werden. Auf den Einsatz komplementärer Instrumente solle weitgehend verzichtet werden, um dessen Effizienz nicht durch instrumentelle Wechselwirkungen zu beeinträchtigen. Die Vorschläge für eine instrumentelle Fokussierung auf den Emissionshandel beruhen auf der ökonomischen Theorie einer kosteneffizienten Minderung des

keine Autos gekauft, sondern Mobilitätsdienstleistungen.

Die politischen Rahmenbedingungen sind für eine nachhaltige Verkehrswende bisher allerdings wenig günstig. Noch immer setzt sich Deutschland nicht für strenge EU-Emissionsgrenzwerte ein und hat mit der Dieselsteuererleichterung vor allem hohe Feinstaub- und Stickoxide in Ballungsräumen mit zu verantworten. Der Wille zu einem Umstieg hin zu einer nachhaltigen Mobilität ist nicht zu erkennen. Eine Kaufprämie für Elektroautos einzuführen, ohne die einseitige Bevorzugung des privaten Autos mit Verbrennungsmotor abzubauen, ist wenig erfolgversprechend. Die Elektromobilität ist ein wichtiger Baustein für eine postfossile Mobilität, allerdings muss sie einhergehen mit einer Förderung sowohl neuer gemeinschaftlicher Nutzungsformen des Autos als auch der Förderung der nicht-motorisierten Mobilität (Canzler, Knie 2016).

Treibhausgasausstoßes mittels marktbasierter Instrumente, in diesem Fall einer Mengensteuerung über handelbare Emissionsrechte. Aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage ergebe sich ein einheitlicher Preis für Emissionsrechte und damit ein – über verschiedene Vermeidungsoptionen hinweg – identischer finanzieller Anreiz zur Minderung des Treibhausgasausstoßes. Durch einen einheitlichen Preis würden Unternehmen genauso wie Bürgerinnen und Bürger einen Anreiz erhalten, die jeweils günstigsten Maßnahmen zur Emissionsminderung zu ergreifen. Diese umfassen sowohl technische Innovationen, Investitionen in energieeffiziente Güter, Brennstoffwechsel als auch Verhaltensanpassungen. Weitere klimapolitische Instrumente in Form fiskalischer, ordnungsrechtlicher oder technologie-spezifischer förderpolitischer Maßnah-

men wären demnach ebenso verzichtbar wie eigenständige politische Zielvorgaben zum Ausbau der EE und zur Steigerung der Energieeffizienz. Die Forderung nach einer Konzentration auf den Emissionshandel erfolgt mit Verweis auf Inkonsistenzen und Verzerrungen, die durch den gleichzeitigen Einsatz verschiedener Instrumente entstünden, und die so zu erhöhten Kosten der klimapolitischen Zielerreichung führen würden. Zudem wird angemahnt, dass den Emissionshandel ergänzende Instrumente ökologisch letztendlich wirkungslos blieben, da sie angesichts der Obergrenze, die aufgrund der EU ETS gesetzt wurde, zu keinen zusätzlichen Emissionsminderungen beitragen. Diese vermeintliche Ineffektivität wird auf den sogenannten Wasserbetteffekt im Rahmen des europäischen Emissionshandels zurückgeführt: Sinken die nationalen CO₂-Emissionen, werden CO₂-Zertifikate frei, die von Emittenten in anderen EU-Staaten genutzt würden. Die Gesamtemissionen auf europäischer Ebene blieben somit von nationalen Minderungsaktivitäten unberührt.

Allerdings sieht die tatsächliche Situation des europäischen Emissionshandels anders aus.

- Zum einen wurden die nationalen Ziele zum Ausbau der EE – und gleiches gilt für die Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz – bei der Festlegung der Obergrenze (kurz „Caps“) im EU ETS berücksichtigt. Die Ziele zur Minderung der Treibhausgas-Emissionen, zum Ausbau der Erneuerbaren und zur Verbesserung der Energieeffizienz stehen mithin nicht unabhängig nebeneinander, sondern bilden eine aufeinander abgestimmte Trias. Angesichts der zuvor angedeuteten Marktunvollkommenheiten können flankierende EE-Ausbau- und Effizienzziele die Kosten für die Erreichung der Klimaschutzziele mindern helfen.
- Zum anderen ist, mit Blick auf den derzeitigen – und auch für die nächsten Jahre prognostizierten –

massiven Angebotsüberhang im CO₂-Zertifikatsmarkt nicht mit einem Wasserbetteffekt zu rechnen. In der gegenwärtigen und mittelfristig absehbaren Marktsituation würden frei werdende Zertifikate aufgrund verminderter Emissionen aus Deutschland nicht von anderen Emittenten innerhalb des EU ETS genutzt, sondern den kumulierten Überschuss weiter erhöhen.



Die bisherige Ausgestaltung des Emissionsrechtehandels genügt nicht, um die Ziele des Klimaschutzes und der Transformation des Energiesystems zu erreichen

Ein Instrument reicht nicht aus, um alle Ziele des Klimaschutzes und der Transformation des Energiesystems zu erfüllen. Nicht nur weil beispielsweise die Sektoren Gebäude und Verkehr bisher gar nicht im Emissionshandel enthalten sind. Entscheidend ist, dass

- die bisherige Ausgestaltung des Emissionsrechtehandels mit hohen Zertifikatsüberschüssen,
- der fehlende Einigungswille der EU-Länder zur Verbesserung des Instrumentariums und
- eine hohe Anfälligkeit für Lobbyeinfluss

nicht die Signale gegeben haben, die aus klimapolitischer Sicht notwendig sind. Ein CO₂-Preis von derzeit etwa 17 Euro pro Tonne ist zwar deutlich höher als in den vergangenen Jahren, aber ohne Zweifel viel zu niedrig, um ausreichende Signale zu senden. Allein für den Umbau des Stromsystems wären CO₂-Preise von 40 bis 60 Euro pro Tonne notwendig. Das Preissignal aus dem Emissionshandel alleine würde jedoch auch nicht ausreichen, um die Entwicklung innovativer Technologien und effizienter Produkte in den Sektoren Gebäudeenergie und Verkehr in einer gesamtwirtschaftlich effizienten Weise voranzutreiben.

Ein Mindestpreis für CO₂ kann helfen, zumindest kleine Lenkungswirkungen hin zu mehr Klimaschutz zu induzieren.

- Generell muss es jedoch eine Reform des Steuer- und Abgabensystems geben, es muss eine Ökologisierung des Steuersystems durchgeführt werden. Seit Jahren sinkt der Anteil der umweltbezogenen Steuereinnahmen, die Subventionen fossiler und umweltschädlicher Energieträger ist nach wie vor sehr hoch.
- Die höhere Abgabenbelastung von Strom gegenüber fossilen Kraftstoffen hemmt die angestrebte Elektrifizierung des Verkehrs. Strom sollte daher als Energieträger im Verkehr – zumindest relativ – entlastet werden.

Der Nutzen der Energiewende übersteigt die Kosten

Im Oktober jeden Jahres wird die Erneuerbare-Energie-Gesetz-Umlage (kurz: EEG-Umlage) für das kommende Jahr verkündet. Da diese und somit der Endkundenpreis für Stromkunden in den vergangenen Jahren immer gestiegen ist, wird dies als Anlass genommen, über die Kosten der Energiewende zu debattieren. Dabei ist die EEG-Umlage kein geeigneter Kosten-Indikator. Sie stellt die Summe der Vergütungszahlungen abzüglich des an der Börse vermarkteten Stroms dar. Da der Strompreis an der Börse in den vergangenen Jahren gesunken ist, steigt die EEG-Umlage überdurchschnittlich stark an. Denn die EEG-Umlage errechnet sich aus der Differenz von Fördersumme und Börsenerlös. Die EEG-Umlage steigt, obwohl die Kosten der neu zu installierenden EE immer weiter sinken. Auch steigt die EEG-Umlage, da immer mehr Industriekunden von der Zahlung ausgenommen werden. Zudem setzt sich der Endkundenpreis für Stromverbraucher aus weiteren Komponenten wie Netzentgelte, Stromsteuer, Kraft-Wärme-Koppelungsgesetz-Umlage (kurz: KWK-Umlage), Umlage

- Nutzerinnen und Nutzer sollten zudem einen stärkeren Anreiz haben, ihren Stromverbrauch an den Erfordernissen eines auf EE basierenden Energiesystems auszurichten.
- Generell sollte der Abbau von umweltschädlichen Subventionen ein zentrales Ziel für die neue Legislaturperiode sein. Allein im Verkehrssektor belaufen sich die umweltschädlichen Subventionen auf annähernd 30 Milliarden Euro jährlich. Dabei sind vor allem
 - die Privilegierung von Diesel und Erdgas als Kraftstoff,
 - die Entfernungspauschale sowie
 - die niedrige pauschale Besteuerung privat genutzter Dienstwagen zu nennen.

für Kraftwerksreserven oder Haftungsumlage für Offshore-Windenergie zusammen. Bei einer Betrachtung der Kosten der Energiewende ist jedoch immer der Nutzen gegenüber zu stellen und die Frage zu beantworten, was es kosten würde, die Energiewende nicht zu vollziehen.

Der Strukturwandel ist mit dem Verlust alter und der Entstehung neuer Arbeitsplätze verbunden. Die Branche der EE zählt etwa 380.000 Beschäftigte, während in der Kohleindustrie noch ungefähr 50.000 Arbeitsplätze bestehen. Dort waren in den vergangenen Jahrzehnten noch über 600.000 Menschen beschäftigt. Allerdings sind die Beschäftigungseffekte der Energiewende ungleichzeitig und fallen zudem räumlich auseinander. Die Digitalisierung beispielsweise erlaubt Preisinformationen in Echtzeit, mit denen Erzeugung und Verbrauch optimiert werden können. Mehr EE, dezentrale Energiesystemen, eine höheren Energieeffizienz und auch nachhaltige Mobilitätsdienstleistungen verlangen neue Kompetenzen und Qualifikationen von den Beschäftigten. Schließlich müssen in einer umfassenden Kos-



tenbetrachtung der Energiewende auch die vermiedenen Treibhausgasemissionen – und damit auch vermiedene Schäden durch den Klimawandel – einbezogen werden.

Die Energiewende hat zur Folge, dass künftig mehr und mehr auf die Verstromung von Kohle verzichtet werden wird, was wiederum den Kohle-Tagebau überflüssig macht. Die Umwelt- und Gesundheitsschäden durch den Tagebau werden so ebenfalls vermieden. Die Verbrennung von Kohle verursacht nicht nur klimafähliche Treibhausgase, sondern auch andere umweltgiftige Emissionen wie Quecksilber und Feinstaub. Auch die Atomenergie verursacht hohe Kosten. Deutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten hohe Subventionen für die Atomenergie bezahlt. England plant den Bau neuer Atomkraftwerke und will sie mit 11 Cent je Kilowattstunde über einen Zeitraum von 35 Jahren und einem Inflationsausgleich subventionieren. Zudem verursachen der Rückbau der

Atomanlagen und die Einlagerung des Atommülls hohe Kosten. All diese Kosten werden durch die Energiewende zukünftig vermieden. Hinzu kommt, dass weniger fossile Energien importiert werden müssen. In der Vergangenheit mussten dafür, je nach Rohstoffpreisen, bis zu 11 Mrd. Euro pro Jahr aufgewendet werden (vgl. Öko-Institut 2015 und 2016).

Gleichwohl kann die Energiewende dem „Dilemma der Ungleichzeitigkeit“ nicht vollends entkommen. Denn kurz- bis mittelfristigen Investitionen stehen mittel- und langfristige Nutzen in Form von vermiedenen volkswirtschaftlichen Folgekosten, reduzierten Importen, regionaler Wertschöpfung und neuen Arbeitsplätze gegenüber. Doch wird dieses Ungleichzeitigkeitsproblem bereits absehbar gemildert, weil die Gestehungskosten von Strom aus Windenergie- und Photovoltaikanlagen in den letzten Jahren dramatisch gesunken sind und aller Voraussicht nach weiter sinken werden.

- sie vermeidet einen übermäßigen und von den Bürgern nicht gewollten Übertragungsnetzausbau,
- sie stärkt die regionale Identität und
- sie sichert auf Dauer die Akzeptanz des notwendigen weiteren Ausbaus von EE-Erzeugungsanlagen.

Schließlich kann die Resilienz des Gesamtsystems steigen, wenn im Störfall regionale Teilnetze sich „einfach abnabeln“ und damit Kettenreaktionen im übergeordneten Netz vermieden werden können.



Das Leitbild der dezentralen Energiewende ist eine Balance von regionaler Eigenversorgung und einer kostengünstigen Energieversorgung auch für die Nicht-Prosumenten

Das Leitbild der dezentralen Energiewende ist dabei nicht die regionale Autarkie. Ziel ist vielmehr eine Balance von regionaler Eigenversorgung (inklusive eines entsprechenden regionalen Wertschöpfungsanteils für die Prosumenten, Netzbetreiber und Energiedienstleister) und einer kostengünstigen Energieversorgung auch für die Nicht-Prosumenten. Im Zentrum steht ein robustes regionales Prosumentenetzwerk, ein Netzwerk aus dezentralen Produzenten und Verbrauchern. Denn die Akzeptanz und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürgern ist eine notwendige Voraussetzung für einen Aus- und Neubau von EE-Anlagen in einer Größenordnung (in den nächsten Jahrzehnten), die ein Mehrfaches der bereits installierten Leistung von knapp 100 Gigawatt vorsieht. Nur gemeinsam mit ihnen kann es gelingen, auf Schuldächern, privaten Häusern, Fabrikhallen und Bauernhöfen genügend Energie aus Wind, Sonne und Biomasse umzuwandeln. Mittel- und langfristig soll es zudem möglich sein, auch die Haushalte der Kommunen, Unternehmen und Bürger zu entlasten, weil die EE-Rendite („Die Sonne schickt keine

100 Prozent Erneuerbare Energien: machbar, dezentral und bürgernah

Eine komplette Energieversorgung, der Umstieg des gesamten Energie- und Verkehrssystem auf eine Vollversorgung mit 100% aus EE ist möglich, wenn ausreichende Kapazitäten aufgebaut werden und vielfältige Flexibilitätsoptionen für die Integration fluktuierend einspeisender Wind- und Solarenergieanlagen wirken können. Am Ende der Energiewende steht ein völlig neues, dezentrales, flexibles und dynamisches System. Versuchen wir weiterhin, das alte, auf konventionellen Großkraftwerken basierende System aufrecht zu erhalten, hat das seinen Preis. Es werden

- mehr Stromleitungen als in einem auf EE-basierten System benötigt,
- unrentable fossile Kraftwerke künstlich am Leben gehalten und
- mehr Geld für die Bereithaltung bezahlt werden müssen.

Dass der „grundlastfähige“ Strom aus konventionellen Energien selbst bei deutlich höheren EE-Anteilen gar nicht gebraucht wird, zeigen die Länder Dänemark oder Portugal.

Die Grundidee eines dezentralen Transformationsweges besteht darin, die regenerativen Energien mit der regionalen Ökonomie zu koppeln. Die zugrundeliegende Hypothese lautet: Die dezentrale, regional organisierte Energieversorgung – mit den Stichworten: regionale Marktplätze, Bilanzkreisverantwortung vor Ort, Verantwortung der Prosumentinnen und Prosumenten – ist zwar anspruchsvoll und voraussetzungsreich. Sie hat aber neben dem potenziellen wirtschaftlichen Nutzen vor allem ökologische und soziale Vorteile:

- Sie erhöht die Wertschöpfung vor Ort,



Rechnung“) nicht von externen Investoren eingefahren wird. Auch ist es in regionalen Kontexten vermutlich leichter, die bisher eher abstrakt gebliebene Sektorkopplung in (Micro) Smart Grids zu realisieren. Nahwärmeversorgung und verteilte Fahrzeugflotten – von Dienstwagenparks über Vermietfahrzeugflotten bis zu Busbahnhöfen – sind die ersten Kandidaten für eine Kopplung mit dem Stromnetz. Sie lassen sich dezentral effizienter managen als zentral. Auch die Beteiligung von Nicht-Prosumenten wie Mieter und Dienstleistungsunternehmen ohne eigene Betriebsstätten ist über Mieterstrommodelle dezentral einfacher zu organisieren.

Zweifellos ist der Umbauprozess von heutigen zentralen Versorgungsstrukturen zu dezentralen und von vielen Beteiligten beeinflussten Strukturen mit großen Unsicherheiten verbunden. Die sind nicht zu vermeiden, weil nur in einer „offenen Situation“ bzw. in nicht-regulierten „ökologischen Nischen“ die nötigen Innovationen ent-

stehen können (Geels 2007). Technische Innovationen, auch disruptive technische Konzepte wie die blockchain, die bisherige Techniken obsolet werden lassen, brauchen „Ergebnisoffenheit“. Steile Lernkurven bei den Speichertechniken oder unbeherrschbare Datensicherheitsprobleme in Smart Grids beispielsweise können ganz neue Optionen eröffnen oder für sicher gehaltene Optionen verschließen. Dabei sind es nicht nur die Energietechniken im engeren Sinne, die mit dem Übergang zu den relativ jungen EE in teilweise hochdynamische Entwicklungsphasen geraten sind. Auch die Materialforschung und vor allem die Digitalisierung, also in erster Linie die Algorithmisierung von Steuerungs- und Kopplungsabläufen, die vorher entweder manuell oder gar nicht vorgenommen wurden, sind durch eine dynamische, teils schubweise beschleunigte Entwicklung gekennzeichnet. Die Digitalisierung steht für die Dialektik des gesamten Transformationsprozesses der Energiewende: Sie ist Treiber für mehr Volatilität

und zugleich potenzielles Instrument, die Volatilität zu reduzieren (Canzler, Knie 2013).

Die Kommunen sind die zentralen Akteure zur Umsetzung der Energiewende. Energieeinsparungen von öffentlichen Gebäuden spielen dabei genauso eine Rolle wie beispielsweise die Förderung des ÖPNV oder von CO₂-freien Innenstädten durch Elektromobilität. Aber es geht ebenso um die Schaffung von Transparenz, um eine verbesserte Information, um Bildung oder auch die Ausbildung von Entscheidungsträgern und Beratern. Die wirtschaftlichen Chancen für Kommunen sind groß: Neben einer direkten Wertschöpfung und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, die beispielsweise durch neue Unternehmen im Bereich der EE entstehen, können ebenso indirekte Wertschöpfungseffekte generiert werden. Viele Kommunen beschließen ehrgeizige Klimaschutzpläne und treiben aus diesem Motiv die Energiewende aktiv und dezentral an.

LITERATUR

- Bundesregierung (2016) Klimaschutzplan 2050, Berlin 2016 (www.bmubund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf)
- Canzler, W., Knie, A. (2013): *Schlaue Netze. Wie die Energie- und Verkehrswende gelingt*, München
- Canzler, W., Knie, A. (2016): *Mobility in the age of digital modernity: why the private car is losing its significance, intermodal transport is winning and why digitalisation is the key*, in: *Applied Mobilities*, Vol. 1, DOI: 10.1080/23800127.2016.1147781.
- Geels, F. W., Schot, J. (2007): *Typology of sociotechnical transition pathways*, in: *Research Policy* 36(3):399–417. doi:10.1016/j.respol.2007.01.003.
- Großklos, M., Schaede, M. (2016): *Gebäude mit Energiegewinn. Schritt zum Energieüberschuss in Neubau und Bestand*, Stuttgart.
- Kemfert, C (2016): *Das fossile Imperium schlägt zurück*, Murmann.
- Kemfert, C., Opitz, P., Traber, T., Handrich, L. (2015): *Deep Decarbonization in Germany A Macro-Analysis of Economic and Political Challenges of the „Energiewende“ (Energy Transition)*, Politikberatung kompakt 93/2015.
- Öko-Institut (2015): *Die Umlage des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG). Hintergründe, Trends, Treiber und Perspektiven*.
- Kurzstudie für das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Berlin, 8. November 2015 (www.oeko.de/oekodoc/2448/2015-605-de.pdf).
- Öko-Institut (2016): *Eingesparte Kosten für Energieimporte im Jahr 2015 und die Innovationseffekte durch die Nutzung Erneuerbarer Energien in Deutschland*, Berlin 2016 ([https://lbs-libs.blob.core.windows.net/sflibs/docs/default-source/news-\(pdf\)/2016/gutachten_%C3%B6ko-institut_eingesparte-energie-importkosten-und-innovationseffekte-erneuerbare-energien.pdf?sfvrsn=0](https://lbs-libs.blob.core.windows.net/sflibs/docs/default-source/news-(pdf)/2016/gutachten_%C3%B6ko-institut_eingesparte-energie-importkosten-und-innovationseffekte-erneuerbare-energien.pdf?sfvrsn=0)).
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2016): *Jahresgutachten 2016/2017, Zeit für Reformen*, Wiesbaden 2016.
- SRU Sachverständigenrat für Umweltfragen (2017): *Umsteuern Erforderlich. Klimaschutz im Verkehrssektor*. Berlin 23.11.2017.
- Umweltbundesamt (2016): *Übersicht zur Entwicklung der energiebedingten Emissionen und Brennstoffeinsätze in Deutschland 1990 – 2014*, Berlin 2016 (www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/uebersicht_zur_entwicklung_der_energiebedingten_emissionen_und_brennstoffeinsaetze_in_deutschland_1990-2014_web.pdf).

Fazit

Der Klimaschutz ist der stärkste Treiber für die Transformation der Energiesysteme mit dem Ziel ihrer Dekarbonisierung weltweit. Das gilt nicht nur für den Stromsektor, sondern ebenso für die Wärme- bzw. Kälteversorgung und für den Verkehr.

- Neben dem beschleunigten Ausbau der EE sind außerdem erhebliche Anpassungen bei den Energienetzen sowie beim Energiemanagement und neue Geschäftsmodelle sowie soziale Innovationen erforderlich.
- Absehbar stehen zudem eine systemdienliche Integration von Speichern, eine breite Partizipation der Bevölkerung durch deliberative Verfahren sowie wirtschaftliche Beteiligungsmodelle auf der Agenda.

- Die Transformation der Energiesysteme ist nicht allein eine ambitionierte technische und wirtschaftliche Herausforderung. Sie braucht eine andauernde gesellschaftliche Unterstützung und eine verlässliche politische Regulierung.
- Vor diesem Hintergrund ist eine ambitionierte und die einzelwissenschaftliche Spezialisierung überschreitende Energieforschung wichtiger denn je. Denn es gilt, die verschiedenen Dimensionen der Energiewende in interdisziplinärer Weise zu bearbeiten und vor allem die nicht-intendierten Effekte sowie die oft unterbelichteten gesellschaftlichen Folgen und Voraussetzungen zu untersuchen.

KURZBIOGRAPHIE

Claudia Kemfert (*1968), Dr. oec., seit 2004 Leiterin der Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und seit 2009 Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance in Berlin; als Gutachterin und Politikberaterin in verschiedenen Nachhaltigkeitsbeiräten und Kommissionen tätig, u. a. seit 2016 im Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU); Beiräten verschiedener Forschungsinstitute und Jurorin zahlreicher Preise (u. a. deutscher Studienpreis oder deutscher Umweltpreis); Mitherausgeberin des soeben bei Springer International Publishing erschienenen Bandes: Energiewende „Made in Germany“. Low Carbon Electricity Sector Reform in the European Context.

Weiteres zur Person sowie zu den Forschungsschwerpunkten und Publikationen unter: www.claudiakemfert.de.



Das richtige Maß finden

Wege der Transformation zum nachhaltigen Konsum



Materieller Konsum ist in unserer Gesellschaft tief verankert. In seiner aktuellen Form ist er allerdings ein zentraler Grund für die zunehmende ökologische Überlastung der Erde und soziale Ungleichheit. Weitreichende strukturelle Veränderungen sind notwendig, um eine Transformation hin zu nachhaltigen Konsummustern zu ermöglichen. Dabei sind reine Effizienzsteigerungen in der Herstellung und Nutzung von Produkten nicht ausreichend, sondern das Maß an Konsum muss in den Fokus rücken. Solch ein Suffizienzansatz kann dem weit verbreiteten Phänomen einer ‚Immer-mehr‘-Haltung entgegengesetzt werden. Darauf aufbauend zeigt das Konzept der Konsumkorridore die Vision einer Welt, in der ein gutes Leben und soziale Gerechtigkeit für alle möglich sind. Die daraus abzuleitenden Minimal- und Maximalgrenzen des Konsums müssen politisch verhandelt und umgesetzt werden.



Doris Fuchs



Sophie Dolinga

Die rasante Zunahme an ‚grünen‘, ‚nachhaltigen‘ und ‚fairen‘ Produkten in den Geschäften scheint eines zu zeigen: Wir sind auf dem besten Weg hin zu einem nachhaltigen, d. h. langfristig zukunftsfähigen Konsum. Doch dieser Schein trügt, denn eine umfassende Transformation zu nachhaltigem Konsum erfordert mehr und konfrontiert uns mit grundlegenden Fragen. Was macht Konsum überhaupt aus? Was treibt Konsum an? Welche individuellen und gesellschaftlichen Normen und Interessen beeinflussen unseren Konsum und welche sollten ihn beeinflussen? Und schließlich: Wie können wir unseren Konsum gestalten, wenn uns die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft(en) wichtig ist?

Zur Beantwortung dieser Fragen muss zunächst die Komplexität heutiger Konsummuster in den Blick genommen werden, denn hinter unserem Konsum steckt viel mehr als eine reine Kaufentscheidung zur Erfüllung von grundlegenden Bedürfnissen. Produkte dienen als Statussymbol, stiften Identität und ermöglichen Gruppenzugehörigkeit. Die scheinbar unbegrenz-

ten Konsummöglichkeiten vermitteln uns Gefühle von Freiheit und Wohlstand. Doch die vor allem in unseren westlichen Gesellschaften weit verbreiteten Konsummuster haben tiefgreifende ökologische und soziale Auswirkungen, die im klaren Spannungsverhältnis zu Zielen der Nachhaltigkeit stehen.

Der Grundgedanke nachhaltiger Gesellschaften ist, dass die Bedürfnisse der heutigen Generationen erfüllt werden können, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen (vgl. Hauff 1987). Doch das Ausmaß des Konsums, wie er in großen Teilen der westlichen Gesellschaften verbreitet ist, bedroht akut die natürliche Existenzgrundlage der Menschen heute und in der Zukunft und verschärft globale soziale Ungleichheiten. Dabei führen das weltweite Bevölkerungswachstum sowie die permanente Steigerung des Konsums zu einer Zuspitzung der Problematik.

Unser Konsum muss nachhaltig werden, wenn die Lebensgrundlage der Menschen auf diesem Planeten gesichert werden soll. Doch die strukturel-

le Verankerung des Konsums in unseren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen bedeutet, dass eine solche Nachhaltigkeitstransformation grundlegender systemischer Veränderungen bedarf. Ohne diese Veränderungen laufen auch die politischen Ansätze zur Verbesserung der Nachhaltigkeitscharakteristiken von Konsumentscheidungen, wie sie heute primär verfolgt werden, ins Leere. Suffizienzansätze und insbesondere das Konzept der Konsumkorridore bieten hier eine alternative Perspektive, um das Ziel eines guten Lebens für alle zu ermöglichen und den dazu notwendigen strukturellen Wandel einzuleiten. Im Folgenden

- skizzieren wir entsprechend das derzeitige Verhältnis zwischen Konsum und Nachhaltigkeit,
- zeigen sodann die strukturellen Treiber der aktuell weit verbreiteten Form des Konsums auf,
- um schließlich mit einer Diskussion von Suffizienzansätzen und dem Konzept der Konsumkorridore für einen Transformationspfad zu nachhaltigem Konsum zu werben.



Das Spannungsverhältnis zwischen Konsum und Nachhaltigkeit

Die natürlichen Lebensgrundlagen auf der Erde werden durch unseren ressourcenintensiven Lebensstil auf eine harte Belastungsprobe gestellt. So werden etwa fossile Brennstoffe durch die steigende Nachfrage und bei gleichzeitigem Rückgang der Verfügbarkeit zu immer höheren wirtschaftlichen aber auch sozialen und ökologischen Kosten gefördert. Die Meere werden für unseren Fischkonsum überfischt oder durch die mit Aquakulturen verbundenen Chemiekeulen belastet, und die (Ur)Wälder und anderes biodiversitätsreiches Habitat unter anderem für unseren Fleisch- und Holzbedarf zerstört. Zudem werden die Regenerationsfähigkeit der Erde und ihre Absorbierungsvermögen, die sogenannte Senkenkapazität, zunehmend ausgereizt, wie insbesondere im Kontext des Klimawandels deutlich wird. Neben Emissionen, die bei der Produktion oder dem Transport von Gütern anfallen, müssen die Ökosysteme schließlich auch die steigenden Mengen an Müll aufnehmen.



2018 war das nachhaltig nutzbare Rohstoffbudget des Jahres bereits nach sieben Monaten aufgebraucht

Inwiefern die aktuellen Lebens- und Produktionsweisen nach dem ‚westlichen Modell‘ die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde immer weiter überschreiten, zeigt der Erdüberlastungstag. Er gibt den Zeitpunkt an, an dem die Menschheit so viele Ressourcen verbraucht hat, wie der Planet im Laufe eines Jahres regenerieren kann. Der globale Erdüberlastungstag fiel 2018 auf den 1. August, sodass bereits nach sieben Monaten das nachhaltig nutzbare Rohstoffbudget des Jahres aufgebraucht und die natürlichen Senkenkapazitäten ausgelastet waren. Ab diesem Zeitpunkt lebte die Menschheit somit auf Kosten zukünftiger Generationen, denen auf

diese Weise weniger Ressourcen zur Verfügung stehen werden. Da der Erdüberlastungstag jährlich stets zu einem früheren Zeitpunkt eintritt wird deutlich, dass die Überlastung der Erde weiterhin ungebremst zunimmt (vgl. Umweltbundesamt 2018). Zahlreiche Studien zeigen auf, dass die Konsumweisen der sogenannten ‚globalen Konsumklasse‘ („consumer class“) ein Hauptgrund der Erdüberlastung sind (vgl. Assadourian et al. 2004; Cohen, Brown und Vergragt 2017; Fuchs 2017).

Darüber hinaus kommt es durch das steigende Konsumverhalten nach dem Modell westlicher Gesellschaften zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten weltweit, was im klaren Widerspruch zum Nachhaltigkeitsziel der Bedürfniserfüllung aller Menschen steht. Der Soziologe Stephan Lessenich (2016) zeigt in seiner Theorie der Externalisierungsgesellschaft, inwieweit der westliche Lebensstil auf der Aus-

Die Frage nach dem Warum

Wenn man sich die ökologischen und sozialen Konsequenzen unseres Konsums vor Augen führt, muss man sich die Frage stellen, warum wir so und nicht anders konsumieren. Dabei wird schnell klar, dass unser Konsum in den westlichen Gesellschaften schon lange nicht mehr allein der Sicherung unseres Überlebens dient. Dies verrät bereits ein Blick in die überfüllten Supermarktregale oder die ausufernde Werbung, die tagtäglich auf uns einprasselt. Obwohl unser Konsum demnach oftmals weniger auf „müssen“, als auf „wollen“ beruht, reicht das relativ weit verbreitete Wissen über die schlechten ökologischen und sozialen Konsequenzen von Billigfleisch und Billigkleidung offensichtlich nicht aus, eine Nachhaltigkeitstransformation im Konsum herbeizuführen. Und selbst wenn wir individuell unser eigenes Konsumverhalten entsprechend verändern wollen, wird

lagerung („Externalisierung“) sozialer und ökologischer Kosten in bestimmte Regionen der Welt beruht, zu Lasten von Mensch und Umwelt in diesen Gebieten. Ein bekanntes Beispiel solcher Kostenauslagerungsmechanismen ist die Textilproduktion. Um den preisgünstigen und kurzweiligen Konsum von Kleidung in Deutschland zu ermöglichen, kommt es beispielsweise in Teilen von Bangladesch zu

- starken Umweltverschmutzungen aufgrund der giftigen Abwässer der Textilfabriken und
- zur Ausbeutung der dortigen Arbeitskräfte unter zum Teil sklavenähnlichen und lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen.

Somit gefährdet das Konsumverhalten von bestimmten Bevölkerungsteilen bereits heute die Möglichkeiten eines guten Lebens von anderen Bevölkerungsgruppen.

uns dies durch fehlende oder gar irreführende Informationen, wie etwa intransparente Bio-Siegel, und andere strukturelle Hürden erschwert.

Wir müssen zunächst den Fokus zurück zum eigentlichen Ziel des Konsumierens lenken, um die aktuellen, nicht-nachhaltigen Konsummuster aufzubrechen und das Konzept eines nachhaltigen Konsums entwerfen zu können. Dafür kann auf eine Unterscheidung zwischen menschlichen Grundbedürfnissen und den Mitteln ihrer Erfüllung zurückgegriffen werden.

Grundbedürfnisse („needs“) sind universelle, fundamentale und unerlässliche Bedingungen für ein gutes Leben. Zahlreiche Wissenschaftler*innen und Denker*innen haben sich bereits mit den grundlegenden Bedingungen des Lebens beschäftigt und verschiedene zentrale Aspekte identifiziert. Auch wenn es keine absolu-



te Auflistung aller menschlichen Bedürfnisse gibt, so gehören etwa Nahrung, Unversehrtheit und Sicherheit, aber auch soziale Beziehungen, Anerkennung und Selbstverwirklichung zu allgemein anerkannten Grundbedürfnissen. Alle Individuen müssen die Chance haben, diese zu befriedigen, um ein gutes Leben führen zu können (vgl. u. a. Di Giulio et al. 2011).

Diese unersetzbaren Grundbedürfnisse stellen Ziele dar, die von den Mitteln ihrer Erfüllung („satisfiers“) abzugrenzen sind. Diese Mittel sind stark kontextabhängig und variieren von Person zu Person, im Gegensatz zu der Universalität der Grundbedürfnisse. Zu diesen Mitteln gehören auch Konsumgüter. Dies kann etwa ein bestimmtes Auto sein, welches als Instrument zur Erfüllung eines Bedürfnisses nach Anerkennung gekauft wird. Häufig werden die konkreten Mittel anstelle der Ziele des Konsums in den Fokus der Überlegungen über ein gutes Leben gestellt. Es wird somit weniger hinterfragt, zu welchem Zweck ein bestimmtes Produkt gekauft wird, sondern das Produkt oder der Kaufakt, die eigentlich nur Mittel sind, werden zum Selbstzweck. Die Trennung zwischen Grundbedürfnis und den Mitteln zu ihrer Erfüllung ist jedoch zentral für die Debatte um nachhaltigen Konsum. Auf diese Weise können wir darüber nachdenken, warum wir konsumieren, und dadurch grundlegende Konsummuster in Frage stellen. So kann beispielsweise das Bedürfnis der Anerkennung nicht ausschließlich über ein bestimmtes Auto erfüllt werden, sondern etwa auch – und dabei langfristiger und ressourcenschonender – über die Vertiefung sozialer Beziehungen.

Die Art und Weise, wie wir konsumieren, d. h. welche Mittel wir zur Erfüllung unserer Grundbedürfnisse und Wünsche heranziehen, ist geprägt durch die Strukturen, in denen wir leben. So ist der ressourcenintensive Lebensstil und das Streben nach einem ‚Immer-mehr‘ in den westlichen Gesellschaften tief in den kollektiven



Die Art unseres Konsums ist gesellschaftlich verankert in kollektiven Wertvorstellungen und sozialen Beziehungen

Wertvorstellungen und sozialen Beziehungen verankert. Dieses Phänomen wird im Konzept der Konsumgesellschaft („consumer society“) erfasst. Dabei handelt es sich um Gesellschaften, in denen Eigentum einen hohen Stellenwert einnimmt und Wohlbefinden oftmals mit dem Besitz von Gütern gleichgesetzt wird (vgl. Cambridge University Press 2017; Fuchs et al. 2017). Zudem dienen Konsumakte oftmals als Ausdruck von Zugehörigkeit und Status. Auf diese Weise beeinflussen sie maßgeblich die Wahrnehmung und Konstruktion der eigenen sowie anderer Identitäten. Die Befriedigung von Bedürfnissen aller Art, etwa von Kreativität, Kontrolle oder Anerkennung, wird in der Konsumgesellschaft in vielen Fällen über materiellen Konsum zu erreichen versucht. Dieser verspricht durch den Kauf bestimmter Produkte die sofortige Erfüllung von Wünschen. Tritt der angestrebte und in der Werbung vielfach beworbene Effekt nicht ein, wird versucht, durch noch mehr Konsum das gewünschte Ergebnis zu erreichen. Oftmals vergeblich. Denn Bedürfniserfüllung benötigt häufig mehr als eine rein materielle Komponente, etwa Aufmerksamkeit und Zeit.

Konsum umfasst somit vielfältige Funktionen: Wir konsumieren nicht nur um grundlegende menschliche Erfordernisse, wie Nahrungsaufnahme, zu ermöglichen, sondern auch um soziale Bedürfnisse, etwa nach Identität oder Anerkennung, zu erfüllen. Somit lässt sich Konsum nicht nur auf den reinen Kaufakt beschränken, sondern ist eng mit sozialen Interaktionen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen verknüpft.

So gilt ein hohes Maß an Konsummöglichkeiten oft als Indikator für ein gutes Leben und eine erstrebenswerte

Gesellschaft. Zielvorstellungen wie Wohlstand, Freiheit und Zufriedenheit werden mit Konsummöglichkeiten gleichgesetzt. Dabei wird im Sinne einer Wachstums- und Steigerungslogik die Idee verfolgt, dass mehr Konsum auch zu mehr Wohlstand führt. Die Steigerung der Kaufkraft wird auch in vergleichsweise reichen Gesellschaften als wichtiges Maß für eine Verbesserung der Lebensqualität und als Bedingung für eine florierende Wirtschaft angesehen. Die stetige Steigerung des Wirtschaftswachstums, gemessen am Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP), steht häufig im Zentrum politischer Maßnahmen.

Dabei beruht auch unser Wirtschaftssystem auf einem entsprechenden Modell: der Massenproduktion für den Konsum. In vielen Bereichen übersteigt dabei das Angebot die Nachfrage, so dass diese mit entsprechender Werbung gesteigert werden muss. Trotzdem bleiben große Mengen von Lebensmit-



Die Steigerung von Kaufkraft und Konsummöglichkeiten wird mit verbesserter Lebensqualität gleichgesetzt

teilen, Kleidung und anderen Produkten unverkäuflich bzw. können nur mit entsprechend dramatischen Preisnachlässen (in zum Teil nachgeordneten Märkten) verkauft werden. Aber auch dieser „Schwund“ ist schon Teil des Systems und einkalkuliert.

Somit stellt permanent steigender Konsum ein in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft tief verankertes Ziel dar. Die Logik, die hinter diesem Ziel steht, findet Ausdruck in einer ‚Immer-mehr‘-Haltung. Mehr Produkte, mehr Auswahl, mehr Funktionen, mehr Möglichkeiten. Diese Konsummuster werden durch vielfältige Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren stets bestärkt und dadurch gefestigt. Zu diesen gehören etwa die omnipräsente Werbung oder die Ausweitung der Laden-Öffnungszeiten (inzwischen übertroffen von dem jederzeit

möglichen Internet-Shopping), welche Konsum allgegenwärtig machen und diesen zu jeder Zeit ermöglichen. Und auch durch das Produktdesign können Verbraucher*innen zu mehr Konsum angetrieben werden: Wenn etwa defekte Einzelteile nicht ausgetauscht oder repariert werden können, oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand, und somit das alte Produkt durch ein neues ersetzt werden muss.

Möglichkeiten einer Transformation zum nachhaltigen Konsum?

Die Notwendigkeit einer Umgestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Produktions- und Konsumprozesse wird bereits seit Jahrzehnten durch Expert*innen verschiedenster Disziplinen hervorgehoben. Der Club of Rome legte in seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ schon im Jahre 1972 offen, inwiefern ein Wirtschaftssystem, welches auf endlichen Ressourcen basiert, nicht zugleich unendliches Wachstum verfolgen kann, und forderte zum Umdenken auf (vgl. Meadows et al. 1972). Auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) stellt in dem Gutachten zur „Großen Transformation“ (2011) die Notwendigkeit einer Umgestaltung hin zu nachhaltigen Gesellschaften, die innerhalb der planetarischen Grenzen operieren, ins Zentrum der Betrachtung.

Im Fokus vieler Maßnahmen, die mehr Nachhaltigkeit im Konsumbereich anstreben, steht die Steigerung der Ressourceneffizienz von Konsum. Mit anderen Worten soll ein gewünschtes Konsumziel mit einem geringeren Ressourcenverbrauch erreicht werden. Solche Maßnahmen, die ‚grünen Konsum‘ fördern, spiegeln sich etwa in der Fülle von als ‚nachhaltig‘ zertifizierten Produkten wider, die mit (oftmals intransparenten) Siegeln ausgestattet sind. Allerdings haben die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte vielfach gezeigt, dass die so erzielten Einsparungen fast immer durch sogenannte Re-

Das Verständnis der tiefen Verankerung von Konsum in unseren Gesellschaften, seine Verknüpfung mit Vorstellungen vom guten Leben und die Aufdeckung der Strukturen, die die problematischen Konsummuster stetig bestärken, sind zentral für die Analyse einer Transformation hin zu nachhaltigem Konsum.

bound-Effekte aufgehoben werden. Produkte werden zwar effizienter hergestellt oder sind effizienter in der Nutzung, dafür wird aber insgesamt mehr konsumiert. So sind beispielsweise Kühlschränke energieeffizienter geworden, wodurch sie für die gleiche Kühlleistung deutlich weniger Ressourcen benötigen als noch vor 50 Jahren, dafür sind die verkauften Geräte heutzutage deutlich größer und bieten mehr energieintensive Zusatzleistungen, wodurch ihre Nutzung insgesamt ressourcenintensiver wird. Auch steht mittlerweile in vielen Einfamilienhäusern ein zweiter Kühlschrank zur Kühlung der Getränke im Keller. Eine Entwicklung, die den rasanten Konsumanstieg deutlich macht. Der Fokus auf eine reine Effizienzsteigerung reicht also nicht aus.



Die Suffizienzidee stellt die Gleichsetzung von Konsum und Wohlstand in Frage und richtet sich gegen eine blinde ‚Immer-mehr‘-Haltung

Im Sinne einer Transformation hin zu nachhaltigem Konsum, müssen Effizienzbestrebungen deshalb mit Suffizienzansätzen einhergehen. Suffizienz zielt auf Ressourceneinsparungen durch die Regulierung des Maßes an Konsum ab. Durch reduzierte Konsummengen oder gar Verzicht auf bestimmte Konsumgüter kann der Ressourcen-

verbrauch absolut gesenkt werden. Suffizienzansätze rücken dabei die Frage nach der Angemessenheit der Menge an Konsum in den Fokus. Durch die Berücksichtigung etwa ökologischer und ethischer Argumente sowie die Hinterfragung des Zwecks von Konsumakten, können Grenzen des Konsums gedacht werden. Die gesellschaftliche Diskussion über das ‚richtige‘ Maß an Konsum ist hier von zentraler Bedeutung. Die Suffizienzidee stellt dabei die Gleichsetzung von Konsum und Wohlstand in Frage und richtet sich klar gegen eine blinde ‚Immer-mehr‘-Haltung.

Maßnahmen, die auf eine höhere Ressourceneffizienz abzielen und ‚grünen Konsum‘ fördern, lassen sich dem politischen Ziel eines *schwach nachhaltigen Konsums* zuordnen (vgl. Fuchs und Lorek 2005). Durch diesen können zwar produktspezifische Ressourceneinsparungen eintreten, die eigentlichen nicht-nachhaltigen Konsummuster und ihre strukturelle Verankerung werden jedoch nicht hinterfragt. Solche Ansätze erfreuen sich großer Beliebtheit, weil sie nur geringe Veränderungen erforderlich machen; sie sind aber auch deshalb weniger polarisierend und politisch leichter umsetzbar, weil sie die Verantwortlichkeit auf die einzelnen Konsumakte und somit die Verbraucher*innen übertragen. In der Regel konterkarieren solche Maßnahmen jedoch realistische Chancen, einen nachhaltigen Konsum zu erreichen:

- So kann die Fokussierung auf den Kauf von als ‚nachhaltig‘ zertifizierten Produkten dazu führen, dass ‚Nachhaltigkeit‘ auf die Eigenschaft eines Produktes reduziert wird. Dies ist problematisch, da durch den Kauf solcher Produkte Nachhaltigkeit selbst als konsumierbar gesehen und durch einen erhöhten Preis sogar als Luxusgut begriffen werden kann. Auf diese Weise bleibt nachhaltiges Konsumieren lediglich bestimmten Gruppen vorbehalten, obwohl eine Transformation zu nachhaltigem Konsum alle Bevölkerungsgruppen einbeziehen muss.

Arts & ethics

Matvey Slavin: „Countdown Started! Time to Move!“

Auf dem Bild erkennt man eine Waldlandschaft in leuchtendem Rot, in die eine menschliche Schattenfigur rechts oben hinein gemalt wurde. Die Figur balanciert auf einer Hängevorrichtung, die zwischen die Baumstämme gespannt ist. Diese Szenerie wiederholt sich in Schwarzweiß im mittleren Bildfenster, das in Form einer Sanduhr das perspektivische Zentrum bestimmt. Während die farbige Darstellung das Freizeitvergnügen der Menschen in einem Kletterwald abbildet, wird durch das Symbol des „Stundenglases“ und die Stilisierung in Grautönen weitblickender gefragt: Wie lange kann der Mensch noch die Natur genießen, wenn er sie gleichzeitig durch die ökonomische Ausbeutung so dermaßen zerstört?
„Countdown Started! Time to Move!“

(Stefanie Lieb)



Matvey Slavin

geboren 1987 in St. Petersburg, lebt und arbeitet als freischaffender Künstler in Berlin und Kopenhagen. Nach einem Illustrationsstudium an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften, einem Kunststudium an der Hochschule für bildende Künste in Hamburg (bei Prof. Werner Büttner) und der Akademie der bildenden Künste in Wien (bei Prof. Daniel Richter) von 2006 bis 2015 konzentrierte er sich zunächst auf die Pleinair-Malerei und entwickelte andere visuelle Ausdrucksformen wie Popdada. Matvey Slavin hat bereits mehrere Arbeitsstipendien u.a. im Künstlerhaus Meinersen und in Cuxhaven absolviert, 2018 war er Artist in Residence-Stipendiat der Katholischen Akademie Schwerte mit einer abschließenden Einzelausstellung „Image Hunter“.



Countdown Started! Time To Move!
Acryl auf Plane mit Ösen, 120×90 cm, 2018

- Eine weitere paradoxe Entwicklung ist, dass die Verknüpfung von Nachhaltigkeit mit dem Konsum von (spezifischen) Produkten, welcher weiterhin der modernen Steigerungslogik unterliegt, zu problematischen Fehlschlüssen führt: Es entsteht die verbreitete irriige Annahme, dass Nachhaltigkeit durch den erhöhten Konsum ‚nachhaltiger‘ Produkte gesteigert werden könnte. Suffizienzansätze machen jedoch deutlich, dass steigender Konsum keineswegs zu mehr Nachhaltigkeit führen kann. Jedes zusätzlich konsumierte Produkt, egal ob ‚grün‘, ‚nachhaltig‘ oder ‚fair‘, muss produziert und transportiert werden und verursacht somit auch zusätzliche ökologische und soziale Kosten. Lediglich der Verzicht auf

überflüssigen Konsum führt zu absoluten Einsparungen dieser Kosten und ist somit der nachhaltigste und einfachste Konsumansatz.

Dieser Ansatz, sowie generell der Fokus auf Konsummengen und fundamentale Konsummuster, lassen sich in dem Konzept eines *stark nachhaltigen Konsums* fassen (ebd.).

Ein konkreter Ansatz, um im Sinne der Suffizienz über das richtige Maß an Konsum nachzudenken, ist das Konzept der Konsumkorridore. Sie verbinden die Idee eines guten Lebens für alle unter der Berücksichtigung der begrenzten Ressourcen unserer Erde mit Gerechtigkeitsvorstellungen und bilden somit die Basis für eine Transformation hin zu einem stark nachhaltigen Konsum.

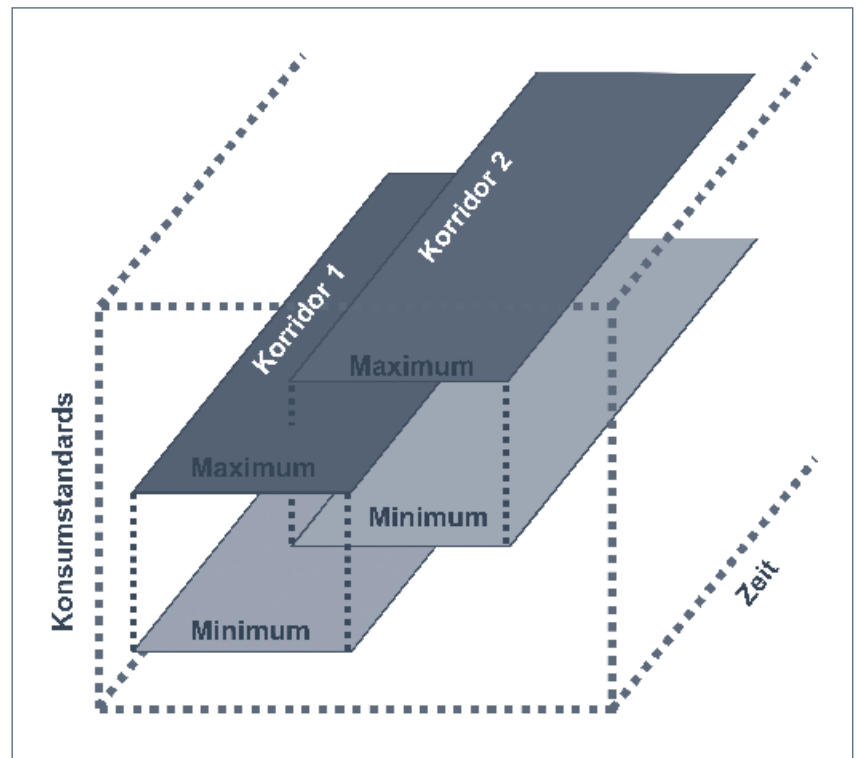
chend Rahmenbedingungen einfordern und schaffen, die für die Erfüllung dieser grundlegenden Bedürfnisse heutiger und zukünftiger Generationen notwendig sind (Nussbaum 1992).

Auch Gerechtigkeit stellt einen gesellschaftlich relevanten Aspekt dar, der bereits seit Jahrhunderten von Denker*innen weltweit thematisiert wird. In der empirischen Wissenschaft konnte aufgezeigt werden, dass das Streben nach Gerechtigkeit in Gesellschaften tief verankert ist (vgl. Schwartz 1994). So belegen etwa Studien, dass nicht-individualistische Einstellungen stärker ins Gewicht fallen als eigennützige Interessen, wenn es um umweltpolitische Entscheidungen geht (vgl. Defila, Di Giulio und Schweizer 2018). In Verbindung mit der Idee eines guten Lebens und der Nachhaltigkeit rückt hierbei die Begrenztheit der Ressourcen in den Fokus. Viele Ressourcen, sowohl natürliche als auch gesellschaftliche, die Menschen zur Realisierung eines guten Lebens benötigen, sind nicht unerschöpflich. Die Ermöglichung eines guten Lebens für alle heutigen sowie zukünftig lebenden

Konsumkorridore

Seit jeher werden Überlegungen angestellt, wie ein gutes Leben in der Gesellschaft ermöglicht werden kann. Der grundlegende Anspruch von Individuen ein Leben zu führen, welches sie wertschätzen, findet etwa Ausdruck in fundamentalen Zielvorstellungen wie „Zufriedenheit“, „Glück“ oder „hohe Lebensqualität“. Auch wenn es eine unbegrenzte Anzahl von spezifischen Ideen von einem guten Leben gibt und zahlreiche individuelle, soziale und kulturelle Aspekte diese prägen, können einige zentrale Elemente identifiziert werden, die für einen Großteil der Menschen, gelten. So tauchen unter dem einen oder anderen Namen zum Beispiel immer wieder Bedürfnisse wie physische Sicherheit und Verpflegung, soziale Einbindung und Anerkennung, oder Teilhabe und Kontrolle auf den Listen der entsprechenden Forscher auf (Costanza et al. 2007). Solche Grundbedürfnisse sind universell, so die Forschung – wir haben sie, weil wir Menschen sind. Sie sind insofern auch nicht verhandelbar. Eine Annäherung an solch fundamentale

Komponenten eines guten Lebens ist notwendig, damit Gemeinschaften bzw. Staaten ihrer Verantwortung entspre-



Quelle: nach Di Giulio und Fuchs 2014.



LITERATUR

- Assadourian, Erik; Flavin, Christopher; French, Hilary; Gardner, Gary; Halweil, Brian; Mastny, Lisa; Nierenberg, Danielle; Postel, Sandra; Renner, Michael; Sarin, Radhika; Sawin, Janet; Starke, Linda und Vickers, Amy (2004): *State of the World 2004. Special Focus: The Consumer Society*. A Worldwatch Institute Report on Progress Toward a Sustainable Society. New York: Norton Cambridge University Press (2017): Consumer Society. In: *Cambridge Advanced Learner's Dictionary & Thesaurus*. Cambridge University Press. Link: <http://dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/consumer-society>. Letzter Zugriff: 04.01.2019.
- Cohen, Maurie; Brown, Halina Szejnwald und Vergragt, Philip (2017) (Hrsg.): *Social Change and the Coming of Post-Consumer Society. Theoretical advances and policy implications*. Abingdon und New York: Routledge.
- Costanza, Robert et al. (2007): Quality of life: An approach integrating opportunities, human needs, and subjective well-being. In: *Ecological Economics* 61, S. 267–276.
- Defila, Rico; Di Giulio, Antonietta und Schweizer, Corinne Ruesch (2018): Two souls are dwelling in my breast: Uncovering how individuals in their dual role as consumer-citizen perceive future energy policies. In: *Energy Research & Social Science (ERSS)* 35, S. 152–162.
- Di Giulio, Antonietta; Brohmann, Bettina; Clausen, Jens; Defila, Rico; Fuchs, Doris; Kaufmann-Hayoz, Ruth und Koch, Andreas (2011): Bedürfnisse und Konsum – Ein Begriffssystem und dessen Bedeutung im Kontext von Nachhaltigkeit. In: Defila, Rico, Di Giulio, Antonietta und Kaufmann-Hayoz, Ruth (Hrsg.), *Wesen und Wege nachhaltigen Konsums*. München: oekom-Verlag.
- Di Giulio, Antonietta und Fuchs, Doris (2014): Sustainable Consumption Corridors: Concept, Objections and responses. In: *GAIA* 23, S. 184–192.
- Fuchs, Doris (2017): Consumption Corridors as a Means for Overcoming Trends in (Un-)Sustainable Consumption. In: Bala, Christian und Schuldzinski, Wolfgang (Hrsg.): *The 21st Century Consumer: Vulnerable, Responsible, Transparent?*, S. 147–159.
- Fuchs, Doris und Lorek, Sylvia (2005): Sustainable Consumption Governance. A History of Promises and Failures. In: *Journal of Consumer Policy* 28 (3), S. 261–288.
- Hauff, Volker (1987) (Hrsg.): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München: Hanser Berlin.
- Meadows, Donella H.; Meadows, Dennis; Zahn, Erich und Milling, Peter (1972): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst.
- Nussbaum, Martha (1992): Human functioning and social justice: In defense of Aristotelian essentialism. In: *Political Theory* 20 (2), S. 202–246.
- Schwartz, Shalom (1994): Are There Universal Aspects in the Structure and Contents of Human Values. In: *Journal of Social Issues* 50 (4), S. 19–45.
- Umweltbundesamt (2018): Earth Overshoot Day 2018: Ressourcenbudget verbraucht. Link: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/earth-overshoot-day-2018-ressourcenbudget>, letzter Zugriff: 04.01.2019.
- Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: Wiss. Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.

Menschen, auch wenn dies mit Einschränkungen individueller (Konsum-) Präferenzen einhergeht, entspricht somit einem gesellschaftlich verankerten Gerechtigkeitsverständnis, welches über reinen Eigennutzen hinausgeht.

Diese beiden gesellschaftlich fundamentalen Ideen des Anspruchs auf

- ein gutes Leben und auf
- soziale Gerechtigkeit

dienen als Ausgangsüberlegungen für eine Konzeption von nachhaltigem Konsum. Zusammengefasst können sie die Basis für eine Vision von einem guten Leben für alle heute und in der Zukunft bilden, welche eine Alternative zu der ‚Immer-mehr‘-Haltung der aktuellen Konsummuster darstellt.

- Wenn zu einem guten Leben die Möglichkeit der Befriedigung unserer grundlegenden, nicht verhandelbaren Bedürfnisse gehört, dann können wir darauf aufbauend auf ein Mindestmaß an Konsummöglichkeiten schließen, welches für ein gutes Leben notwendig ist.
- In einer begrenzten Welt ist die Sicherstellung dieses Mindestmaßes an Konsum für alle, die jetzt oder in Zukunft leben, gleichzeitig mit der Notwendigkeit eines Maximalmaßes an Konsum verbunden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Konsum einzelner Individuen bzw. Gruppen nicht die Chancen anderer gegenwärtig oder zukünftig

lebender Individuen auf ein gutes Leben zerstört.

Durch diese minimalen und maximalen Konsumstandards werden Korridore definiert, in denen nachhaltiger Konsum möglich ist. Innerhalb der Grenzen des Konsumkorridors können die Individuen frei handeln und ihre Bedürfnisse mit den Mitteln ihrer Wahl erfüllen. Somit werden nicht nur die fundamentalen Grundbedürfnisse, deren Erfüllung für ein gutes Leben für alle Menschen essentiell ist, sondern auch die individuellen Präferenzen, was die Wahl der Mittel ihrer Erfüllung betrifft, berücksichtigt.



Dabei ist zu beachten, dass Konsumkorridore keine universellen oder statischen Konstrukte darstellen. Die minimalen und maximalen Konsumstandards müssen zunächst gesellschaftlich ausgehandelt und dann stetig kontrolliert und angepasst werden. Veränderungen wie neue wissenschaftliche Erkenntnisse oder Technologien, aber auch gesellschaftlicher Wandel müssen dabei berücksichtigt werden und in die Konzeption der Korridore einfließen.



Konsumkorridore müssen gesellschaftlich ausgehandelt und stetig kontrolliert und angepasst werden

Konsumkorridore bieten einen zentralen Baustein für nachhaltigen Konsum, indem sie die Rahmenbedingungen festlegen, die allen Menschen jetzt und in der Zukunft die Chance auf ein gutes Leben ermöglichen.

Fazit: Herausforderungen der Transformation

Die Transformation der aktuellen Konsummuster und ihre Neuausrichtung zu mehr Nachhaltigkeit stellt eine große Chance der Ermöglichung eines guten Lebens für heutige und zukünftige Generationen dar:

- Die derzeitige gesellschaftliche und politische Verankerung von stetig steigendem Konsum erfordert jedoch ein umfassendes Umdenken und tiefgreifende strukturelle Veränderungen.
- Dabei bietet die individuelle Ebene wichtige Ansatzpunkte. Allerdings darf die Einzelperson nicht auf die Rolle des Verbrauchers/der Verbraucherin beschränkt werden, sondern muss nicht zuletzt in ihrer Funktion als Bürger*in einbezogen werden.
- Die Umsetzung von weitreichenden Veränderungen für nachhaltigen Konsum benötigt darüber hinaus

vor allem kollektive Verbindlichkeit und daher politische Lösungen. Diese können von den Bürger*innen eingefordert und müssen von ihnen mitgestaltet werden.

- So sind beispielsweise inklusive, weitreichende gesellschaftliche Debatten über ein ‚gutes Leben‘, ‚Gerechtigkeit‘ und damit einhergehend über das ‚richtige‘ Maß an Konsum unabdinglich.
- Die so diskutierten Standpunkte müssen in Minimal- und Maximalstandards des Konsums transferiert und politisch umgesetzt werden.

Dabei handelt es sich um einen umfassenden und anspruchsvollen Prozess, wodurch die Transformation zu nachhaltigem Konsum gewiss auch eine Herausforderung darstellt. Nichtsdestotrotz ist das Meistern dieser He-

KURZBIOGRAPHIE

Doris Fuchs (*1966) ist Professorin für Internationale Beziehungen und Nachhaltige Entwicklung und Sprecherin des Zentrums für interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung (ZIN) an der WWU Münster. Ihre Forschungsschwerpunkte sind nachhaltiger Konsum und strukturelle Formen von Macht. Ihre Bücher und Aufsätze sind u.a. bei NOMOS, Lynne Rienner, the MIT Press, GAIA, Global Environmental Politics, Millennium, Agriculture and Human Values, Journal of Cleaner Production erschienen.

KURZBIOGRAPHIE

Sophie Dolinga ist Masterstudentin der Politikwissenschaft an der WWU Münster. Ihren Bachelor der Politischen Wissenschaft und Soziologie absolvierte sie in Heidelberg und Paris. In ihrem Studium legt sie den Fokus auf sozialen Wandel und Wege der sozial-ökologischen Transformation sowie internationale Klimapolitik. Seit April 2018 ist sie studentische Hilfskraft am Lehrstuhl von Frau Prof. Fuchs.

erausforderung notwendig für eine Welt, in der alle Menschen heute und in der Zukunft ein gutes Leben führen können, und insofern mehr als wünschenswert.



Welche Finanzmarktpolitik brauchen wir für die öko-soziale Wende?



Kernpunkte einer nationalen und internationalen Reorganisation

Das gegenwärtige Geld- und Finanzsystem ist überdimensioniert, überkomplex und wachstumsorientiert. Im folgenden Beitrag werden einige grundsätzliche Reformen vorgeschlagen, die zur Vermeidung weiterer Finanzkrisen und zu einer öko-sozialen Wende beitragen sollen: die Einführung eines Vollgeldsystems (Geldschöpfung nur mehr durch die Zentralbank) oder zumindest ein Trennbankensystem, d. h. die Abtrennung der Investmentbanken; die teilweise Finanzierung des ökologischen Umbaus durch „Schenkgeld“ der Zentralbank (keine Rückzahlungsverpflichtung); das Verbot von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen; die Entflechtung der Megabanken und Kontrolle der Schattenbanken; die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, von Volksaktien und einer Mindesthaltedauer von einem Tag.



Helge Peukert

Die Menschheit steht vor ihrer größten Herausforderung. Sie muss alles infrage stellen, worauf unser globales Gesellschafts- und Wirtschaftssystem bisher beruht, u. a. weitgehende persönliche Handlungsfreiheit, Marktwirtschaft, Konsumdemokratie und Wirtschaftswachstum. Wir sind mitten in der ökologischen Apokalypse angekommen (siehe die ungeschminkte Analyse des Generalsekretärs des Club of Rome Graeme Maxton 2018). Im Fol-

genden werden v. a. grundsätzliche Reformen des Geld- und Finanzsystems zur Beförderung einer öko-sozialen Wende (ÖSW) beschrieben. Sie könnten erste Schritte in Richtung eines radikalen Umschwenkens ab heute und innerhalb des noch bestehenden Zeitfensters von 5–10 Jahre sein, neben anderen Maßnahmen, die z. B. zu einer Halbierung des Ressourcenverbrauchs Deutschlands im Rahmen einer Postwachstumsökonomie führen.

werte der Banken also um drei Prozent, wären sie eigentlich pleite – wenn es „den Steuerzahler“ nicht gäbe.

So wundert es nicht, dass die vorherrschenden Strukturen des labilen und schwankenden Geld- und Finanzsystems von vielerlei Seiten in Frage stehen und selbst Politikdarsteller über die nächste Krise orakeln. Angesichts eines Verschuldungsgrades, der weltweit noch nie so hoch lag, wundert das nicht: Trotz aller Spar- und Austeritätsaktivitäten liegt er deutlich über 300 Prozent aller vier Sektoren (Staaten, Haushalte, Unternehmen, Finanzbereich). Allerdings wird die Reformdebatte kaum aus Sicht der ÖSW geführt, aus deren Blickwinkel bestenfalls eine – wenngleich oft gut begründete – Zinskritik oder die Befürwortung von Regiogeld eingebracht wird (Kennedy 2012). Doch der Übergang zu einer ÖSW wird auch die Entwicklung von neuen Strukturen erfordern, die so globalisiert und abstrakt sind wie die des heutigen weltweiten Kapita-

Das fragwürdige Geld- und Finanzsystem der Gegenwart

Ein notwendiger Baustein für eine ÖSW besteht in drastischen Reformen der Geld- und Finanzsphäre, die spätestens seit den 1970er Jahren auf Schulden und Kredite, Expansion der Transaktionsvolumina von Finanztiteln, zunehmende Komplexität, Differenzierung und Beschleunigung (algorithmischer Handel in Millisekunden) angelegt ist. Ohne Übertreibung lässt sich feststel-

len, dass ihre heutigen Grundstrukturen zu den Zielen einer ÖSW im diametralen Gegensatz stehen. Daran hat sich auch nach den Reförmchen im Gefolge der großen Finanzkrise seit 2007 nichts Wesentliches geändert (Peukert 2017). So liegt der Zielwert des (ungegewichteten) Eigenkapitals als Verluststoßdämpfer trotz Basel III bei ganzen drei Prozent. Sinken die Vermögens-

lismus. In diesem Beitrag wird überlegt, welche Strukturreformen auf der Makroebene in diesem Systemrahmen machbar und sinnvoll wären, um sich nicht allzu weit von den Überlegungen der DBK-Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ zu entfernen.

Als Ausgangspunkt der Überlegungen soll die hoffnungsfroh stimmende Erkenntnis stehen, dass bestehende Geldsysteme und die Gestaltung der Finanzsphäre nicht „natürlich“ und durch ihre Funktionen sachlich kaum veränderbar vorgegeben sind, sondern es sich um soziale Konstrukte und Artefakte handelt. So ist Geld seinem Wesen nach nicht ein nur ein neutrales, für jeden



Geldsysteme und Finanzstrukturen sind weder naturgegeben noch unveränderbar, es sind soziale Konstrukte, die sich reformieren lassen

praktisches Tauschmedium, sondern seine jeweilige Ausformung kann überraschend unterschiedlich ausfallen (siehe wirtschaftshistorisch Martin 2014). Seine Ausprägung beeinflusst maßgeblich die Gesellschaft als Ganzes und ihre Macht-, Herrschafts- und Verteilungsverhältnisse und nicht zuletzt ihren Grad der Nachhaltigkeit.

Im heutigen Papiergeldstandard beruht beliebig vermehrbares Geld auf einem Vertrauensverhältnis, das nicht durch Realwerte (z. B. Gold) gedeckt ist. Seine reale Grundlage beruht auf Zugriffsansprüchen auf das reale Sozialprodukt.

- Einerseits hängen Güter und Dienstleistungen von verwertbarer (niedrig entropischer) Energie und natürlichen, sich nicht reproduzierenden Ressourcen (Rohstoffe) ab; es gelten die Gesetze der Thermodynamik.
- Andererseits unterliegt das Kreditvolumen per (Papier-)Geldschöpfung keiner natürlichen Begrenzung und kann potentiell unbegrenzt ausgedehnt werden.

Daher kann es leicht zu einem Konflikt zwischen symbolischen Ansprüchen und ihrer realen Erfüllbarkeit und Deckung kommen (Soddy 2014 [1934]); hinzu kommt noch das Problem der begrenzten Aufnahme- und Abbaukapazität der Abfälle inklusive CO₂-Problematik plus Artenschwund. ÖSW-Ökonomen fragen daher im Unterschied zur weltweit vorherrschenden Expansionsphilosophie,

- wie solche Überdehnungen durch Reformen des Geld- und Finanzsystems begrenzt werden können und
- nicht, wie man durch deregulierte Finanzmärkte, niedrige Zinsen usw. möglichst hohe Wachstumsraten generieren kann.

Nicht eine Vermehrung des Güter- und Dienstleistungsberges ist das Ziel, sondern das Leben in einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft. Durch diese Blickrichtung kommen auch ansonsten ausgeklammerte und für selbstverständlich gehaltene Fragen ans Licht.

Eine selten angemessen thematisierte (Macht-)Frage bezieht sich z. B. bereits auf das Emissionsrecht:

- Wer hat eigentlich das Privileg, Geld zu „schöpfen“?
- Wer ist berechtigt, an sich wert- und fast kostenlose Scheine zu drucken und diese gegen wertvolle Produkte einzutauschen?
- Wer entscheidet, wem Kaufkraft durch Geldschöpfung (zuerst) zufließt?
- Wer setzt den Knappheitsanker des heute potentiell unendlich vermehrbaren Geldes und wer trägt schließlich die Risiken, wenn hier über die Stränge geschlagen wird?

Heute entscheiden Privatbanken darüber, wer Kredite zur Herstellung von Gütern und Dienstleistungen bekommt, ein ökologisches Primat gibt es hierbei sicher nicht. In der momentanen Spielanordnung wäre dies auch nicht ihre Aufgabe.

Fragen wie der des Emissionsprivilegs werden übrigens auch in den Lehr-

büchern der Volkswirtschaftslehre selten klar gestellt (Peukert 2018), was natürlich v. a. den Interessen der Finanzgroßwirtschaft und der Wohlhabenden entgegenkommt. Da scheinbar naturgegeben, kann man die Feinjustierung getrost den gelehrten Wissenschaftler(inne)n, dem Politestablishment, der Finanzgroßwirtschaft und den sie liquide haltenden Zentralbanken unter mehr oder minder klammheimlicher Zustimmung der profitierenden Wohlhabenden überlassen. In Reaktion auf das gegenwärtige weltweite Wanken des Finanzkartenhauses befürchten nicht wenige ein sich immer deutlicher abzeichnendes transdemokratisches, neofeudales Kartell, das vom Durchschnittsbürger in der simulativen Demokratie solange akzeptiert wird, wie seine Konsumwünsche nicht relevant eingeschränkt werden. Wenn es ihm zu prinzipienlos wird, scheint er zur Kompensation des Gefühls von Kontrollverlusten zunehmend auf rechtsnationale Rhetorik zu setzen.

Mit John Kay (2015) kann das heute vorherrschende Geld- und Finanzsystem ganz allgemein als ein selbstreferentielles, komplexes, nichtlineares, hypersensitives System mit positiven Feedbacks (Selbstverstärkern) beschrieben werden, das ohne regulatorisch beherrschte Einbettung ständig zu manisch-depressiven Expansionen und Kontraktionen mit immensen Ressourcenverschwendungen und kulturell problematischen Mentalitätsausprägungen neigt. Um nur ein Beispiel anzuführen: Wenn Äpfel teurer werden, kaufen die Menschen mehr Birnen und es werden mehr Apfelbäume angepflanzt (eine „negative“, ausgleichende Rückkoppelung). Steigen die Aktienkurse, werden Aktien mehr nachgefragt, die Kurse steigen weiter und die Manager veranstalten Aktienrückkäufe anstatt neue zu emittieren (eine „positive“, selbstverstärkende Rückkoppelung).

Aus Sicht einer ÖSW bedeutet dies für die generelle Stoßrichtung von Geld- und Finanzmarktreformen:



- vereinfachen, entschleunigen, real-ökonomisch erden und von Wachstumstreibern befreien (siehe w. u. die Bemerkungen zu Zinsen);
- einfache Strukturreformen statt komplizierter, undemokratisch-unübersichtlicher und bürokratischer Detailregulierungen (die das System noch komplexer machen);
- den Expansionsdrang und die Unübersichtlichkeit, die Vergeudung von Ressourcen und „Humankapital“ reduzieren.

Die Geldschöpfung – ein archimedischer Punkt

Eines der wichtigsten Probleme heutiger Geldsysteme ist die Geldschöpfung. Sie liegt nicht in der Hand der Zentralbanken oder der Regierungen, wie die meisten Menschen laut Umfragen glauben. Sie wird vielmehr durch gewinnorientierte private Banken per Kreditvergabe an ihre Kunden vorgenommen. Das führt immer wieder zu ausgeprägten Kreditzyklen und birgt die Gefahr schwerwiegender Finanzkrisen. Dies wird auch von Seiten vieler Standardökonomien nicht bestritten. Ohne die gigantische Kreditvergabe z. B. spanischer Banken hätte man nicht die letzten schönen Küstenstreifen Spaniens zubetonieren können. Ohne demokratische Kontrolle der Kreditvergabe privater Banken und ohne Konsumschränkung bleiben Investitionen, die einen Mehrverbrauch von Ressourcen nach sich ziehen und den Zielen einer ÖSW zuwider laufen, ungebremst.

Mit einer ein- bis zweiprozentigen Mindestreservepflicht an Zentralbankgeld und einer weiten Verbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs kann sich die Geldschöpfung durch Kreditvergabe der Banken verselbständigen und in der Gesellschaft zu einer regelrecht manischen Konsum- und Fehlinvestitionsmentalität führen. Mindestreserve- und Liquiditätsbedarf stellen beim derzeitigen Verhalten der Zentralbanken als Bank der Banken kein Problem dar. Sie decken jederzeit den Liquiditätsbedarf der Banken ab und beeinflussen deren Kosten bestenfalls über die Zinsen.

Die Banken, die (Finanzgroß-)Wirtschaft, der Staat, die Zentralbanken

und etwas indirekter die Reichen und Wohlhabenden (Geldeinschuss durch Zentralbanken bewirken höhere Aktienkurse und somit Vermögen) sind hierbei in einer Wachstumsspirale verbunden: Geld kommt nur als Kredit in die Welt, der mit Zinsen zurückgezahlt werden muss. Dies setzt meist, sofern es sich nicht um mehr oder minder spekulative Preissteigerungen handelt, ein Ressourcen verbrauchendes reales Mehrprodukt voraus, um Kredit und Zins zurückzahlen zu können. Mit der Rückzahlung eines Kredits schrumpft auch die gesamte Geldmenge. Werden nicht ständig neue Kredite aufgenommen, resultieren eventuell eine Deflation und Rezession.

Hinzu kommt: Da der Staat die Wohlhabenden nicht angemessen zu besteuern wagt, die Mittelschicht bereits genug belastet ist und die unteren 30 Prozent mangels ausreichendem Einkommen keine Steuern zahlen, verschuldet er sich durch die Ausga-

Geldschöpfungsprozess nach demokratischen und ökologischen Kriterien?

Wie könnte eine demokratische, ökologische und transparente Lösung des Geldschöpfungsprozesses aussehen? Da Geld ein öffentliches Gut ist, sollte über seine „Produktion“ nicht privatwirtschaftlich entschieden werden. Eine radikale Alternative besteht im Vollgeld (Huber 2016), das zu einer Gleichstellung von Zentralbank- und Giralgeld führt. Bei der Vollgeld-Lösung wird alles Geld ausschließlich von der Zentralbank geschöpft, also nicht

be von Staatsanleihen, die die Banken mit „aus dem Nichts“ geschöpftem Geld kaufen. Dadurch machen sich der Staat bzw. unsere Volksvertreter in ihren Handlungen unmittelbar abhängig vom Wohlwollen der Finanzbranche, um die ständige Refinanzierung der Staatsschulden durch Anschlusskredite sicherzustellen. Der Staat ist abhängig von einer florierenden Wachstumswirtschaft, damit der Tropf der Steuereinnahmen nicht versiegt.

Die Banken, um das oben bezeichnete Zusammenspiel fortzusetzen, können die Staatsanleihen (für die sie bis dato kein Eigenkapital bevorraten müssen) über die Hauptrefinanzierungsgeschäfte an die EZB geben, um Zentralbankgeld zu bekommen und z. B. ihre Mindestreservepflicht erfüllen, um dann erneut Staatsanleihen kaufen zu können. Unserem Geldsystem liegt ein Schneeballsystem zugrunde, das den Zielen einer ÖSW entgegengesetzt ist. Zentralbanken stellen sich dem Geld- und Kreditexpansionsprozess, der endogen durch die Privatbanken bestimmt wird, normalerweise nicht in den Weg. Sie ermöglichen die gewünschte Liquidität. Zwar könnten sie sich durch quantitative Begrenzungen der Zuteilung von Zentralbankgeld widersetzen, würden sich damit aber dem Vorwurf aussetzen, Sand ins Getriebe zu streuen.

nur wie heute Münzen und Banknoten, die nur fünf Prozent der relevanten Geldmenge ausmachen. Dazu gehören auch die Sichtguthaben (jederzeit verfügbare Bankguthaben), die unter Vollgeld-Bedingungen ebenfalls zu vollwertigen gesetzlichen Zahlungsmitteln werden (zum besseren Verständnis siehe die Erläuterungen bei monetative.de). Konkret: Wenn ein Kontoinhaber 500 Euro als Banknoten auf sein Girokonto einzahlt, muss die-

ses Vollgeld auch zu 100 Prozent dort verwahrt werden. Es ist aus der Bankbilanz herauszutrennen; diese Gelder sind selbst dann noch vorhanden, wenn die Bank Pleite gehen sollte.

Auf Girokonten wird es in einem Vollgeldsystem daher wohl keine Zinsen mehr geben, da die Banken das Geld nur verwahren (reine Tresorfunktion). Werden die 500 Euro alternativ auf ein Sparkonto eingezahlt, so kann die Bank dieses Geld als Kredit ausgeben. Auch im Vollgeldsystem füh-



Im Vollgeldsystem geht jedem umweltbelastenden Investitionsvorgang ein Konsumverzicht voraus

ren die Banken stets die Prüfung der Kreditwürdigkeit durch und sie haften bei Kreditausfällen. Sie haben aber das für sie wertvolle Geldschöpfungsprivileg verloren. Jedem Kreditvorgang muss jetzt ein Sparvorgang vorausgehen. Aus Sicht der ÖSW hat dies den Vorteil, dass einem umweltbelastenden Investitionsvorgang vorab ein Konsumverzicht korrespondiert. Ganz anders war das in den Jahren vor der Finanzkrise: Viele Europäer konsumierten aus allen Rohren, teilweise unter hoher Verschuldung (u. a. weil die Reallohne nicht stiegen). Niedrige Zinsen, für die die EZB mit ihrer Niedrigzinspolitik in Reaktion auf die um das Jahr 2000 herum gerade geplatzte Dotcom-Blase sorgte, förderten in einigen Ländern die Exzesse des Baubooms. Wohlfeile Bankkredite entfalteten ein euphorisches Gesamtklima, das sich schließlich als Strohfeuer erwies, nach dessen Erlöschen kontraproduktive und unsoziale Austeritätsprogramme und z. B. zerstörte (Küsten-)Landschaften übrig blieben

Doch um auf die Umsetzung des Geldreformprojekts zurückzukommen: Es wird zu überlegen sein, welche Summe der Spargelder für Kreditausfälle zurückzulegen sind und ob es für Spargelder eine darüber hinaus gehende Einlagensicherung geben soll. Wenn

man Zinsen als Wachstumstreiber und Verstärker der Einkommens- und Vermögensschere für problematisch hält, hat Vollgeld den erfreulichen Nebeneffekt, ohne größere Manipulationsmaßnahmen à la Draghi auf Nullzinsen zuzusteuern. Dies gilt für die Girokonten, es könnte aber auch für Sparkonten gelten, denn solche mit einer realen Nullverzinsung könnten unter die Einlagensicherung fallen, andere nicht. Dies wäre eine moderatere Art und Weise, der von Freigeldvertretern im Gefolge Gesells geforderten ökologischen Variante einer gezielten Politik der Negativzinsen entgegenzukommen. Ihr Argument lautet: Um das schnell explorierende Zinseszinsphänomen, das zu sozialer Ungleichheit führt (exponentielle Zunahme wiederangelegter Zinseinnahmen), zu bekämpfen, sollte auf angelegte Geldbeträge Negativzinsen erhoben werden, um jeder Geldakkumulation entgegenzuwirken. Das ginge aber wohl nur bei Abschaffung des Bargeldes, dem Rettungsanker gegen die voranschreitende elektronische Totalüberwachung.



Nicht mehr die Geschäftsbanken, sondern der Staat sollte frisches Geld in die Realwirtschaft einspeisen

Wenn die Geldschöpfung durch die Privatbanken per Kreditvergabe entfällt, wie soll dann die Geldmenge in einer, hier zunächst unterstellten, noch wachsenden Wirtschaft entsprechend erhöht werden? Ein Vorschlag lautet, dass die EZB den einzelnen Staaten frisches Geld völlig kostenlos, aber in Abhängigkeit von der prognostizierten

Ökologisch ausgerichtete Geldpolitik

Aus einer ÖSW-Perspektive muss allerdings gefragt werden, ob man bei einer wachstumsabhängigen Geldzufuhr mittels Schenkgeld die wachstumsfördernden Machtverhältnisse

BIP-Wachstumsrate oder der des Vorjahres inflationsneutral als „Schenk-geld“ überreicht. Bei einmal angenommenen zwei Prozent Wirtschaftswachstum macht dies für Deutschland zins- und tilgungsfrei ungefähr 50 Milliarden Euro pro Jahr aus. Wie sollte in einem solchen System die Zuteilung dieses Geldes durch die Zentralbank ausgestaltet werden?

- Die Berechnung und *quantitative* Zuteilung könnte nach einer Vollgeldreform über eine autonome Zentralbank erfolgen, die als Monetative und vierte Gewalt unabhängig von den Alimentierungswünschen der Politik bestünde (Alternative: eine „demokratische“ Besetzung der EZB).
- Über die *qualitative* Verwendung des Geldes entscheidet dann die öffentliche Hand (Alternative: Auszahlung eines gleichen Betrages als Bürgerdividende an alle Inländer). Die Verwendung sollte einer verstärkten transparenten demokratischen Kontrolle unterliegen, um den zu befürchtenden Schlendrian der Staatsbürokratie zu vermeiden.

Der Staat würde das frische Geld über den realen Wirtschaftssektor in Umlauf bringen und nicht mehr die Geschäftsbanken. In öffentlicher Hand würde es über Investitionen in Schulen, Lehrer, Infrastruktur, Soziales und für wichtige ÖSW-Projekte in den realwirtschaftlichen Umlauf gebracht. Dies wäre ein einschneidender Schritt zur Entmachtung der Großbanken durch Strukturreformen, eine Alternative zu halbherzigen und bürokratischen Bankenunionsphantasien oder kaum aussagekräftigen Stresstests.

ausreichend umkehren würde. Zwar würde neues Geld zunächst über den öffentlichen Sektor einfließen, es bliebe aber immer noch die Abhängigkeit vom Wachstum des (weitgehend pri-



vaten) Realsektors der Wirtschaft. Zunächst müssten, pointiert formuliert, dicke Autos verkauft werden, um dann neben den durch die Autoverkäufe erzielten Steuereinnahmen das wachstumsabhängige Finanzierungsgeschenk der EZB (eigentlich handelt es sich um ein Geschenk der Bürger an sich selbst) zu erhalten. Die Steuerungshoheit der Öffentlichkeit und ein evtl. Primat ökologischer Politik würde entscheidend erhöht, wenn wesentliche Ausgaben für öffentliche Güter direkt finanziert würden, ohne vom Wachstum der Gesamtwirtschaft abzuhängen, wenn z. B. 20 oder 30 Prozent der Staatsausgaben unabhängig von der Wachstumsrate finanziert werden könnten. Da man angesichts der drohenden ökologischen Apokalypse früher oder später um drastische Maßnahmen wie die Schließung ganzer Industriezweige mit entsprechend ansteigender Arbeitslosigkeit nicht herumkommen wird, bedarf es wachstumsunabhängiger Mittel, um für die Betroffenen eine Art Grundeinkommen gewährleisten zu können.

Ein derart finanzierter Staat hätte nicht mehr das strukturelle Interesse, den Marktsektor zu höchstmöglichen Umsätzen anzutreiben, anstatt Subsistenzwirtschaft und Verkehrsberuhigungen zu bevorzugen. Das Ziel einer geordneten Schrumpfung des Ressourcendurchsatzes v. a. im formalen Tauschsektor könnte ohne drastische Einschränkung öffentlicher Güter durch eine solche Finanzierung ggf. bei gleichzeitigem Entzug von Kaufkraft über progressive Besteuerung erfolgen. Die Geldpolitik könnte in einem solchen Vollgeldsystem mit Schenkgeld und ökologisch-sozialer Schlagseite entscheidender Ansatzpunkt sein für makroökonomische Reformmaßnahme im Sinne einer ÖSW-Strategie. Ein nicht zu leugnendes Problem besteht voraussichtlich darin, den bei Schenkgeld zu befürchtenden Schlenndrian und Nepotismus zu vermeiden. Hier hilft nur radikale Transparenz und der Einbezug nichtkorrumpierter zivil-

gesellschaftlicher Gruppen. Das durch die Zentralbank zur Verfügung gestellte Geld könnte dementsprechend z. B. auch zum Teil auf der kommunalen Ebene ausgegeben werden. In Kommunalparlamenten könnte über die Mittelverwendung entschieden werden, was einer Demokratisierung, Dezentralisierung und lokalen Einbettung entgegenkäme.

Eine Ergänzung der frischen Geldzuteilung könnte darin bestehen, dass bei Kreditanträgen für Investitionsprojekte die Banken, sofern hierfür die bei ihnen eingelegten Spargelder nicht ausreichen, das fehlende Geld bei der Zentralbank beantragen. Diese hätte die Aufgabe,

- einerseits zur Glättung der Liquidität auf den Märkten und zur Feinststeuerung der Zinshöhen beizutragen,
- andererseits bei Investitionsprojekten mit ihrer Kreditvergabestrategie auf die Erfüllung ökologischer Kriterien zu achten.

Dies würde den Missstand im heutigen System verringern, in dem die Zentralbank kaum Einfluss darauf hat, wie die Geldschöpfung vom Privatsektor genutzt wird. Eine vergleichbare indirekte Lenkung hat es in Deutschland zu Zeiten der Bundesbank und des Diskontsatzes durchaus gegeben, allerdings im Rahmen des überhaupt nicht ökologisch motivierten kreditlenkenden TLTRO-Programms der EZB.

Zur Frage der „Volksanleihen“

Im hier beschriebenen System könnte eventuell auf die Neuverschuldung der Staaten über die Kapitalmärkte – mit den entsprechenden Abhängigkeiten und Instabilitäten – verzichtet werden. Angesichts der zunehmenden Einkommens- und Vermögenskonzentration würde das weitgehende Entfallen der Staatsverschuldung auch eine Minderung der Reichtumskonzentration mit sich bringen. Zu überlegen

wäre jedoch, ob nicht „Volksanleihen“ eingeführt werden sollten, die an die Stelle bisher uneingeschränkt handelbarer Staatsanleihen träten. Es stellt sich nämlich die Frage, in welche Vermögenswerte risikoscheue (Klein-)Anleger, deren Risikoscheu zurzeit von der herrschenden Allianz arrogant verunglimpft wird, bei öffentlicher Nichtverschuldung noch investieren könnten. Solche Volksanleihen sollten nur von Inländern als Namensanleihen über möglichst mehrere Jahre gehalten werden. Sie könnten z. B. einen Inflationsschutz plus etwa ein Prozent Zins aufweisen. Sollte die Inflationsrate in einem Jahr z. B. bei drei Prozent liegen, erhielten die Anleger in diesem Jahr eine vierprozentige Verzinsung. Dies würde der Spekulation mit Staatsanleihen, Ratings und der Möglichkeit großer Akteure (Fondsgesellschaften), Länder unter Druck zu setzen, den Wind aus den Segeln nehmen. Auch verhindert diese Art der Schuldenfinanzierung, dass sich ungesunde Kaskaden der Auslandsverschuldung aufbauen und sich Kleinanleger mangels einfacher Alternativen den Fondsgesellschaften ausliefern.

Europa könnte so eher einer überzeugenden demokratischen, sozialen und ökologischen Finalität im Geld- und Finanzsektor zugeführt werden. Ein Schritt in diese Richtung könnte in der beschriebenen Vollgeldreform bestehen, deren Funktionsweise im Unterschied zur heutigen Geldordnung (fraktionelles Reservesystem) sicher nicht nur für stabilere Verhältnisse sorgte, sondern auch einfach zu verstehen und insofern demokratischer wäre. Der Erpressbarkeit der Politik durch die Finanzgroßwirtschaft würde ein Ende bereitet und es könnten ausreichende öffentliche Güter ohne Wachstumszwang bereitgestellt werden.



Simplify! Für einfache, aber wirksame Reformen

Neben einer Reform des Geldsystems gibt es weitere Vorschläge, die ergänzend eine qualitative ökologische und soziale Veränderung der Geld- und Finanzmärkte bewirken würden. Es mag überraschen, wie einfach und hoffentlich allgemeinverständlich die folgenden Anregungen angesichts der oft hochkomplexen und formalisierten Diskussionsbeiträge und Regulierungsbestimmungen sind, dank derer die Bürger am Katzentisch Platz nehmen müssen. Der amerikanische *Dodd-Frank Act* umfasst z.B. trotz seiner Löchrigkeit mehrere tausend Seiten, die nicht einmal Experten ganz durchgesehen haben. Zum genauen Verständnis der europäischen Bankenunion bedarf es fast eines juristischen Studiums. Unverständliche Regulierung basiert meistens auf halbherzigen Maßnahmen mit zahlreichen Ausnahmen, die besonders den Megabanken, die sich kundige Fachjuristen leisten können, zugutekommen. Doch nicht nur die Bankenunion generiert expertokratisches Herrschaftswissen, mit dem auch die einbezogenen politischen und öffentlichen Institutionen sowie die Wirtschaftsprüfer, Ratingagenturen u. a. gefüttert werden.



Eine ökologisch und sozial ausgerichtete Veränderung der Geld- und Finanzmärkte ist durch relativ einfache Maßnahmen möglich

An vorderer Stelle einfacher, aber wirkungsvoller Reformen¹ steht die Zerschlagung bzw. Entflechtung der Megabanken. Ihre demokratieschädlichen Einflussmöglichkeiten auf die Politik und zur Unterminierung des Vertrauens in die Demokratie sind erheblich. Akteure in solch machtvollen Organisationen scheinen in ein Hochgefühl von *Masters of the Universe* zu geraten, denen es zusteht, jenseits des gesetzlichen Rahmens durch die Manipulation des

Euibors² usw. zu agieren. Marktdominanz widerspricht auch den Prinzipien der Marktwirtschaft. Für eine dezentralisierungsfreundliche ÖSW gilt die Devise „Small is beautiful“, möglichst in Form regional geerdeter Banken.

- Eine erstbeste Lösung zur Größenbegrenzung bestünde in einer internationalen Vereinbarung unter Einbezug der nach wie vor weitgehend unregulierten Schattenbanken, deren Aktivitätsniveau mittlerweile fast dem des regulären Bankensektors entspricht, von denen der Erwerb einer Banklizenz zu fordern wäre.
- Als zweitbeste Lösung böte sich eine europaweite Variante an. Die Entflechtung könnte ein absolutes Größenlimit für Finanzinstitute bei 100 Milliarden Euro Bilanzsumme vorsehen, der Schwelle, ab der auch Institute bei internationalen Stress-tests wegen ihrer Größe einbezogen werden. Vor allem kleinere Länder hätten natürlich die Erlaubnis, auch anspruchsvollere Limits zu setzen.

Alan Greenspan hat in später Einsicht zutreffend bemerkt, „when they are too big to fail, they are too big“. *Too-big-to-fail* (kurz TBTF) bedeutet, dass einige Institute zu groß sind, um sie pleitegehen lassen zu können. Ihr Bankrott würde eventuell das gesamte Finanzsystem mit in den Abgrund ziehen. Vor der Finanzkrise bestimmten weltweit rund 50 Megainstitute den allergrößten Teil des Handels mit Währungen, Anleihen, Aktien und Derivaten. Auch in Deutschland gibt es Finanzkonglomerate: Großbanken, erlesene Privatbanken, Töchter ausländischer Großbanken, aber auch die Spitzeninstitu-

te der Volksbanken, die verbliebenen Landesbanken, usw. Da die Institute um ihre Systemrelevanz wissen, gehen sie nachweislich höhere Risiken als kleinere Banken ein. Sie können nämlich die Politik durch ihre schiere Größe praktisch erpressen. Die Bankenunion hat an dieser Tatsache wenig geändert. Der Steuerzahler muss das Auffangnetz bezahlen, wenn es schiefeht. Um dies zu verhindern (nicht schon wieder Rettungsschirme), werden alle möglichen Maßnahmen (Nullzinspolitik usw.) durchgezogen, um die Finanzmusik am Spielen und das Wachstum am Laufen zu halten.

Trennbankensystem

Eine weitere Reform betrifft die Trennung der Geschäfts- und Investmentbanken (Trennbankensystem), sofern es gegenüber einem Vollgeldsystem (zunächst) zu viele Widerstände gäbe. Ein Trennbankensystem galt für die USA durch das Glass-Steagall-Gesetz von den 1930er bis in die 1980er Jahre. Die verschiedenen Tätigkeitsfelder sollten danach entgegen dem heute gültigen Universalbankenprinzip auch institutionell durch voneinander unabhängige Institute getrennt sein. Die Geschäftsbanken tätigen dann das Depositen- und Kreditgeschäft im Realsektor. Zu ihren Tätigkeiten zählen die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, der Einlagen, der Sparangebote und der Kreditvergabe an Private und Unternehmen sowie der An- und Verkauf von Wertpapieren für Kunden. Die Dienstleistungen der Geschäftsbanken sollten wie erwähnt idealerweise durch dezentrale Banken, z.B. Genossenschaftsbanken und Sparkassen, oder durch Ethikbanken (Ethikbank, kirchliche Banken, Tri-

¹ Aus Platzgründen wird hier auf die Beschreibung einiger notwendiger Reformmaßnahmen wie die deutliche Erhöhung des Eigenkapitals, die Einschränkung von außerbörslichen Derivaten und z.B. das Verbot von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen verzichtet (siehe Peukert 2017).

² Die Abkürzung *Euribor* steht für *Euro Interbank Offered Rate*. Sie bezeichnet die durchschnittlichen Zinssätze, zu denen viele europäische Banken einander Anleihen in Euro gewähren.

odos, GLS Bank u. a.) durchgeführt werden, wobei letztere sich ausdrücklich auch in ihrer Kreditvergabepolitik zur ÖSW bekennen. Girokonten dürfen im Trennbankensystem nur bei Geschäftsbanken gehalten werden, die keinen Eigenhandel und keine Derivatgeschäfte größeren Stils betreiben und wie im Vollgeldsystem aus der Bankbilanz ausgelagert würden. Ihre Tätigkeiten werden eine beruhigende Langeweile wie die öffentliche Wasserversorgung ausstrahlen, bei der es keines milliarden-schweren Derivatemarktes für virtuelles Wasser bedarf. Der Zahlungsverkehr des Durchschnittsbürgers und die Vorgänge auf seinem Girokonto wären unbehelligt von den Aktivitäten deren, die das große Rad drehen wollen. Durch das heutige Universalbankensystem werden die Menschen an diversen Schnittstellen auch mental immer wieder in den Malstrom der Geldvermehrungsmaschinerie hineingezogen.

Für Investmentbanken sollte es prinzipiell keine Einlagensicherung ge-

ben. Es gibt dann, wie erwähnt, einen abgeschirmten Bereich (*Ring Fencing*) für Girokonten und Spareinlagen und ein nicht auf Kreditkaskaden beruhendes Investmentbanking, das sich heute auf die (Neu-)Emission von Aktien, die Auflage von Anleihen, den Handel von Finanzkontrakten, die Vermögensverwaltung, Fusionen (*Mergers and Acquisitions*, M&A) und den Eigenhandel spezialisiert. All dies könnte als Spielwiese erhalten werden. Aber: Investitionen sollen bei Investmentbanken nur über Beteiligungskapital (z. B. Aktien) oder langfristiges Fremdkapital (z. B. Anleihen) finanziert werden und nicht über Kredite; das käme einer kleinen Revolution gleich. Wer also gerne ins Risiko gehen will, soll dies ruhig tun. Aber er sollte dafür die vollständige Haftung übernehmen; ausgeschlossen wird dagegen die Möglichkeit, über Kredithebelung die Eigenkapitalrendite hochzutun und andere Institutionen bis hin zum nichtsahnenden Girokonteninhaber mit hineinzuziehen.

Finanztransaktionssteuer und Mindesthaltedauer

Einige weitere, recht einfache Maßnahmen können zur Entschleunigung, zur drastischen Schrumpfung des Finanzsektors und zur Reduzierung schädlicher Finanzprodukte beitragen, die für die Realsphäre völlig unsinnig sind. Zusätzlich weisen sie in die erwünschte Richtung einer ÖSW. Eine zentrale Forderung betrifft die Erhebung einer Finanztransaktionssteuer (FTS). Nach Vorstellungen der EU-Kommission, die jetzt scheinbar weitgehend zu den Akten gelegt wurden, sollte sie in einer (sehr niedrigen) Höhe von 0,01 Prozent für Derivate und 0,1 Prozent für Aktien und Anleihen usw. eingeführt werden (die sehr entscheidenden Detailfragen müssen hier ausgeklammert werden). Erstmals würden dann wieder Finanztransaktionen steuerlich erfasst und viele Casinowetten würden trotz des niedrigen Steuersatzes deutlich unattraktiver. Bei Derivaten be-

zieht sich die FTS auf den Handelswert des Derivats, nicht auf die Einschusspflicht (*Margin Call*). So soll die FTS von 0,01 Prozent auf den Nennwert von im Beispiel 100000 (= 100 Euro = 10 Prozent der Einsatzzahlung von 1000) und nicht auf die 1000 Euro der üblichen Einsatzzahlung (= 1 Euro) erhoben werden. Das macht sie sehr ärgerlich für die Finanzakteure, was ihre Lobbykampagnen gegen die FTS bis hin zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac durch das Bundesfinanzministerium eindrücklich bestätigen.

Die FTS wird durch ihre tatsächliche Höhe bei Derivaten zu einer Lenkungssteuer und sie wirkt insofern ordnungspolitisch selektiv und würde den erwünschten Effekt haben, dass das Volumen des Derivatehandels massiv schrumpfen würde. Derivate sind Wetten und wie Spielcasinos regen sie eine

unproduktive Wettmentalität an. Den gleichen Effekt erlitt der wenig sinnvolle Hochfrequenzhandel. Transaktionen, mit denen in Millisekunden Gewinne über die Ausnutzung minimalster Preisveränderungen hinter dem Komma erfolgen, werden sich häufig selbst bei einer niedrigen FTS nicht mehr lohnen.



Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer könnten für ökologisch sinnvolle Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt werden

Die anfallenden Milliarden Euro Steuereinnahmen könnten für sinnvolle ÖSW-Infrastrukturprojekte eingesetzt werden:

- Denkbar wäre z. B. die Abschaffung des innereuropäischen Flugverkehrs zugunsten eines europäischen Bahn-Hochgeschwindigkeitsnetzes.
- Sinnvoll wäre (z. B.) auch ein datenschutzendes, europäisches Internet und eine entsprechende Suchmaschine, um die Grundrechte nicht – wie momentan – zu einer Farce verkommen zu lassen, da derzeit fast jede Suchaktivität bei Goggleanalytics & Co landet.

Eine ganz zentrale Entschleunigungs- und Schrumpfungsmaßnahme bestünde in der Einführung einer verpflichtenden Mindesthaltedauer nach Erwerb von Finanztiteln. Bereits eine Minute oder gar schon eine Sekunde werden heute von den computergestützten Algotradern als unzumutbar lange angesehen. Ein qualitativ völlig anderer Finanzmarkt würde sich entwickeln, wenn man eine Haltedauer von einem Tag für Aktien, Derivaten, Anleihen usw. einführen würde. Es wäre ein regelrechter Systemwechsel, der die unnötig hektischen, krisenanfälligen und wachstumsorientierten Geld- und Finanzmärkte befrieden könnte.



LITERATUR

Huber, Joseph (2018): Monetäre Modernisierung. 6. Aufl., Marburg.
 Kay, John (2015): Other people's money, London.
 Kennedy, Margrit (2012): Occupy Money. 3. Aufl., Bielefeld.
 Martin, Felix (2014): Geld – die wahre Geschichte, München.
 Maxton, Graeme (2018): Change!, München.
 Peukert, Helge (2017): Das Moneyfest. 3., akt. Aufl., Marburg.
 Peukert, Helge (2018): Makroökonomische Lehrbücher: Wissenschaft oder Ideologie?, Marburg.
 Soddy, Frederick (2014/¹1934): The role of money, Hoboken.

Fazit

In diesem Beitrag wurden einige wenige, aber v. a. grundsätzliche Reformen eines neuen Geld- und Finanzsystems angeführt, die an sich und im Sinne einer ÖSW sinnvoll wären und eine tatsächliche Systemtransformation einleiten könnten, ohne die Grundlagen der arbeitsteiligen Weltwirtschaft bzw. des Kapitalismus direkt über den Haufen zu werfen. Zwar teilt eine erheblicher Anzahl zivilgesellschaftlicher Gruppen jeweils Teile der vorgeschlagenen Reformen. Doch stehen sie nicht im Zentrum der vorherrschenden nationalen, europäischen oder internationalen Politik.

Vorgeschlagen wurden

- die Einführung eines Vollgeldsystems oder
- zumindest ein Trennbankensystem, d. h. die Abtrennung der Investmentbanken,
- die teilweise Finanzierung v. a. des ökologischen Umbaus durch „Schenkgeld“ der Zentralbank,
- eine Demokratisierung der EZB und der Besetzung ihrer Spitzenpositionen,
- das Verbot von (z. B.) Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen,
- die Entflechtung der Megabanken,
- Kontrollen der Schattenbanken (die über eine Banklizenz verfügen müssen oder sich nicht mehr über Kredite finanzieren dürfen),

- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer,
- die Ausgabe von Volksaktien und
- eine verpflichtende Mindesthaltungsdauer von einem Tag.

Diese Forderungen würden alleine schon für eine nachhaltige qualitative Veränderung im Geld- und Finanzbereich sorgen.

- Es handelt sich um Reformvorschläge, die mit alternativen, zu diskutierenden Vorschlägen konkurrieren, die sich zu einem guten Teil den gleichen wirtschaftsethischen Imperativen verpflichtet fühlen. Beispiele sind Saha Wagenknechts Plädoyer für ausschließlich öffentliche Banken und Stiftungen oder z. B. Christian Felbers Gemeinwohl-Konzept ethischer Bonitätsprüfungen, herrschaftsfreier Geldkonvente, der Abschaffung der (Spar)Zinsen usw.
- Wichtige Fragen wie die Chancen und Gefahren von Kryptowährungen und Fintechs (Zusammenführung von *financial services* und *technology*, d. h. neue, nutzerfreundliche Anwendungssysteme im Finanzdienstleistungsbereich durch bisher meist kleine Start-Up-Unternehmen) konnten aus Raumgründen nicht thematisiert werden. Ihr ökologisch-emanzipatorisches Potential scheint mir in der gegenwärtigen

KURZBIOGRAPHIE

Helge Peukert (*1956), Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler, Professor Dr. oec. publ. und Dr. phil. an der Forschungsstelle Plurale Ökonomik in der Universität Siegen; Forschungsschwerpunkte: Vergleich ökonomischer Theorieansätze, Geld- und Finanzmärkte; aktuelle Buchveröffentlichungen: Makroökonomische Lehrbücher: Wissenschaft oder Ideologie? und Mikroökonomische Lehrbücher: Wissenschaft oder Ideologie? Beide Marburg, 2018.

gen Debatte deutlich überbewertet zu werden.

- Zur Auflockerung des Staatsgeldmonopols gibt es aus dem Blickwinkel einer ÖSW sinnvolle Vorschläge z. B. zu komplementären Zahlungssystemen, bei denen Ein- und Auszahlungen mit definierten Überziehungsmöglichkeiten (von z. B. 10 Prozent) gegenseitig verrechnet werden (Kennedy 2012).

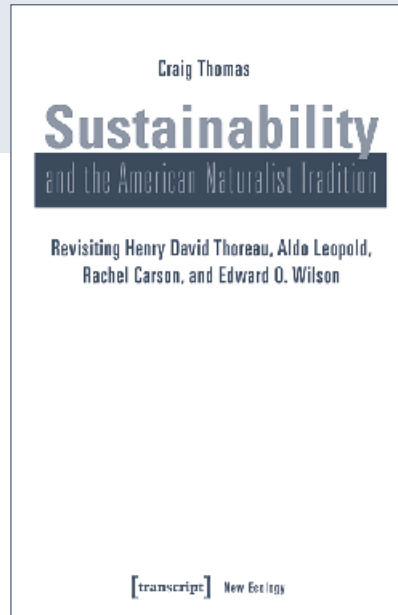
Viel Zeit bleibt nicht. Hinzukommen müssten Veränderungen der Besitzverhältnisse und der primären Ressourcenbesteuerung in der Realökonomie, um den unverkennbar drohenden Zusammenbruch der Biosphäre noch zu verhindern (Maxton 2018).



Sustainability and the American Naturalist Tradition

Craig Thomas: *Sustainability and the American Naturalist Tradition. Revisiting Henry David Thoreau, Aldo Leopold, Rachel Carson, and Edward O. Wilson*. Bielefeld: Transcript 2018, 230 S., ISBN 978-3-837-64178-3.

Dass die ökologische Krise vor allem als Ausdruck einer verfehlten kulturellen Praxis zu in den Blick zu nehmen sei, kann als zentrale Erkenntnis der „zweiten Stufe der Klimaforschung“ betrachtet werden. Wenn wir diese Krise bewältigen wollen, kann es dementsprechend nicht allein darum gehen, ein naturwissenschaftlich-technisches Verständnis der nunmehr äußerst drängenden Umweltprobleme zu gewinnen. Vielmehr ist eine umfassende Kritik und Transformation unserer Praktiken und der weltanschaulichen Hintergrundüberzeugungen, in die sie eingelassen sind, geboten. Genau an diesem Punkt setzt Craig Thomas mit seinem Buch über Nachhaltigkeit an und verweist auf die Traditionslinie des amerikanischen „Naturalismus“ von der frühen Industrialisierung ab Mitte des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Der Rückbezug auf diese holistisch angelegte Naturphilosophie könne, so Thomas, zur Etablierung eines neuen Nachhaltigkeitsparadigmas anregen. Damit wäre nicht nur die Möglichkeit geschaffen, den gegenwärtig bis hin zur Bedeutungslosigkeit entkernten Begriff der Nachhaltigkeit neu zu denken, sondern auch alternative Praktiken des Wirtschaftens zu befördern, die nicht mehr unter dem Vorzeichen wirtschaftlichen Wachstums stehen und damit dem Erhalt unseres Ökosystems, und das heißt letztlich: unserer Lebensgrundlage, abträglich sind.



Exemplarisch für diese „naturalistische“ Tradition behandelt Thomas die Ansätze von Henry David Thoreau, Aldo Leopold, Rachel Carson und Edward O. Wilson, denen jeweils eines der Hauptkapitel gewidmet ist. Als „Naturalisten“ sind sie nach Thomas insofern zu verstehen, als dass sie in der Denklinie Aristoteles' (und nicht Platons) stehen, und damit einer bei den natürlichen Dingen ansetzenden, wissenschaftlichen und ganzheitlichen Sicht auf die Welt anhängen, die gewissermaßen die Grundvoraussetzung aller ökologischen Betrachtung ist. Insbesondere die Betonung von Mensch und Natur als einem System qualifiziert die vorgestellten AutorInnen des Weiteren als „öko-humanistisch“. Und sie eint ebenfalls, dass sie in der Folge nicht nur die Natur studierten, sondern sich auch im Bereich ökologischer Bildung (environmental education) engagierten. (9–22)

Im ersten Kapitel (23–50) unterzieht Thomas zunächst den Begriff der Nach-

haltigkeit einer kritischen Analyse. Für den Umweltdiskurs wurde er spätestens seit dem Brundlandt-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen 1987 zu einem Ankerbegriff, der bis heute als Richtschnur umweltpolitischer Überlegungen dient. Zuerst eingeführt vom deutschen Forstwirt Hans Carl von Carlowitz (1645–1714), stand er bereits von Anfang an für ein wirtschaftliches Prinzip: Der Holzbestand eines Waldes sollte dauerhaft Ertrag abwerfen und aus diesem Grund nicht über die Schwelle der eigenen Regenerationsrate hinaus genutzt werden. Damit ist, wie Thomas gegen die weit verbreitete Interpretation im Umweltdiskurs herausstellt, ein Primat der Ökonomie gegenüber der Ökologie angelegt, das dazu führt, dass unser sozio-ökologisches System weiter in die Krise gerät. Die Idee der nachhaltigen Entwicklung sei letztlich dem Prinzip des Wachstums verhaftet und suggeriere, man könne „business-as-usual“ betreiben, da letztlich selbst der Schutz der Natur noch wirtschaftlichen Profit einbringe: Nachhaltigkeit meint damit primär wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Um aber unser sozio-ökologisches System tatsächlich vor dem Kollaps zu bewahren, so Thomas, sei eine radikale Transformation notwendig, die auf „echte“, und das heißt eben umfassende, alle Faktoren berücksichtigende Nachhaltigkeit zielt. Ein „Ökohumanismus“, wie er im amerikanischen Naturalismus angeboten werde, sei die Weltanschauung, die diesen Wandel ermögliche. Der Mensch muss als integraler Teil der Natur verstanden werden, der nicht von ihr zu separieren ist. Ein so gedachtes sozio-ökologisches System erfordert es, dass Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften gleichermaßen

Ben berücksichtigt werden und transdisziplinär zusammenarbeiten, um das Problem der Nachhaltigkeit zu bearbeiten.

Zu Lebzeiten Henry David Thoreaus (1817–1862), in der Frühphase der Industrialisierung, war der Austausch zwischen den sich gerade erst stärker ausdifferenzierenden Fachdisziplinen noch lebhafter. Wie Thomas im zweiten Hauptkapitel ausführt (51–81), reagiert Thoreau aber bereits auf die zunehmende Gegenüberstellung und Separierung von Mensch und Natur. In seinem wohl bekanntesten Werk „Walden“ (1854) beschreibt er das einfache Leben im Wald von Massachusetts, das er für einige Jahre fernab der zu dieser Zeit boomenden Ostküstenstädte führte. Dieser experimentelle Rückzug verweist zum einen auf den für die amerikanischen Transzendentalisten typischen Individualismus und Nonkonformismus, der bis zum zivilen Ungehorsam gegenüber einer repressiven und korrupten Gesellschaft führen kann (so wurde Thoreau inhaftiert, da er Steuerzahlungen als Komplizenschaft zur Sklaverei und zum Krieg in Mexiko betrachtete und ihnen daher nicht nachkam). Zum anderen wurzelt diese Abkehr aber auch in der Einsicht, dass ein reduzierter Lebensstil, der sich auf das Nötigste beschränkt und im Einklang mit der Natur steht, dem eigenen Leben Sinn verleihen kann.

Der zweite behandelte Autor ist Aldo Leopold (1887–1948), dessen Wirken in die „Progressive Era“ fällt, eine Zeit, die in den USA von wirtschaftlichem Aufschwung und damit einhergehender fortschreitender Naturbeherrschung geprägt war und mit der Großen Depression rund um die 1930er Jahre endete. Im dritten Hauptkapitel führt Thomas in Leopolds Denken ein, dessen „Land-Ethik“ und „Ethik der Interdependenz“ die Prinzipien moderner Umweltethik begründen (83–115). Der Biologe und Forstwissenschaftler Leopold betrachtete die humane Ökologie als notwendigen Bestandteil ökologischer Überlegungen und wandte sich damit gegen die Vorstellung einer „puren“ Ökologie, die sich auf die klassischen biologischen Teildisziplinen

beschränkt. Für eine angemessene Umweltbildung seien Naturwissenschaft und Ethik zusammenzubringen; für Leopold münden sie in ein normatives Nachhaltigkeitsparadigma, nicht zuletzt unter dem Eindruck des „Dust Bowl“, einer Dürre mit verheerenden Staubstürmen, die in Folge der Urbarmachung der Great Plains des Mittleren Westens der USA in den 1930er Jahren auftraten. Leopolds Essay „Thinking Like A Mountain“ (1949) ist ein herausragendes Beispiel für Nature Writing. Da Ökosysteme aus menschlicher Perspektive nur unzulänglich erfasst werden könnten, schon aufgrund der im Vergleich zu geologischen Zeitspannen kurzen Momentaufnahme, die uns zur Verfügung steht, gelte es, Respekt vor deren Integrität zu haben – und sich eben im „Denken wie ein Berg“ zu üben. Leopold verweist auch auf den unauflöselichen Zusammenhang menschlichen Wohlergehens mit dem biologischen Ökosystem. Wie Thomas hervorhebt, wird damit eine Synthese anthropozentrischer und nicht-anthropozentrischer Ansätze vollzogen, die nicht die eine Perspektive gegen die andere ausspielt oder hierarchische Setzungen vornimmt, sondern auf die Verwiesenheit aller Subsysteme aufeinander verweist und diese zum normativen Ausgangspunkt nimmt.

Von der Verknüpfung des Wohlergehens von Mensch und Natur geht auch Rachel Carson (1907–1964) aus, wie Thomas im vierten Hauptkapitel ausführt (117–146). Die Biologin und Wissenschaftsjournalistin sensibilisierte mit ihrem Buch „Silent Spring“ (1962) ein Millionenpublikum für die Gefahren des Insektizids DDT, das in der Ära der „Grünen Revolution“ flächendeckend eingesetzt wurde, obwohl es stark krebserregend ist. Das weit verbreitete blinde Vertrauen in technische Lösungen, die Idee der Beherrschung und Kontrolle der Natur durch den Menschen sowie die mangelnde Transparenz politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse hatten zu einer Praxis geführt, die Mensch und Natur gleichermaßen schädigte. Carson setzte sich nicht nur für eine umfassende ökologische Bildung ein, die auch

Laien zur Urteilsbildung befähigen sollte, sondern zugleich für eine humane Ökologie, die dem Techno-Optimismus und dem ökonomischen Wachstumsdenken kritisch entgegentreten konnte. So war Carson eine der ersten, die das Vorsorge- und Verursacherprinzip einführte. Nur die Externalisierung der langfristigen Kosten bestimmter Technologien machen ihren Einsatz ökonomisch attraktiv. Müssen die Verursacher diese selbst tragen, werden insbesondere risikobehaftete Neuerungen weniger leichtfertig industriell genutzt und politisch befördert. Damit sind zwei konkrete und wirksame umweltrechtliche Instrumente benannt.

Den Insektenkundler und Evolutionsbiologen Edward O. Wilson (geboren 1929) führt Thomas im fünften Hauptkapitel als Naturalisten des gegenwärtigen Zeitalters der Nachhaltigkeit ein (147–178). Wilson begründete die Soziobiologie als Disziplin und machte den Begriff der Biodiversität bekannt. Gegen den verbreiteten menschlichen Exzeptionalismus, der dem Menschen eine Sonderstellung und Kontrollmöglichkeit gegenüber der Natur einräumt, vertritt Wilson ein naturalistisches, materialistisches Menschenbild, das den Menschen den Gesetzen der Natur unterwirft und seinen eher begrenzten Handlungsspielraum konstatiert. Überhaupt gelten Wilson die Naturwissenschaften als erkenntnistheoretisches Paradigma, in das alle anderen Disziplinen eingefügt werden sollen. Wilson vertritt die Idee einer Synthese oder auch Konsilienz, wie sie etwa in seinen Werken „Sociobiology: The New Synthesis“ (1975) oder „Consilience: The Unity of All Knowledge“ (1998) entworfen wird, sodass Thomas sein Denken als holistisch einordnet und es der „deep ecology“ zurechnet, jenen Ansätzen, die eine tiefgreifende Transformation unseres Verständnisses von Ökologie und unseren damit einhergehenden kulturellen Praktiken einfordern. Wilsons Konzept der „Biophilie“ greift gewissermaßen evolutionsbiologisch gewendet die Einsicht der Romantik und des Transzendentalismus auf, dass der Mensch den direkten Umgang mit der Natur braucht, um gesund



und glücklich zu sein. Wilson behauptet eine angeborene Affinität des Menschen zum Leben und lebensähnlichen Prozessen, sodass es dem Eigeninteresse des Menschen entspreche, die prekären Ökosysteme, deren Teil er zugleich ist, zu schützen.

Im abschließenden sechsten Kapitel greift Thomas wieder die Frage nach einem neuen Nachhaltigkeitsparadigma auf (179–203). Um dieses zu etablieren, sei nicht zuletzt eine Überwindung der dominierenden Vorstellung des Mensch-Natur-Verhältnisses notwendig, das zu einer Ausbeutung der Natur durch den Menschen führe. Thomas schließt sich hier der im Umweltdiskurs verbreiteten These an, dass diese so fatal wirkende Idee der Trennung des Menschen von der Natur ein Erbe der Aufklärung ist, das letztlich aus platonistisch-idealistischen und christlichen Quellen gespeist sei. Die vier von Thomas vorgestellten Ansätze bieten mit ihrem Ökohumanismus eine alternative Verhältnissetzung, mit der eine andere Form der Nachhaltigkeit gedacht werden kann, die von der lokalen (Thoreau) über die regionale (Leopold) und nationale (Carson) bis hin zur globalen (Wilson) Ebene reicht. Die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen sind nicht von dem der Natur zu trennen und daher auch nicht gegeneinander auszuspielen, wie es bei den gegenwärtigen Überlegungen zur Nachhaltigkeit geschieht, bei denen der Erhalt von (biologischen) Ökosystemen gegen wirtschaftliches Wachstum oder ein nicht zu unterschreitendes Konsumniveau abgewogen werden. Ebenso wenig können aus ökohumanistischer Perspektive rein technische, effizienzorientierte Lösungen zur Überwindung der Krise beitragen, da sie wiederum nur ein Element des weit aus komplexeren Problems herausgreifen. Nachhaltigkeit muss, so Thomas, als im umfassenden Sinne ökologisch verstanden und in entsprechende politische, wirtschaftliche und kulturelle Praktiken überführt werden.

Dass Thomas diesem drängenden Plädoyer für radikale Transformation mit dem (amerikanischen) Naturalismus be-

reits eine weltanschauliche Grundierung gibt, ist das große Verdienst seiner Studie. Indem der Bezug auf die Anfänge der abendländischen Philosophie (Platon vs. Aristoteles) den gedanklichen Bogen ambitioniert aufspannt, gelingt es Thomas, eine Traditionslinie sichtbar zu machen, die zum einen zeigt, dass Fragen der (humanen) Ökologie und das Bewusstsein für deren Relevanz kein Phänomen neueren Datums sind, sondern bereits vor dem Umweltdiskurs im engeren Sinne artikuliert und reflektiert wurden. Der Verweis auf diese, wie Thomas sie nennt, „proto-ökologischen“ DenkerInnen, die zugleich weit über das intellektuelle Milieu hinauswirkten, ist dabei nicht allein von philosophie- und ideengeschichtlichem Interesse. Vielmehr ist damit auch ein bereits auf seine Tragfähigkeit geprüfter Anknüpfungspunkt für die aktuellen Rufe nach Wandel herausgearbeitet. Eine alternative Art zu denken (und auch zu leben) muss nicht von Grund auf neu und gleichsam „aus dem Nichts“ erfunden werden. Der naturalistische Ökohumanismus stellt, ebenso wie holistische Vorstellungen aus religiösen und spirituellen Traditionen, ein Gegenmodell zum Mensch-Natur-Dualismus dar, das trotz dessen Dominanz (zumindest in den Teilen der Welt, die wir die „westliche“ nennen) von diesem nie ganz verdrängt wurde und eher in einem dialektischen Spannungsverhältnis zu diesem steht. Wie auch bei den Fragen nach Humanismus und Posthumanismus, Anthropozentrismus und Biozentrismus bricht diese Spannung angesichts der nun immer augenscheinlicher werdenden katastrophalen ökologischen Folgen unserer Kultur auf und verlangt nach einer deutlichen Positionierung. Thomas scheut vor dieser keineswegs zurück, auch wenn dies bedeutet, vermeintliche Lösungen, wie eben die Indizierung unserer jetzigen Wirtschaftsform mit dem Label „nachhaltig“, einer fundamentalen Kritik zu unterziehen.

Was Thomas jedoch schuldig bleibt, ist, den tatsächlichen praktischen Ertrag auszubuchstabieren, der sich aus einem ökologischen Nachhaltigkeitsbegriff im

Anschluss an den von ihm nachgezeichneten Naturalismus ergeben könnte. Es macht fast den Eindruck, als scheue er am Ende vor der Radikalität des eigenen Entwurfs zurück. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die Tatsache, dass sich der Topos der „Überbevölkerung“ der Erde durch die gesamte Studie zieht und immer wieder als einer der Hauptfaktoren der ökologischen Krise genannt wird, denen es beizukommen gelte. Dieser starke malthusianische Strang, wissenschaftlich vor allem gestützt auf Paul R. Ehrlichs Hypothese zur „Population Bomb“ (1968) sowie Dennis Meadows „The Limits to Growth“ (1972), steht eigentümlich quer zu der ökohumanistischen Wende, die Thomas ansonsten einfordert. Zwar plädiert er an keiner Stelle für eine restriktive Reproduktionspolitik, seine Überlegungen zur ökologischen Tragfähigkeit der Erde suggerieren jedoch, dass die ökologischen Probleme, insbesondere der zu hohe Ressourcenverbrauch, ein Problem der zu hohen menschlichen Population, und nicht des Lebensstils vornehmlich einer bestimmten Gruppe der Weltbevölkerung sei. Abgesehen davon, dass dies eine problematische Verzerrung bedeutet, da die Weltregionen mit hohen Zuwachsraten zugleich jene mit einem vergleichsweise niedrigen ökologischen Fußabdruck sind, bleibt Thomas damit auch einer eher naturwissenschaftlich ausgerichteten und damit eben nicht holistischen Ökologie verhaftet.

Diese „Schlagseite“ wird auch mit Thomas' Bezug auf Wilson deutlich, dessen Naturalismus ganz im Gegensatz zu den anderen vorgestellten AutorInnen nur schwerlich als holistisch eingeordnet werden kann. Was von Thomas als „Synthese“ bezeichnet wird, ist ein strikter Reduktionismus, der sämtliche Forschungsgegenstände, bis hin zu menschlichem Verhalten, explanatorisch auf die Naturwissenschaften zurückführen will. Damit handelt es sich um einen „harten“ Naturalismus, wenn nicht gar Szientismus, der sich nicht so recht in die Traditionslinie von Thoreau, Leopold und Carson einpassen lässt, deren Naturalismus



zwar im Falle von Leopold und Carson auch naturwissenschaftlich unterfüttert ist, aber durchlässig bleibt für poetische, spirituelle und nicht zuletzt sinnesgättigte Zugänge zur Natur. Gerade hierin liegt ja die Stärke und auch Überzeugungskraft der amerikanischen Natura-

listInnen: ihr auf allen Seiten spielendes Werben für eine sorgende Verantwortung des Menschen für die Natur, die sich auf ein Bewusstsein seines Eingebettetseins in diese und der vielfältigen Beziehungen, in die er mit ihr treten kann, stützt. Ein solches tatsächlich umfassendes ökolo-

gisches Bewusstsein müssen wir ausbilden, um unsere kulturellen Praktiken zu befragen und zu transformieren. Thomas' Studie lädt ein, dem in der Tradition des amerikanischen Naturalismus á la Thoreau, Leopold oder Carson nachzugehen.

Ana Honnacker, Hannover

Leben im Anthropozän

Brigitte Bertelmann, Klaus Heide (Hg.): *Leben im Anthropozän. Christliche Perspektiven für eine Kultur der Nachhaltigkeit*, München: oekom 2018, 346 S., ISBN 978-3-96238-060-1.

„Kirche und Theologie könnten beitragen zu einem kulturellen Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft und Wirtschaft.“ (9) Mit diesem Eingangssatz meldet sich der vorliegende Sammelband in den aktuellen Debatten um Nachhaltigkeit und Umweltethik zu Wort. Die Kirchen zeigen in den vergangenen Jahren ein wachsendes Bemühen, hier Stellung zu beziehen: nicht nur nach innen, sondern auch in die Gesellschaft hinein – und zwar in lokalen wie globalen Größenordnungen. Als Maßstab für die Verhandlung dieser Herausforderungen hat sich inzwischen der Begriff „Anthropozän“ etabliert: wörtlich „das menschlich (gemachte) Neue“ (260), sinngemäß „oft unscharf als ‚Zeitalter des Menschen‘“ (17) übersetzt. Mit dem Thema, was es heißt, in diesem Anthropozän zu leben, spannt der hier gewählte Titel somit einen gewaltigen Horizont großer Gegenwartsfragen auf.

Wesentliches Element des kirchlichen Bemühens ist seit 2013 der Ökumenische Prozess „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“. In diesem Kontext gab es 2016/17 eine Veranstaltungsreihe zu globalen Umweltveränderungen. Daraus ist der vorliegende Sammelband entstanden. In bewusster Entscheidung für „formal und inhaltlich sehr unterschiedliche Texte“ (9) erweitern die 25 Beiträge den gedanklichen Rahmen zu einer Vielfalt unterschiedlicher Perspektiven, um



der Komplexität des Themas möglichst gerecht zu werden. Gemeinsam ist ihnen dabei das Bemühen um eine offene und angemessene Wahrnehmung der Problematiken, um diesen aus dem je eigenen christlichen Selbstverständnis heraus Rechnung zu tragen und so Grundzüge für einen guten gesellschaftlichen Umgang mit den Herausforderungen des Anthropozäns zu erforschen.

Dafür wurde als Struktur eine Viertelteilung gewählt, die sich den Kapiteluntertiteln gemäß als Abfolge von „Zeitanzeigen“, „Bausteinen“, „Orientierungspunkten“ und „Wegmarken“ darstellt. Der erste Schritt gilt der Rekapitulation und Analyse der Faktenlage auf Basis der Erdsystemforschung (*Lucht*), um das Problem der „beschädigten Welt“ (*Horn*) als umfassende Herausforderung für ein „Leben im Anthropozän“ offen-

zulegen. Die zwei umfangreicheren Mittelteile spannen auf mehreren Ebenen den inhaltlichen Rahmen der Auseinandersetzung um ein *gutes* Leben im Anthropozän auf: von der Infragestellung geschichtswirksamen Handelns über Erzählungen als Kernelemente menschlichen Weltverhältnisses bis zur Grundlagenreflexion christlichen Selbstverständnisses. Zur Umsetzung der so entfaltenen Ansprüche führen die Beiträge des vierten Teils konkrete Ansätze und Handlungsfelder an, die notwendige Schritte auf dem Weg zu einer „Kultur der Nachhaltigkeit“ markieren sollen.

Als eine Art roter Faden können die drei Beiträge *Heides* gelesen werden. Sein Eingangsbeitrag zeigt anhand der begriffsgeschichtlichen Karriere des Anthropozäns hin zur geochronologischen Epochenbezeichnung den seit der „Großen Beschleunigung“ der 1950er Jahre immens gewachsenen Maßstab menschlicher Umwelteinwirkungen. Damit gehe eine unabwiesbare Verantwortung einher, die der moderne Mensch als *erblindeter Prometheus* bisher jedoch weit mehr verdränge als annehme (30). Hier wieder *sehen zu lernen*, bildet somit das zentrale Anliegen der „Zeitanzeigen“. Die bleibende Offenheit des Begriffs „Anthropozän“ durch seine unterschiedlichen Verwendungskontexte hindurch könne dafür sogar ein Vorteil sein, insofern die Suche nach konkreten Antworten für derart tiefgreifende kulturelle Veränderungen *ohne* solche Offenheit drohe, die alten Engführungen lediglich durch neue zu ersetzen (33–35).

Aus diesem Befund zieht *Heidel* zu Beginn des zweiten Teils den Schluss, dass ein

Paradigmenwechsel in der grundlegenden „Art und Weise, wie wir leben“ (81) und dieses In-der-Welt-Sein gestalten, notwendig sei. Nur so könnten wir der Verantwortung im Maßstab einer „planetarischen Gerechtigkeit“ (84) gerecht werden. Stellt hier eine „Kultur der Nachhaltigkeit“ das zunächst klare Ziel dar, bleibe deren Konkretisierung in einzelnen Lebensbereichen doch immer Sache auch konfliktreicher Aushandlungsprozesse. Diese erlauben daher keine Vorwegnahme ihres Ergebnisses, sondern verweisen auf die im Hintergrund präsenten Selbst- und Weltverständnisse als ihre Ausgangs- und Rahmenbedingungen.

Diese Perspektiven kulminieren in Heidels drittem Beitrag, einer „Wegmarke“ des vierten Buchteils, im „Aufruf zu einem Ökumenischen Aufbruch 2030“. Auf ihn verweist der Autor mit zahlreichen Zitaten aus einem Impulspapier des Ökumenischen Prozesses, mit dem jener in die Öffentlichkeit getragen wurde. Am Zeithorizont der *Sustainable Development Goals* orientiert, wird darin versucht, der paradox anmutenden Situation Rechnung zu tragen, dass einerseits so notwendig und drängend erscheinende Veränderungen in unseren Wirtschafts- und Konsummustern andererseits doch von einem Komplex kultureller Wechselwirkungen abhängen, der solche Maßnahmen „allenfalls in Teilbereichen mit Absicht ins Werk“ (307) zu setzen zulasse. Die Vielfalt beteiligter Akteure, ihre auch widersprüchlichen Vorstellungen und Zielsetzungen würden zu einer prinzipiellen Offenheit zwingen, der im Konkreten letztlich nur mit hoffnungsvollem Experimentieren auf der Suche nach gemeinschaftlichen Lösungen begegnet werden könne.

Wesentliche Elemente dieser Ansätze finden sich jeweils in den anderen Beiträgen aufgegriffen, kritisch diskutiert und/oder weitergeführt. Im ersten Teil geschieht dies durch die Diskussionen um die notwendige Große Transformation angesichts *planetarer Grenzen*, die seit der Großen Beschleunigung erreicht werden und teils sogar schon überschritten sind. Die Konsequenzen dieser Ver-

änderungen des Systems Erde mögen im Einzelnen kaum absehbar sein. Für die Lebensbedingungen zahlreicher Menschen werden sie gleichwohl mit überwältigender Wahrscheinlichkeit drastisch ausfallen. Bereits hier werfen sie daher die große Frage nach Möglichkeiten des Umgangs auf, zugespißt auf die ethische und politische Rolle von Kirche(n) und Religion.

Im zweiten Teil wird das Kernproblem des geforderten *Paradigmenwechsels* thematisiert: das Verschwinden des *Subjekts der Geschichte* ins Diffuse. Die Menschen treten als „Handlungsträger“ (89) zunehmend hinter den Systemlogiken von Technik und Wirtschaft zurück. Lösungsansätze werden daher in einer Kritik der dahinterstehenden „Narrative“ gesucht: Anstelle eines Abdriftens in apokalyptische Untergangsszenarien müssten positive Alternativerzählungen erschlossen werden (*Höfer; Rivera/Nanz*), was am Beispiel eines möglichen Übergangs zur „Postwachstumsgesellschaft“ veranschaulicht wird (*Gran; Diefenbacher*). Da solche Weltdeutungen untrennbar mit den Grundbedingungen menschlichen Strebens nach Fortschritt verbunden sind, sind gerade hier Religionen und besonders das Christentum gefordert: Sie können erfahrbar machen, dass unter heutigen Bedingungen die Selbstbeschränkung des Menschen in Rücksicht auf die Schöpfung als Ganze wesentlicher Ausdruck seiner Freiheit ist (*Göpfert; Gütter*).

Der dritte Teil vertieft diesen Strang. Er legt dar, wie christliche Apokalyptik zur Hoffnungsquelle werden kann, wenn sie als Botschaft der Befreiung zum Kern des theologischen Gottes- und Selbstverständnisses wird (*Herms; Vogt*) und von dort aus Niederschlag in Verkündigung (*Rosenberger* am Beispiel von *Laudato si'*) und kirchlichen Grundvollzügen findet (*Beringer*).

Unter den „Wegmarken“ schließlich nimmt neben *Ökumenischem Prozess* und *Aufbruch* die Außenperspektive der „transformativen Wissenschaft“ eine besondere Rolle ein (*Escher/Singer-Brodowski*). Die Kirchen werden hier als

Teil der Zivilgesellschaft in den Blick genommen. Als potentiell wertvolle Partner sollen sie dazu beitragen, dass Wissenschaftsinstitutionen im Angesicht des Anthropozäns ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden.

Zusammenfassend zeigt sich also der Versuch einer adäquaten Wahrnehmung der Probleme ohne Verkürzung der Komplexität und der Schwierigkeiten ihrer Behandlung. Der Zwang, auf Vorstellungen technischer Machbarkeit und sogar den Menschen als autonomes Subjekt der Geschichte verzichten zu müssen, führt zur Suche nach indirekten Einflussmöglichkeiten. Im Fokus stehen dafür die Kritik bestehender Narrative und ihre Konfrontation mit christlichen Alternativen. Wie beim Begriff „Anthropozän“, so nimmt auch hier die Betonung der notwendigen Offenheit dieser Suchprozesse eine zentrale Stellung ein.

Diese Offenheit schlägt sich im Band selbst insofern nieder, als die vielen unterschiedlichen Ansatzpunkte und Perspektiven auf Problem und Umgangsweisen ohne echte Verknüpfung bleiben. Sie geben ein reiches Bild davon, wie vielfältig das Bemühen um ein *gutes* Leben im Anthropozän aussehen kann und wie offen für Korrektur und Weitung jede einzelne darauf geworfene Perspektive sein muss. Gerade daraus ergibt sich jedoch eine Schwachstelle: Durch das weitgehende Ausbleiben interner Bezugnahmen und das Fehlen bündelnder Zusammenfassungen wurde Potential verschenkt, aufgeworfene Fragen weiter zuspitzen und Synthesen aufzeigen zu können. Beispiele dafür sind zum einen der von *Horn* vorgebrachte Einwand, der Begriff „Anthropozän“ sei mit Blick auf die Verantwortlichkeiten zu pauschal und daher besser durch „Kapitalozän“ zu ersetzen (67). Zum anderen übt sie fundamentale Kritik am Begriff „Nachhaltigkeit“, der ein fatales „immer so weiter“ impliziere (68). Gerade weil die Kritikpunkte hier durchaus begründet sind, andere Autor*innen sich den daraus zu ziehenden Konsequenzen, die Begriffe zu meiden, aber offenbar nicht angeschlossen haben, bleibt die Diskussion dieser Streit-

fragen den Leser*innen selbst überlassen. Das kann einerseits anregend und insofern positiv sein. Andererseits erfordert es mangels interner Querverweise ausführliche Lektüre und Suche, um solche unverbundenen Fäden überhaupt erst auffindig zu machen.

Die Zeit, die vielen Anregungen und Perspektiven zusammenzubringen, wird aber reichhaltig belohnt. Der Bogen reicht vom aktuellen Stand der naturwissenschaftlichen Lageeinschätzung bis in die Höhen von kosmischer Christologie (Herms; Beringer), Schöpfungstheo-

logie (Vogt; Rosenberger) und „transformativer Spiritualität“ (Stierle; Gütter). Er zeichnet somit ein umfassendes Bild des spezifisch christlichen Potentials, zu einer „Kultur der Nachhaltigkeit“ für ein gutes „Leben im Anthropozän“ beizutragen.
Ivo Frankenreiter, München

Ökokatholizismus

Julia Blanc: *Ökokatholizismus. Sozialethische Analysen zu ausgewählten Ländern und Institutionen in Europa*, Marburg: Metropolis-Verlag 2017, 354 S., ISBN 978-3-7316-1248-3 (Beiträge zur sozialethischen Nachhaltigkeitsforschung Bd. 21).

„Ökokatholizismus“ ist eine neue, ungewohnte, überraschende Wortbildung, die manch einem als *contradictio in adiecto*, als hölzernes Eisen, erscheinen könnte. Schon vor über einem halben Jahrhundert hat der US-amerikanische Mediävist Lynn Townsend White behauptet, das Christentum mit seiner Berufung auf die menschliche Gottebenbildlichkeit und Gottes Befehl an den Menschen, sich die Erde zu unterwerfen, sei hauptverantwortlich für die Naturzerstörung im Industriezeitalter. Einige Jahre später haben Carl Amery und Eugen Drewermann der *Dominium terrae*-Lehre und einem daraus abgeleiteten despotischen Anthropozentrismus die Hauptschuld für die ökologische Krise zugewiesen. Ein Buchtitel wie „Ökokatholizismus“ wirft Fragen auf: Ist das Christentum im Allgemeinen, der Katholizismus im Besonderen, doch nicht ganz so naturvergessen, wie manche meinen? Welche konkrete Erklärungen und Initiativen, die Schöpfung zu bewahren, gibt es in der katholischen Kirche? Andere werden vielleicht skeptisch fragen: Handelt es sich bei dem hier vorliegenden Werk vielleicht primär um eine gut konstruierte, aber wenig substantielle Apologie des Katholizismus, gleichsam um ein katholisches „Greenwashing“? Die Neugierde ist geweckt, und das ist sehr gut so.



Das vorliegende Buch basiert auf der von Julia Blanc an der Universität München verfassten theologischen Dissertation. Für die Drucklegung hat die Autorin den Text um einige Informationen zur zwischenzeitlich erschienenen Umweltzyklika *Laudato si'* ergänzt. Das Werk ist in zwei Hauptteile gegliedert: Der erste stellt die theologisch-ethischen Grundlagen vor, von denen es wiederum zwei gibt: die Öffentliche Theologie, die Blanc der protestantischen Theologie zuordnet, und das Sozialprinzip der Subsidiarität, das aus der katholischen Soziallehre stammt. Im zweiten Hauptteil wird die beschriebene Methode auf drei *Case Studies* angewandt: auf relevante Veröffentlichungen der Deutschen Bischofskonferenz, auf das Umweltengagement von Pax Christi Frankreich und auf die Aktivitäten eines an der Universität Uzghorod in der

Ukraine angesiedelten Umweltinformationszentrums, an dem die römisch-katholische Kirche prominent beteiligt ist. Zwischen den beiden Hauptteilen des Buches werden die Ergebnisse der im Jahre 2007 veröffentlichten Umfrage des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) referiert. Dieser erhob, was die Mitglieder des Rates bzw. die Kirchen in den jeweiligen Ländern im Bereich von Umweltschutz, Schöpfungsbewahrung und Nachhaltigkeit tun. Am Ergebnis der Umfrage bemängelt Blanc zwar, dass die nationalen Kirchen die Weiterbildung der älteren Gläubigen im Umweltbereich zugunsten einer (zu) einseitigen Konzentration auf die Kinder- und Jugendarbeit vernachlässigten, insgesamt schätzt sie die Situation jedoch durchaus positiv ein: „Viele Stellungnahmen der verschiedenen Bischofskonferenzen zeigen, wie weit ökologisches Gedankengut bereits in einzelnen Gesellschaftsgruppen verortet und beheimatet ist.“ (165) Sie plädiert dafür, diesen Umstand zu nutzen und weiter auszubauen.

Blancs Buch enthält eine Überfülle an Informationen, stellt gekonnt Querverbindungen zwischen Öffentlicher Theologie, Politischer Theologie und Subsidiarität her, gibt die Debatten um ein angemessenes Verständnis des Subsidiaritätsprinzips detailliert wieder, fordert konsequent die Anwendung von Subsidiarität auf die Kirche selbst und auf ihr pastorales Handeln. Blanc weist auf die Unterscheidung zwischen „vertikaler“ und „horizontaler“ Subsidiarität hin. Sie rezipiert die im deutschsprachigen Raum von Heinrich Bedford-Strohm entworfene Öffentliche Theologie und deren Leitlinien Traditionskohärenz, Zwei-



sprachigkeit (biblische Begründung und Vernunftbegründung), Interdisziplinarität, kritisch-konstruktive Einflussnahme auf die Politik und Globalität. Blanc fügt das Prinzip der Subsidiarität als ergänzendes Kriterium hinzu. Die doppelte Ausrichtung der Öffentlichen Theologie, einerseits wissenschaftlich, andererseits gesellschaftsprägend, wird von Blanc in ihrer Arbeit in diversen Kontexten angewendet und reflektiert. Mit Akribie wird zudem das Umweltengagement diverser kirchlicher Einrichtungen in drei staatskirchenrechtlich unterschiedlich organisierten Ländern, nämlich Deutschland, Frankreich und der Ukraine, untersucht. Auf diesem Hintergrund werden Umwelt und Umweltschutz abschließend als Chance für die Kirche begriffen: „Nach dem Vorbild der Rolle, welche die Kirche bei der Verankerung sozialer Ver-

antwortung im deutschen, aber auch im europäischen Markt hatte, sollte dieses Potential nun genutzt werden, um ökologische Verantwortung als Markenzeichen zu etablieren.“ (320)

Da ist selbstverständlich etwas Wahres dran. Dennoch kann ich dem nicht vorbehaltlos zustimmen. Weder im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Gleichheit noch im Bereich der Ökologie hatte und hat die katholische Kirche eine Vorreiterrolle inne. Zudem sollte die Frage, ob die ökologische Krise eine Chance für die kirchliche Pastoral sein könnte, zurücktreten vor der Frage, ob Umweltverhalten und Lebensstil heute lebender Katholikinnen und Katholiken so sind, dass zukünftigen Generationen eine Chance haben, einigermaßen gut zu leben oder einfach nur zu überleben.

Wahrscheinlich wäre Blancs Abhandlung zum „Ökokatholizismus“ noch attraktiver ausgefallen, hätte sie ihre Dissertation (vor allem die zahlreichen überlangen Anmerkungen!) für die Veröffentlichung ein wenig gestrafft, verschlankt und auf zentrale Punkte fokussiert. Noch etwas: Die Frage nach dem menschlichen Umgang mit den nicht-menschlichen Tieren hätte zumindest am Rande thematisiert werden sollen. In Blancs Buch wird zwar Biodiversität im Zusammenhang mit Pax Christi Frankreich kurz behandelt, Wohl und Würde schmerzsensibler Tiere jedoch finden in dieser Abhandlung über die christliche Schöpfungsverantwortung keine Erwähnung. Oder habe ich angesichts der Faktenfülle etwas übersehen?

Kurt Remele, Graz

Wandel als Chance oder Katastrophe

Markus Vogt: Wandel als Chance oder Katastrophe, München: Komplett-Media, 2018, 96 S., ISBN 978-8312-0481-6.

Dieser schmale Band in Form eines Essays behandelt die Frage, wie gravierende Veränderungsprozesse auf das Bewusstsein der Menschen wirken. Ausgangspunkt ist dabei die Gegenwartsdiagnose einer „großen Transformation“, die die erste moderne Transformation der menschlichen Gesellschaft, nämlich die breite Nutzung fossiler Energien wie Kohle, Öl und Gas seit Einführung der Dampfmaschine, ablösen soll. Vogt weist auf vielfältige Veränderungsprozesse auf unterschiedlichen Gebieten hin (Politik, Ökologie, Wirtschaft, Gesellschaft). Dabei wird die Möglichkeit ein breites Katastrophenspektrum (biblisch konnotiert: die Apokalypse) aufgezeigt, indem Krisenszenarien des Anthropozän beschrieben werden. Vogt möchte jedoch gegen den verbreiteten Pessimismus einen christlich motivierten „aufgeklärten Optimismus“ stellen.



In einem weiteren Abschnitt greift Vogt den neuerdings in Mode gekommenen Begriff der „Resilienz“ auf, der die Robustheit und Elastizität von Anpassungsleistungen angesichts von Stress und Veränderungen beschreibt. Resilienz hat eine theologische Dimension, weil im

christlichen Glauben auch der Umgang und die Bewältigung mit Leiden, Negativerfahrungen etc. eine Bedeutung haben. Zielsetzung des Essays ist der letzte Teil: die Entfaltung einer Transformationsethik. Ausgangspunkt ist dabei der christliche Glaube, der im Sinne der Metz'schen politischen Theologie als gesellschaftsveränderndes Potential gedeutet wird. Zur Bewältigung der Probleme fordert Vogt ein gesellschaftliches Engagement der Wissenschaftler, angesichts der hohen Komplexität und weitläufigen Zusammenhänge eine gewisse Risikobereitschaft beim Handeln und eine Klugheit im Umgang mit Katastrophen. Erforderlich sei eine Ethik der Solidarität mit den Opfern von Katastrophen.

An den Essay ist die Frage zu stellen, ob die Ausgangsdiagnosen nicht zu einseitig sind, weil sich z.B. beim Anstieg der Arbeitsproduktivität und des Wirtschaftswachstums – im Gegensatz zur Diskussion über „Digitalisierung“ – keine Beschleunigung, sondern sinkende Raten feststellen lassen. Viele Zukunftsprognosen der Vergangenheit wie die



von Ulrich Beck über das Ende der Erwerbsarbeit oder von Meadows (1972) über einen Wachstumszusammenbruch wegen Rohstoffmangel waren zu pessimistisch; sie haben z.B. das Fracking

oder die Erschließung neuer Arbeitsfelder nicht vorausgesehen. Eine Auseinandersetzung mit solchen Irrtümern pessimistischer Zukunftsprognosen hätte der sympathischen Grundbotschaft, nicht in

Ängsten zu erlahmen, sondern Wandel als Chance zur Gestaltung anzunehmen, noch mehr Substanz verleihen können.

Joachim Wiemeyer, Bochum



Stadtentwicklung, soziale Ungleichheit und Raumgerechtigkeit

Bernhard Emunds, Claudia Czingon und Michael Wolff (Hg.): *Stadtluft macht reich/arm. Stadtentwicklung, soziale Ungleichheit und Raumgerechtigkeit, Jahrbuch „Die Wirtschaft der Gesellschaft“, Band 4* (hgg. von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft und vom Oswald von Nell-Breuning Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik der Phil.-Theol. Hochschule Sankt Georgen), Marburg: Metropolis-Verlag 2018, 382 S., ISBN 978-3-7316-1299-5.

Der vierte Band des Jahrbuchs „Die Wirtschaft der Gesellschaft“, herausgegeben von Bernhard Emunds, Claudia Czingon und Michael Wolff, widmet sich sozialräumlichen Ungleichheiten als Herausforderung für die Entwicklung von Städten und Regionen. Durch den Titel „Stadtluft macht reich/arm“ wird bereits deutlich, dass die Herausgeber*innen und Autor*innen davon ausgehen, dass die Entwicklung von Städten und Regionen mit sozialen Ungleichheiten verbunden ist, die sich räumlich konzentrieren und die gleichzeitig (wiederum) neue Ungleichheiten hervorrufen können. Oder anders ausgedrückt: Soziale Ungleichheiten und unterschiedliche Entwicklungspfade in bzw. von Städten und Regionen beeinflussen sich gegenseitig: Die „sozialen Ungleichheiten [werden] durch die zunehmend disparaten Entwicklungen der Räume verändert. Ihrerseits beeinflussen die Ungleichheiten aber auch die Art und Weise, wie sich Orte und Regionen entwickeln“ (S. 11).

Dafür werden in dem Sammelband vier zentrale Bereiche betrachtet, die den Herausgeber*innen mit Blick auf die Zukunft der Städte und ländlicher Räume als besonders relevant erscheinen:



(1) der Mangel an bezahlbarem, bedarfsgerechtem Wohnraum in prosperierenden Städten, (2) der ungleiche Zugang zu Wohnlagen und die damit verbundene Segregation städtischer Wohnviertel, (3) Unterschiede im Zugang der Bewohner*innen zu kommunalen öffentlichen Gütern (z. B. ungleicher Zugang zu öffentlichen Räumen oder zur kommunalen Infrastruktur) sowie (4) die Polarisierung zwischen prosperierenden Städten einerseits und abgehängten, peripheren Regionen andererseits, die das Prinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse in peripheren Regionen in Frage stellen und zu sozialräumlichen Ungleichheiten beitragen.

Beindruckend ist hierbei, wie umsichtig und gleichzeitig pointiert es die Herausgeber*innen geschafft haben, soziale Ungleichheiten auf verschiedenen räumlichen Ebenen (z. B. innerhalb einer Stadt, zwischen urbanen Zentren und

ländlichen Regionen) zu betrachten und verschiedene disziplinäre Sichtweisen (u. a. Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Geographie, Stadtplanung sowie Ethik/Philosophie) zusammenzuführen. Dadurch gelingt es dem Sammelband, einen spannenden „Bogen“ zwischen den einzelnen Beiträgen zu bilden und zum Weiterdenken (auch über die eigenen disziplinären Grenzen hinaus) anzuregen. Die Struktur des Sammelbandes, inklusive des sehr guten und übersichtlichen *Einführungsbeitrags* von Bernhard Emunds, Claudia Czingon und Michael Wolff, ermöglicht ein zielgerichtetes Lesen, da die vielfältigen Zugänge zum Thema der sozialräumlichen Ungleichheiten sehr gut abgebildet werden. Gleichzeitig finden sich die vier Argumentationsstränge (siehe oben) sowie die unterschiedlichen räumlichen Ebenen in allen Teilen explizit wieder, so dass die Diskussionen über sozialräumliche Ungleichheiten immer „dichter“ werden.

Im ersten Teil des Sammelbandes („Prozesse der Stadtentwicklung – Analysen und Kritik“) werden – u. a. aus soziologischer, (stadt-)geographischer und immobilienwirtschaftlicher Perspektive – zunächst verschiedene Ursachen für die Entstehung sozialräumlicher Ungleichheiten analysiert und kritisch betrachtet. Nach einem historischem Rückblick über soziale Ungleichheiten in Städten (*Beitrag* von Friedrich Lenger) liegt der Fokus auf Segregation und Integration und deren Auswirkungen auf soziale Ungleichheit in Städten (*siehe Beiträge* von Sebastian Schipper und Michael Parzer), bevor in einem anschließenden Schritt die Verschiebungen in den städtischen Eigentumsverhältnissen hin zu Finanzinvestoren und deren Auswirkungen auf

das soziale Gefüge in Städten vorgestellt werden (*Beiträge von Susanne Heeg und Stefan Kofner*). Abgerundet wird der erste, sehr informative und lesenswerte Teil durch den *Beitrag von Manfred Kühn*, der sich nicht mit innerstädtischen sozialen Ungleichheiten beschäftigt, sondern sich auf das Verhältnis zwischen prosperierenden und stagnierenden oder schrumpfenden Städten und Regionen konzentriert.

Im zweiten Teil des Sammelbandes („Raumgerechtigkeit“) geht es um die ethische Reflexion raumbezogener Gerechtigkeitsfragen. Dies ist aus meiner Sicht ein absoluter Mehrwert des Sammelbandes, da diese Perspektive – zumindest in raum- und planungswissenschaftlichen Diskursen – oftmals eher nachrangig betrachtet wird. *Matthias Möhring-Hesse* diskutiert in seinem Beitrag unterschiedliche Gerechtigkeitsansprüche an Städte, bevor *Thorsten Meireis* den Zugang zu und die Nutzung von öffentlichen Räumen aus ethischer Sicht reflektiert. Während die beiden Beiträge sich mit Ungerechtigkeiten des städtischen Raumes beschäftigen, konzentriert sich *Martin Schneider* in seinem Beitrag auf den gerechtigkeits-theoretischen Diskurs über räumliche Ungleichheiten zwischen Städten und ländlichen Räumen. Insgesamt gelingt es den Herausgeber*innen mit der Ausrichtung dieser drei Beiträge, die im ersten Teil des Sammelbandes identifizierten Phänomene und Ursachen sozialräumlicher Ungleichheiten aus ethischer Sicht zu reflektieren sowie neue Denkanstöße für die Entwicklung von Handlungsstrategien und Lösungsmöglichkeiten zu geben.

Um diese „Handlungsperspektiven“ geht es im dritten Teil des Sammelbandes. Die Skizzierung von Handlungsansätzen und Lösungsstrategien ist den Herausgeber*innen ein besonderes Anliegen. Aus ihrer Sicht handelt es sich bei der Entstehung sozialräumlicher Ungleichheiten „um Prozesse, die weder unaufhaltbar noch alternativlos sind. Wie sich der Wohnraumangel und der damit verbundene Anstieg der Wohnkosten, die Segregation städtischer Wohnviertel, die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit öffentlicher Güter sowie die regio-


nenal Polarisationstendenzen in Zukunft weiterentwickeln werden, ist vor allem eine Frage des politischen Willens [...]“ (S. 24) und der Entwicklung geeigneter Handlungsansätze. Diese greifen die Argumentationslinien der ersten beiden Teile des Sammelbandes wieder auf, in dem sie fiskalische Ansätze einer Bodensteuerreform entwickeln (*Beitrag von Matthias Kalkuhl, Ottmar Edenhofer und Jonas Hagedorn*), die Potenziale von Urban Gardening für die Teilhabe verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bei der Gestaltung von Raum und öffentlichen Gütern skizzieren (*Beitrag von Runrid Fox-Kämper*) oder auch die Rückbesinnung auf gemeinnützige Wohnungswirtschaft und den (konsequenten) Einsatz stadtplanerischer Instrumente als wesentliche Schritte zu mehr Verteilungsgerechtigkeit beim Wohnraum anregen (*Beitrag von Philipp Feldmann, Martin Wentz, Conny Petzold und Nils Bremer*). Darüber hinaus wird hier auch skizziert, wie einzelne Akteursgruppen – z. B. zivilgesellschaftliche Bündnisse (*Beitrag von Berthold Vogel*), migrantische Unternehmer*innen (*Beitrag von Felicitas Hillmann*) oder auch Kirchen und kirchliche Organisationen (*Beitrag von Petra Potz und Carola Scholz*) – zu einer sozialgerechten bzw. gemeinwesenorientierten Stadtentwicklung beitragen können.

Insgesamt gelingt es den Herausgeber*innen aus meiner Sicht sehr gut, in dem Sammelband verschiedene disziplinäre Ansätze zusammenzubringen und die Debatte über sozialräumliche Ungleichheiten konstruktiv voranzubringen. Die Dreiteilung des Sammelbandes ist dabei sehr gelungen, obwohl viele analytische Beiträge auch konzeptionelle Ansätze enthalten und umgekehrt, so dass eine eindeutige Zuordnung nicht immer gegeben ist. Insgesamt schaffen es die Herausgeber*innen mit der Struktur und der überzeugenden Einleitung aber, die inhaltlichen Bezüge und Querverbindungen zwischen den einzelnen Beiträgen sehr gut herauszustellen und den Diskurs über sozialräumliche Ungleichheiten zu vertiefen.

Verwunderlich ist lediglich, dass Stadtplanung als Disziplin relativ wenig Spielraum bei der Debatte zu Stadtentwicklung, sozialer Ungleichheit und Raumgerechtigkeit eingeräumt wird. An einzelnen Stellen wird zwar immer wieder die Rolle der Planung (z. B. Eingrenzung sozialräumlicher Ungleichheiten durch stadtplanerische Instrumente) betont, ein ausführlicher Diskurs über konkrete stadtplanerische Ansätze (und deren ethischer Reflexion) fehlt in dem Sammelband aber – leider – weitestgehend. Darüber hinaus wäre auch ein abschließendes, zusammenfassendes Kapitel wünschenswert gewesen, um die unterschiedlichen Perspektiven, Interpretationen und Auswirkungen der einzelnen Beiträge noch einmal grundsätzlich zu reflektieren. Aber auch ohne dieses Kapitel handelt es sich bei der vorliegenden Publikation um ein absolut lesenswertes und inspirierendes Buch, das zu einer konstruktiven interdisziplinären Debatte über sozialräumliche Ungleichheiten einlädt (S. 6).

Frank Othengrafen, Hannover



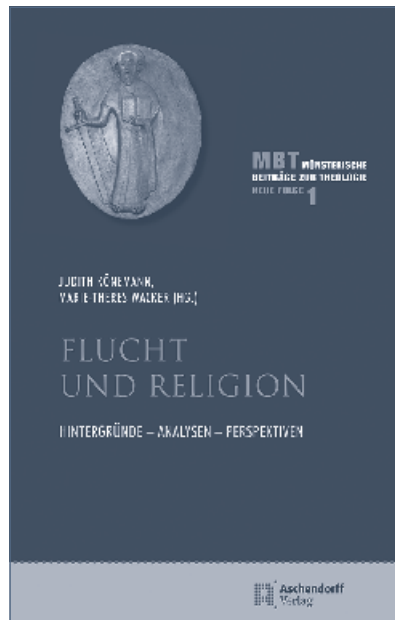
 *Flucht und Religion*

Judith Könemann, Marie-Theres Wacker (Hg.), *Flucht und Religion. Hintergründe – Analysen – Perspektiven*, Münster: Aschendorff 2018, 246 S., ISBN 978-3-402-12310-2.

Flucht und Migration führen zu prekären sozialen Lagen und sind deshalb seit jeher ein Thema christlicher Theologie und Ethik. Seit den Flüchtlingswellen im Zuge des Syrienkrieges drängen sie sich in besonderer Schärfe auf die Agenda der sozialetischen Debatte, insbesondere aus zwei Gründen: Einerseits waren die Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 besonders hoch. Andererseits traf die Fluchtbewegung auf ein Europa, dessen Länder aufgrund der je eigenen Historie auf sehr unterschiedliche Weise mit dem Phänomen umzugehen in der Lage waren und sind. Dass das Christentum als kultureller Wurzelgrund europäischer Identität benannt werden kann, fordert die Theologie zu einer gründlichen Stellungnahme angesichts der aktuellen Lage heraus.

Dies ist der Hintergrund des Bandes „Flucht und Religion“, der auf eine Ringvorlesung der Münsteraner Katholisch-Theologischen Fakultät im Jahr 2016/17 zurückgeht. Der Anspruch lautet, eine grundständige Orientierung der christlichen Theologie zum Thema „Flucht“ zu skizzieren – und dies auf der Basis der historischen, politischen und rechtlichen Kontexte, auf die Theologie reagieren muss, wenn ihre grundsätzlichen Aussagen auch konkret relevant sein sollen.

Im ersten Teil des Buches geht es um diese Kontexte: Es werden die Situation in Syrien (*Kenan Engin*), die Hintergründe für Flucht und Migration aus afrikanischen Ländern generell (*Wolfgang Schoencke*) sowie die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion (*Olga Gulina*) aus einer vor allem politikwissenschaftlichen Perspektive beleuchtet. Zwei Beiträge (*Sabine Riedel*, *Fabian Wittreck*) erklären den rechtlichen Rahmen, ein Interview mit dem Münsteraner Priester und stellvertretenden Generalvikar *Joachen Reidegeld* wirft ein Licht auf die Si-



tuation der Jesiden, mit denen der Interviewte innerhalb einer Hilfsinitiative zu tun hat. Der zweite Teil des Bandes geht unter dem Titel „Religion als ‚Ressource‘“ nun theologisch vor. Hier kommt neben der muslimisch-theologischen Stimme (*Amir Dziri*) eine christlich-alttestamentliche (*Johannes Schnocks*) zu Wort. Beide erläutern, weshalb von den normativen heiligen Texten der jeweiligen Religion eine Auseinandersetzung mit der Thematik und auch eine bestimmte, von Empathie und Sorge getragene Perspektive angemessen erscheint. *Heinz-Günter Stobbes* Überlegungen zum Verhältnis von Menschenwürde und Menschenrechten folgen die zwei eigentlich sozialetischen Beiträge des Bandes: *Marianne Heimbach-Steins* entwirft „Konstrukturen einer Ethik globaler Migration“, während sich *Walter Lesch* kritisch mit der Annahme auseinandersetzt, Religion sei in jedem Fall als eine Ressource für Einwanderung und Integration zu bezeichnen. *Judith Könemann* und *Clauß Peter Sajak* schließen den Band ab. Ihr Fokus liegt auf der Frage, ob und wie interreligiöse und interkulturelle Bildung ein Beitrag zum gelingenden gesellschaftlichen Miteinander sein können.

Die Publikation kommt zur rechten Zeit: Nicht nur legen Vertreter einer rechtspopulistischen und identitären „Politik des christlichen Abendlandes“ eine ganz bestimmte Lesart des sogenannten christlichen Europas nahe. Es gibt auch irrlichternde Stimmen innerhalb der christlichen Theologie, die solchen Intuitionen zu folgen bereit sind. Die vorliegende Publikation hingegen verfolgt einen breiten Ansatz, der allein der Thematik gerecht wird. Die im zweiten Teil entwickelten theologischen Perspektiven entfalten ihre Plausibilität überhaupt erst, weil die politisch-soziale Realität zuvor in ihrer ganzen Vieldeutigkeit, Konflikt- und Kompromisshaftigkeit dargelegt wurde. Es wird damit auch ein bestimmtes Verständnis dessen vorgelegt, was Theologie leisten kann und soll: Sie ist nicht dazu da, angesichts bestimmter Ambivalenzen der Wirklichkeit neue Eindeutigkeiten zu behaupten, zu denen sie nur kommen kann, wenn sie an der Wirklichkeit vorbei Position bezieht. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, innerhalb der realen Lage ein stets kompromissbehaftetes Orientieren zu ermöglichen. Eine solche Rolle theologischer Reflexion am aktuellen Thema entlang vorzuführen, ist das große Verdienst des Bandes.

Er hilft, über manch Unverfügbares hinwegzusehen: Man hätte sich eine viel systematischere Auseinandersetzung mit der wichtigen Unterscheidung von „Flucht“ und „Migration“ gewünscht, ebenso eine Diskussion darüber, wie der im deutschen Verfassungsrecht gewährte Anspruch auf „politisches Asyl“ vom sachlichen Gehalt zu verstehen ist und wie er innerhalb der politischen Diskussion berücksichtigt wird. Die Beiträge zur Flucht aus Syrien und der Migration aus Afrika – ein ganzer Kontinent als viel zu großer Referenzpunkt! – fallen stark auseinander: hier die zeitlich-räumliche Mikroanalyse, dort der grobkörnige Pauschalblick. Auch das Nebeneinander von syrischer, afrikanischer und sowjetischer Migrationssituation hätte eine vergleichende und analysierende Zusammen-

schau verdient, die leider ausbleibt. Das Interview zur Lage der Jesiden ist zweifelsohne eine lebendige Bereicherung der Lektüre, steht aber etwas uneingebunden inmitten des Buches. Das gilt auch für den Beitrag zu Menschenrechten und Menschenwürde. Hier fehlt der Bezug zum Titelstichwort „Flucht“ beinahe vollständig. Hier und anderswo macht sich bemerkbar, dass im mündlichen Genre mit

der Möglichkeit zu Austausch und Rückfragen machbar ist, was in schriftlicher Form aufstößt.

Entschädigt werden Leserin und Leser aber durch viele hervorstechende „Einzelleistungen“: Ob es die anspruchsvolle bibeltheologische Reflexion von Johannes Schnocks ist, die rechtlich luziden und auch für den juristischen Laien verfangenden Einordnungen eines Fabian

Wittreck oder die klugen sozialetischen Anfragen an die Instrumentalisierung einer vermeintlichen „Ressource“ Religion von Walter Lesch – diese und andere Beiträge machen den Band lesenswert und zur Fundgrube für aktuelle gesellschaftlich-politische Debatten.

Daniel Bogner, Fribourg

Migration ein Bild geben

Christoph Rass, Melanie Ulz (Hrsg.): Migration ein Bild geben. Visuelle Aushandlungen von Diversität (Reihe: Migrationsgesellschaften), Wiesbaden: Springer VS 2018, 454 S., ISBN 978-3-658-10441-2

Migration produziert Bilder und wird – zumal in der politischen und (massen) medialen Darstellung – durch verschiedenste politische und gesellschaftliche Akteure einschließlich der Migrierenden selbst über Fotografien oder Videos kommentiert.

Es ist also Zeit, dass auch die Migrationsforschung visuelle Repräsentationen von Migration wortwörtlich in den Blick nimmt. Eine erste umfangreiche, primär auf den deutschsprachigen Raum gerichtete Diskussion der im Kontext von Migration verwendeten Bilder bietet der vorliegende Band. In 16 Beiträgen analysieren Autoren unterschiedlicher sozial- und geisteswissenschaftlicher Disziplinen visuelle Repräsentationen von Migrationen aus Gegenwart und jüngerer Vergangenheit. Vorangestellt ist dem Band eine Einleitung der Herausgebenden, in der der Bogen der versammelten Themen aufgespannt sowie die einzelnen Beiträge kurz vorgestellt werden.

Innerhalb des bundesrepublikanischen Kontexts befassen sich zwei Beiträge mit visuellen Darstellungen von Gastarbeitern seit den 1950er Jahren. Im Beitrag „Armando Rodrigues de Sá revisited“ widmen sich die beiden Herausgeber der Frage, wie das Foto des Portugiesen



Armando Rodrigues de Sá, der als einmillionster Gastarbeiter bei seiner Ankunft im Bahnhof Köln-Deutz ein Mokick geschenkt bekam, seine Schlüsselrolle erhielt. Die Autoren arbeiten heraus, dass sich das Bild zwar in einen historischen Kontext einfügt, dessen enge Konturen jedoch überschreitet. Zunehmend verschwimmen und überlagern sich biografische Details de Sás zugunsten der Repräsentation von Gastarbeit in den Anfangsjahren der Bundesrepublik. Das Bild übernimmt so eine Art Stellvertreterfunktion für Situationen, von denen keine Abbildung existiert.

Der Beitrag „Fotografische Ihr-Bildungen“ von Burcu Dogramaci befasst sich ebenfalls mit der visuellen Darstel-

lung von Gastarbeitern und hier insbesondere türkischer Arbeitnehmer, die infolge des Anwerbeabkommens von 1961 nach Deutschland kamen. Der Artikel befasst sich differenziert mit Fotografien, die in verschiedenen Medien wie Zeitungen oder Schulbüchern verwendet werden. Die Autorin zeigt, dass wiederkehrende Motive genutzt werden, um zunächst Ankunft (Koffer, Bahnhöfe, Ausweisdokumente) und später Fremdheit trotz räumlicher Nähe (exotische Kleidung, Religiosität) zu verdeutlichen. Sie betont aber auch, dass trotz aller Abgrenzung, die aus den Bildern spricht, eine neue gesellschaftliche Realität gezeigt wird, die zu Reaktionen und Handeln auffordert.

Weiterhin befassen sich mehrere Beiträge mit der Frage, wie Migration und Diversität im Schul- und Hochschulsowie im Museumskontext vermittelt werden. Der Aufsatz „Fotografien von ‚Flucht und Vertreibung‘ in deutschen Geschichtsschulbüchern“ von Stephan Scholz widmet sich der Zwangsmigration Deutscher aus Osteuropa in der Endphase des Zweiten Weltkriegs. Zu diesem speziellen Thema werden, so die Auswertung des Autors, vor allem Bilder genutzt, die im Kontext nationalsozialistischer Propaganda entstanden sind und teils auch auf falschen Zuschreibungen basieren. Der Beitrag „Das Boot ist voll“ von Alexandra Budke und Andreas Hoogen untersucht die Illustration illegaler maritimer Migration in Geographieschulbüchern. Gegenüber dem Beitrag von Scholz

gewinnt diese Untersuchung durch Interviews mit Schülern und Autoren der Schulbücher, in denen die (gewünschte) Wirkung der verwendeten Bilder reflektiert wird. Budke und Hoogen belegen, dass die bewusst ausgewählten, teils plakativen Bilder überfüllter Boote starke Assoziationen der Schüler hervorrufen und bei ihnen u. a. eine Vorstellung defizitärer Herkunfts- und sehr positiv besetzter Zielländer evozieren. Nicht zu Unrecht formulieren die Autoren daher die Notwendigkeit, gerade im schulischen Kontext solche Bilder nicht unreflektiert zu verwenden. Der Artikel „Bilder und Bildordnungen von Studierenden im Themenfeld Migration und Interkulturalität“ von Hans-Joachim Roth ergänzt diese Erörterungen, indem er der Frage der Bebilderung interkultureller Bildung in der Didaktik und Lehrerbildung nachgeht. Leider stützt sich der Beitrag auf die sehr spezifische, an Studierende gerichtete Arbeitsaufgabe der Erstellung von Emblemata, d. h. Bild-Text-Kollagen, die sich mit Interkulturalität auseinandersetzen, und kann daher nur wenige allgemeine Aussagen treffen.

Der Beitrag „Transversale After-Effects“ von Natalie Bayer wirft dagegen einen differenzierten und erhellenden Blick auf die Darstellung von Migration in deutschen Museen und hier insbesondere historischen oder regionalen Museen. Bayer zeichnet nach, wie Migration zu einem in Ausstellungen aufgegriffenen Thema wurde, lange aber durch die Darstellung der Nation und ihrer „Mitgliedsordnung“ bestimmt blieb. Zugleich, so betont sie, geht mit der zunehmenden Berücksichtigung von Migration in den Ausstellungskonzepten keine Repräsentation von Migranten in der Museumsadministration einher. Bayer formuliert nicht zuletzt deswegen einen Appell, der zumindest teilweise auf Schulen und Hochschulen übertragen werden kann: nämlich das Museum zu einem Ort zu machen, an dem Gesellschaftskritik zu politischem Handeln führt.

Im Bildungskontext bewegt sich auch der erste von zwei Beiträgen, die sich mit Darstellungen von Migration im Nach-

richtenmagazin *Der Spiegel* befassen. Unter dem Titel „Das Wunder von Neukölln“ zeichnet die Autorin Patricia Stoši nach, wie sich die mediale Berichterstattung über die Berliner Rütli-Schule von einer Institution, die an nicht-integrierbaren Jugendlichen mit Migrationshintergrund in ihrem Bildungsauftrag scheitert, zu einer Musterschule für Integration wandelt. Stoši belegt dies durch Analysen der verwendeten Fotografien und weist nach, wie Bilder den Tenor eines journalistischen Texts verstärken können.

Ein weiterer Beitrag befasst sich ebenfalls mit der Darstellung von Einwanderung im *Spiegel*. In dem „Weiße Gemeinschaft und Schwarze ‚Gifthändler‘“ betitelten Aufsatz zeichnet Katrin Hunsicker nach, wie in einer Serie von Artikeln der 1980er und 1990er Jahre und dazugehörigem Bildmaterial Schwarze als in deutschen Großstädten tätige Drogendealer dargestellt werden, die die deutsche Gesellschaft „vergiften“ wollen. Obwohl Hunsicker als Leitfrage formuliert, „welche Identitätskonstruktionen der so genannten ‚Anderen‘“ vorgenommen werden, ist ihre Erörterung früh durch die von ihr formulierte These geprägt, wonach die *Spiegel*-Journalisten die „Vergiftung der deutschen Gesellschaft“ und hier nur vordergründig die durch Drogen beschreiben. Obwohl belegt, erscheint diese These daher bisweilen sehr stark. Eine Differenzierung, zum Beispiel durch den Hinweis auf einen späteren Wandel in der Berichterstattung, wäre daher wünschenswert gewesen.

Drei, im Band aufeinanderfolgende Beiträge befassen sich mit Darstellungen von Migration in der Schweiz. Sowohl Claudio Scarvaglieris Artikel „Das Fremde in der Linguistic Landscape“, der sich Aussagen zu Einwanderung auf Plakaten der Schweizer Volkspartei widmet, als auch der von Jeannine Wintzer und Sophie Hirsig verfasste Aufsatz „Migration als ‚Masseneinwanderung‘, der eine Bildanalyse der Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ zum Inhalt hat, stellen eine Zunahme politischer Kampagnen mit xenophoben Inhalten fest. Dass dies

einem längerfristigen Trend entspricht, zeigt Christelle Maire in „We Are the Other Half“. Sie wertet darin Kampagnen von Akteuren, die den xenophoben Tendenzen begegnen möchten, seit den 1970er Jahren aus.

Von den Artikeln, die sich explizit nicht dem deutschen oder schweizerischen gesellschaftlichen Kontext widmen, seien zwei hervorgehoben.

Ewelina Chwiejda zeigt in ihrem Beitrag „(Re)presenting, Creating, Manipulating“ anhand dreier Bildbeispiele, dass Darstellungen von Migration nicht nur die aufnehmenden Gesellschaften prägen, sondern auch die Migranten und ihr Selbstbild. Das von Chwiejda referenzierte Bildmaterial umfasst ankommende Bootsflüchtlinge auf Lampedusa, das Roma-Schulmädchen Leonarda Dibrani, das mit seinen Eltern ohne Aufenthaltserlaubnis nach Frankreich gekommen war, sowie – weniger explizit und nicht durch Bildbeispiele belegt – Bilder dichtgedrängter menschlicher Körper. Dieses letzte Motiv ist auch insofern wichtig, als Migranten trotz der regelmäßigen Darstellung zahlreicher und teils auch lebloser Körper vielfach anonym und unsichtbar bleiben.

Das Paradox gleichzeitiger Sicht- und Unsichtbarkeit der Migrierenden greift auch Heidrun Friese in ihrem Artikel „Repräsentationen illegalisierter Mobilität“ auf. Ihr Hauptfokus liegt wiederum auf Lampedusa, das ihr „als Symbol für undokumentierte Migration im Mittelmeer“ gilt. Als eine der wenigen Autoren des Bandes betrachtet sie von Migranten erzeugte Bilder in Form der YouTube-Clips der Harragas, die in zwei Varianten auftreten: erstens als Remixes bereits vorhandenen Bild-, Video- und Tonmaterials und zweitens als dokumentarische Clips von Migrierenden, die z. B. den Moment der Grenzüberschreitung oder Navigationstechnik zeigen. Interessant ist, dass auch hier medial bekannte Bildmotive wie Boote, leblos im Wasser treibende Körper oder Gruppen männlicher Reisegefährten auftauchen, diese jedoch eher der Identifikation und – im Fall der doku-



mentarischen Clips – auch der Solidarität und der Ermächtigung dienen.

Der Band bietet insgesamt nicht zuletzt durch die große Vielfalt der Beiträge und der methodischen Zugänge einen gelungen Einstieg in die Thematik visueller Darstellungen von Migration. Zugleich

wird deutlich, dass Bilder nur selten ohne weitere Anmerkungen als unmissverständlich illustrierend herangezogen werden können. In diesem Sinne sei abschließend an einen Aspekt erinnert, den mehrere Beiträge betonen: nämlich, welche großen Interpretations-

spielraum Bilder im Vergleich zu Texten bieten. Es scheint geboten, dass auch Migrationsforscher sich bei dem von ihnen verwendeten Bildmaterial an die damit verbundene Gefahr zu weiter Interpretation erinnern.

Verena Risse, Dortmund

Jüdische Stimmen zur Zukunft Deutschlands und Europas

Walter Homolka, Jonas Fegert, Jo Frank (Hg.): *Weil ich hier leben will. Jüdische Stimmen zur Zukunft Deutschlands und Europas*, Freiburg: Herder 2018, 224 S., ISBN 978-3-451-38287-1.

Naive Leser*innen eines solchen Titels könnten denken, es sei doch schön, ein Buch von Juden zu lesen, über Juden hier und heute in diesem Land. Greta Zelemer ist mit ihren Eltern aus Odessa am Schwarzen Meer nach Deutschland eingewandert. In ihrem Beitrag setzt sie sich für jüdische Erwachsenenbildung ein. Viele der Autor*innen des Bandes hätten eine solche in der Tat mehr als nötig. Sandra Anusiewicz-Baer beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Geschichte jüdischer Schulen vor allem seit 1993, da sich mit dem Zuzug von zehntausenden Juden aus der ehemaligen Sowjetunion deren Anzahl in der Bundesrepublik in ganz kurzer Zeit nahezu verzehnfachte (auf ca. 200.000, auch wenn offiziell nur ca. die Hälfte als Juden anerkannt und Mitglied jüdischer Gemeinden sind, da viele nur väterlicherseits, also nicht halachisch jüdisch sind). Problematisch wird es, wenn Anusiewicz-Baer schreibt, es komme auf das jeweilige „Familiennarrativ“ an, wie die Geschichte des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und der Shoah erzählt werde. Dadurch fällt der universell zu erinnernde Zivilisationsbruch Auschwitz in den Raum der Beliebigkeit. Das passt zum Mit-Autor Max Czollek und dessen Bestseller „Desintegriert euch“; darin behauptet er ernsthaft, viele neudeutschen (ex-sowjetischen) Juden würden sich als Sieger der Geschichte sehen und grade nicht als Nachfahren von Op-



fern. Das mag aus der Innenperspektive einiger weniger Überlebenden stimmen, ist aber analytisch falsch, da die Juden Opfer der Shoah wurden und nicht die Sieger des Zweiten Weltkriegs sind.

Der Kern des vorliegenden Buches besteht darin, dass sich hier junge, zu meist zwischen Anfang der 1970er und den 1990er Jahren geborene Juden (sowie Nicht-Juden oder Konvertiten wie Homolka, Jg. 1964) gegen den gesamtgesellschaftlich marginalen jüdischen Mainstream stellen. Der Zentralrat der Juden in Deutschland ist ein Feindbild für viele Artikel. Warum? Weil der Zentralrat der Juden genau dafür steht, wofür die jungjüdischen Autor*innen nicht stehen: für die Erinnerung an die Shoah, für die Kritik am Antisemitismus in all seinen Formen und für die Unterstützung Israels.

Der Band kommt zum zehnjährigen Jubiläum des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks (ELES) heraus. Ca. 600 Studierende und Promovierende sind bislang vom ELES gefördert worden. Die 15 Beiträge in dem 224 Seiten dünnen Buch, inklusive Vorwort und einer „Hinführung“ via einem Gespräch von Homolka mit einem Berliner Senator, Klaus Lederer (Die Linke), stehen laut Umschlagstext für „das jüdische Leben in Deutschland in einer ungeahnten Vielfalt. Junge Jüdinnen und Juden ergreifen das Wort“.

So schreibt Meytal Rozental: „Als Kind war es mein Traum, Botschafterin zu werden. Damals dachte ich, das sei der einzige Weg, um die Ferne zu erleben. Erst später habe ich verstanden, dass man als Botschafterin den Staat Israel repräsentieren muss. und [sic!] das kam für mich nicht infrage.“ Hier geht es nicht um die nachvollziehbare Kritik an der gegenwärtigen Regierung unter Benjamin Netanyahu, die so rechts ist wie keine frühere Regierung Israels. Nein, hier geht es um das Repräsentieren des jüdischen und demokratischen Staates Israel an und für sich. Das abzulehnen ist antizionistischer Antisemitismus und delegitimiert Israel. Rozental zeigt sich als Fanatikerin gegen den jüdischen Nationalstaat. Sie schreibt offenbar ohne Kenntnis der Literatur zum Zionismus vor 1933 oder vor 1939: „Eine Sache, die mir sehr wichtig ist, ist die Wahrnehmung von Juden vor dem Zweiten Weltkrieg – als Universalisten, als Menschen, die mit keinem Nationalstaat verbunden sind, nicht sein können oder dürfen!“ Juden „dürfen“ demnach keinen eigenen jüdischen Staat haben. Das ist die Ideologie von Post- und An-



tizionisten wie Judith Butler; auch Micha Brumlik, der im Beirat von ELES sitzt, geht in diese Richtung.

Max Czollek findet es unerträglich, dass die 2006 eröffnete Synagoge in München gleich im Eingangsbereich an die Shoah erinnert. Er tut so, als ob es Mainstream wäre, den Holocaust zu erinnern und sieht gar nicht die wachsende Holocausttrivialisierung – zu beobachten etwa bei Altbundespräsident Gauck, der Rot und Braun analogisiert und in antisemitischen Büchern (z. B. mit dem Titel „der rote Holocaust“) publizierte, oder bei postkolonialen (schwarzen) Autor*innen, die die Sklaverei als größeres Verbrechen imaginieren als die Shoah.

Dafür kokettiert Hannah Peaceman mit der so falschen wie anstößigen Bezeichnung „Zentralrat der rassistischen Juden“ und setzt diese Diffamierung – die auf einer Attacke u. a. von Armin Langer beruht, der dem Zentralrat unterstellt, für eine „Obergrenze“ für Flüchtlinge zu sein (was falsch ist, wie der Präsident des Zentralrats, Josef Schuster, vor Monaten unterstrich) – in Beziehung zu „Machloket L'shem Shemayim“, eine „Streitbarkeit um des Himmels Willen“, ohne angeblich ein Ziel und ohne Recht haben zu wollen. Entgegen Langers Diffamierung ist der Zentralrat der Juden sehr kritisch gegenüber Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus: Auf einer Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Novemberpogrome vom 9. November lud die Jüdische Gemeinde alle Parteien ein und Zentralratspräsident Schuster begründete die Nicht-Einladung der antisemitischen AfD.

Auch höchst problematische Publizist*innen, die wahlweise den Antisemitismus oder Islamismus kleinreden, wie Yasemin Shooman, die z. B. Pro-BDS Veranstaltungen mit Aktivisten wie Sa'ed Atshan für das Jüdische Museum Berlin organisierte, gehören zu ihren trüben Quellen. Peaceman ist Mitbegründerin und Mitherausgeberin der Zeitschrift *Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart*, in der Shooman 2018 mit einer Attacke auf die Jüdische Gemeinde zu Berlin und deren Kritik am islamistischen Antisemitismus gedruckt wurde.

Es geht um eine „strategische Identitätspolitik“, wie Tobias Herzberg unterstreicht. Es geht um die muslimischen Referenzen in dem Band, so etwa um Kübra Gümüşay, die nicht nur für obsessives Kopftuchtragen steht, sondern meint, es gebe keine Alternative zur AKP in der Türkei. Herzberg zitiert sie mit der Aufforderung, „Liebe zu organisieren“.

Für Benjamin Fischer ist Deutschland „das spannendste Projekt für die jüdische Gemeinschaft in Europa“, was exemplarisch steht für den ganzen Band. Der enorme Anstieg (quantitativ und qualitativ) von Antisemitismus in den letzten Jahren wird einfach entwirklicht: Dazu gehören namentlich die zweite Intifada im Herbst 2000, 9/11, die Hetze gegen die Beschneidung (Brit Mila) – angesichts einer Landgerichtsurteils aus Köln – von der FAZ über die Hauspostille Bahamas bis zur Giordano Bruno Stiftung im Jahr 2002, die Mavi Marmara Aktion 2010, der Krieg Israels gegen die Hamas 2014 sowie die jihadistischen Massaker in Frankreich 2015 und andernorts wie auch deren Nachwirkungen in Deutschland.

Auch Frederek Musalls Text, der den HipHop vorstellt und für ELES in Stellung bringt, ist von dem überall hörbaren Schweigen über einen Skandal im Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk überlagert. In dem Band wird nämlich mit keinem Wort erwähnt, dass eine ELES-Stipendiatin, Stavit Sinai, als Störerin einer Veranstaltung mit einer Holocaustüberlebenden und einer israelischen Politikerin im Juni 2017 an der Humboldt-Universität Berlin beteiligt war. Die drei Hetzer*innen publizierten danach eine Selbstbezeichnung, die im Netz steht. Darin verwenden die Autor*innen den Begriff „crimes against humanity“ bezüglich Israel. Das ist Antisemitismus, eine Verharmlosung der Shoah und eine Diffamierung, Dämonisierung und Delegitimierung Israels. Die Uni erstattete Anzeige und der Verfassungsschutz berichtete über die anti-jüdische Aktion. Sinai ist als Unterstützerin der antisemitischen Boykottbewegung gegen Israel (Boycott Divestment Sanctions, BDS) bekannt, was man in einer BDS Resolution gegen die Uni Wien vom November 2018 sehen kann.

Schließlich ist da der Text des „Gesamtsprechers“ der Stipendiat*innen von ELES, Yan Wissmann, der 2013 von Brasilien nach Deutschland kam. Für Wissmann waren Juden „im Ersten Weltkrieg bis zu den hervorragenden Leistungen in der Weimarer Republik“ in der „deutschen nationalen Geschichte bis zum Zweiten Weltkrieg immer präsent und übernahmen, soweit es ging, eine mitgestaltende Rolle“. Die drei Herausgeber, der Verlag und ELES haben das nicht weglektoriert, sondern gedruckt. Jüdischer Geschichtsrevisionismus?

Wenig später schreibt Wissmann, „die 600.000 Juden, die in Deutschland gelebt haben“ (wann, lässt er im Dunkel, meint er das Jahr 1933? Da waren es ca. 500.000), hätten „nach der Auswanderung“ viel Gutes für jüdische Gemeinden geleistet. Möchte er damit sagen, alle 1933/39 in Deutschland lebenden Juden seien ausgewandert? Selbst wenn er damit auch jene Juden meint, die vor 1933 emigrierten, ist das eine perfide Zahl, weil sie die 160.000 deutschen Juden, die in der Shoah ermordet wurden, einfach verleugnet und in der „Auswanderung“ nach 1933 etwas Gutes sieht.

Fazit: Das Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk (ELES) promotet sich als offen, liberal und tolerant, aber schweigt zu einer aggressiven Anti-Israel und BDS-Aktivisten. ELES ist gerade Teil des Problems, wenn es um den Kampf gegen Antisemitismus, für die Erinnerung an die Shoah als präzedenzlosem Verbrechen und für die Sicherheit von Juden geht. Deutschland hat Kritik verdient und kein Rumgeschmuse von identitätsbesoffenen („Hauptsache Schnaps“, so Carmen Reichert) jungdeutschen Juden.

Clemens Heni, Berlin

Der Rezensent ist Politikwissenschaftler, Direktor des Berlin International Center for the Study of Antisemitism (BICSA), war von 2002 bis 2005 Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und hat 2002 den antizionistischen Antisemitismus eines migrantischen HBS-Stipendiaten skandalisiert.



Marian Feist, Dirk Messner: Climate Politics, Digitalisation and Social Cohesion. The Great Transformation under New Conditions

The Sustainable Development Goals (SDGs) and the Paris Agreement were two crucial steps for the great transformation toward sustainability. This does not mean, however, that the societal framework for this transformation can be considered constant. Rather, the contextual dynamics that the great transformation is embedded in are continually changing. This article discusses three areas that are essential to the transformation and that highlight the evolution of the related challenges: climate politics, digitalisation, and social cohesion. All three aspects relate to developments that had already begun by the time of the SDGs and the Paris Agreement, but the significance of which has become particularly clear in recent years.

Johannes Wallacher: Impulses from the Post-Growth Movement for a Social and Ecological Transformation. With particular Focus on Food Safety

The International Community relies with its Agenda 2030 on "inclusive and sustainable growth". The post-growth movement considers the fixation on growth, however, with a critical eye; it points towards the limited capacities of our planet and the social consequences of increased competition. Growth, however, must not be neither rejected nor is it an end in itself. We need a social-ecological transformation of economy and society, which encourages innovation and the efficient use of resources; most important instruments here are costs-by-cause

prices of environment consumption. The relevant distribution effects have to be cushioned by socially responsible measures. The post-growth movement justly points out that the structural changes are to be forestalled and supplemented by a thorough change in culture, awareness and values. This is explained by the example of food safety.

Claudia Kemfert: Energy Transition in Germany. Prototype or Dead End?

For the energy transition in Germany it takes a complete change of the power-supply and transport system. This also implies a complete coal phase-out, a consistently energetic building refurbishment, new mobility concepts, additional improvements of emissions trade and the use of further political and economic instruments. This paper outlines specific ways towards a further turnaround in the direction of the full use of renewables. Among the necessary conditions for the transition are a matching system of taxes and rates, decentralized flexible supply structures and a broad participation of citizens as energy consumers and energy producers (prosumers). It is also shown inasmuch the advantages of a comprehensive energy transition exceeds its costs.

Doris Fuchs, Sophie Dolinga: Finding the Right Measure. Ways of Transformation towards Sustainable Consumption

Material consumption is deeply rooted in our society. In its current form it is, however, a major reason for the increasing ecological exhaustion of the earth and for social inequality. Far-reaching structural changes are necessary to

achieve a transformation towards sustainable consumption patterns. Here, however, mere efficiency increases in production and use of products are not sufficient, rather the measure of consumption has to be given prominence. Such a sufficiency-oriented approach can be positioned against a wide-spread 'always more'-attitude. Based on this, the concept of consumption corridors shows the vision of a world in which a good life and social justice are possible for everybody. The minimal or maximal limits of consumption have to be politically negotiated and implemented.

Helge Peukert: What Kind of Financial Market Policy do we Need for the Social-Ecological Turnaround? Essentials of a National and International Re-Organization

The present monetary and financial system is oversized, over-complex and growth-oriented. This paper will suggest some basic reform proposals which contribute to an avoidance of further financial crises and to a social-ecological turnaround: the introduction of a positive money system (money creation only through the central bank) or at least a separate banking system, i.e. the separation of the investment banks; the partial financing of ecological change by 'gift money' from the central banks (no pay-back obligation); the ban of short selling and credit default swaps; the divestiture of mega banks and control of shadow banking; the introduction of a financial transaction tax, of people's shares and minimum durability of one day.



Marian Feist, Dirk Messner : Politique climatique, numérisation et cohésion sociale. La grande transformation sous de nouveaux auspices

Les objectifs du développement durable (ODD) et l'Accord de Paris étaient deux étapes essentielles dans la grande transformation vers la durabilité. Cela ne veut pas dire que, sur le plan social, les conditions-cadre soient constantes. Au contraire, les dynamiques contextuelles, dans lesquelles s'inscrit la grande transformation sont en train de changer. Cet article met en lumière trois domaines qui sont essentiels à la transformation et qui illustrent le changement des défis qui y sont liés : politique climatique, numérisation et cohésion sociale. Ces trois aspects ont trait à des développements qui avaient déjà commencé à l'époque des ODD et de l'Accord de Paris, mais dont l'importance est devenue particulièrement évidente ces dernières années.

Johannes Wallacher : Suggestions du mouvement » post-croissance « pour une transformation socio-écologique, tenant compte en particulier de la sécurité alimentaire

Avec son Agenda 2030, la communauté internationale met l'accent sur une « croissance inclusive et durable ». Le mouvement » post-croissance « , quant à lui, voit d'un oeil critique la fixation sur la croissance ; il souligne les limites du stress planétaire et les conséquences sociales de l'intensification de la concurrence et de la pensée compétitive. Toutefois, la croissance ne peut être globalement rejetée. Elle n'est pas non plus une fin en soi de la politique économique. Ce qu'il faut, c'est une transformation socio-écologique de l'économie et de la société qui favorise les innovations aussi bien que l'utilisation efficace des ressources. L'instrument le plus important est un prix équitable à la base du principe pollueur – payeur. Les effets de redistri-

bution qui y sont liés doivent être amortis d'une manière socialement acceptable. Le mouvement » post-croissance « souligne à juste titre que les changements structurels doivent être préparés et complétés par un profond changement de culture, de conscience et de valeurs. Cela est illustré à l'exemple de la sécurité alimentaire.

Claudia Kemfert : La transition énergétique en Allemagne. Modèle ou impasse ?

La transition énergétique en Allemagne exige une restructuration complète des systèmes énergétique et de transport. Il s'agit notamment de l'abandon complet de la production d'électricité à partir du charbon, d'une rénovation de bâtiments qui soit cohérente et économe en énergie, de nouveaux concepts de mobilité, des améliorations supplémentaires de la bourse du carbone et de l'utilisation de nouveaux instruments de contrôle politique et économique. Cet article esquisse des moyens concrets de passer à un approvisionnement complet en énergies renouvelables. Les conditions-cadres nécessaires à la transformation comprennent un système de taxes et de droits adapté, des structures d'approvisionnement décentralisées et flexibles et la large participation des citoyens en tant que consommateurs et producteurs d'énergie (« prosommateurs »). Il montre également dans quelle mesure les avantages d'une transition énergétique complète dépassent ses coûts.

Doris Fuchs, Sophie Dolinga : Trouver la bonne mesure. Chemins de transformation vers une consommation durable

La consommation matérielle est profondément enracinée dans notre société. Dans sa forme actuelle, cependant, c'est une des raisons majeures de l'accroissement de la surcharge écologique de la terre ainsi que de l'inégalité sociale. D'importants changements struc-

turels sont nécessaires pour rendre possible une transformation vers des modes de consommation durables. L'augmentation pure et simple de l'efficacité dans la fabrication et l'utilisation des produits ne suffit pas, C'est le niveau de consommation qui doit entrer en ligne de compte. Une telle approche axée sur les besoins réels peut contrer le phénomène répandu du » toujours plus « . Partant de cela, le concept de corridors de consommation révèle la vision d'un monde qui rend possible pour tous tant une vie bonne que de la justice sociale. Les limites minimales et maximales de consommation qui en résultent doivent être négociées et mises en œuvre politiquement.

Helge Peukert : Pour la transition écosociale, de quelle politique avons-nous besoin au niveau des marchés financiers ? Points clés d'une réorganisation nationale et internationale

Le système monétaire et financier actuel est surdimensionné, surcomplexe et axé sur la croissance. L'article suivant propose un certain nombre de réformes fondamentales destinées à éviter de nouvelles crises financières et à contribuer à une transition éco-sociale : l'introduction d'un système de monnaie intégrale (création de monnaie uniquement par la banque centrale) ou pour le moins l'introduction d'un système bancaire différencié, à savoir la disjonction entre les banques d'investissement et les banques traditionnelles ; le financement partiel de la transformation écologique par le » gift money « de la banque centrale (pas d'obligation de remboursement) ; l'interdiction des ventes à découvert et de l'assurance crédit ; la décartellisation des mégabanes et le contrôle des banques parallèles ; l'introduction d'une taxe sur les transactions financières, des actions destinées au grand public et une durée minimale de détention d'un jour.